

Ein Blick



in die Welt!



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18. Jahrgang/Heft 7/8

Juli/August 1963

Einzelpreis 50 Pf

Die Aufgaben im Kampf zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte zu sozialer Sicherheit

**Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag der Kommunistischen Partei
Deutschlands 1963, gehalten vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen
Max Reimann**

Genossinnen und Genossen!

Seit unserem letzten Parteitag im Jahre 1957 und der Parteidelegiertenkonferenz von 1960 sind in der Welt und in Deutschland große Veränderungen vor sich gegangen. Entsprechend dem Charakter unserer Zeit, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, waren der internationale Vormarsch des Sozialismus und Kommunismus, das weitere Anwachsen der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung und des Friedens, das Erstarken der Arbeiterbewegung bestimmende Merkmale der jüngsten Entwicklung.

Der XXII. Parteitag der KPdSU hat für die Völker der UdSSR den Weg zum umfassenden Aufbau des Kommunismus gewiesen und mit dem Programm der KPdSU das kommunistische Manifest unserer Zeit beschlossen.

Auch in Deutschland ist das neue Zeitalter, das Zeitalter des Sozialismus, angebrochen. Der VI. Parteitag der SED konnte in seinen Beratungen über den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR davon ausgehen, daß mit der genossenschaftlichen Umgestaltung der Landwirtschaft die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben und mit der Sicherung der Staatsgrenze die volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus gewährleistet ist. Die Existenz der DDR und ihre sozialistische Entwicklung entspricht allen Erfordernissen der deutschen Nation und verheißt dem Volk Frieden und eine glückliche Zukunft.

In der kapitalistischen Welt, die sich in der dritten Etappe ihrer allgemeinen Krise befindet, hat sich der Fäulnisprozeß des Imperialismus verstärkt, der menschenfeindliche Charakter und alle Widersprüche dieses geschichtlich überlebten Systems treten verschärft zutage. Die besondere Aggressivität und das aussichtslose Abenteuerium der imperialistischen Machthaber der Bundesrepublik haben unser Land erneut zum Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa gemacht. Unser Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz ist somit der Kampf um das Leben der Nation, ist zugleich höchste Verpflichtung unseres proletarischen Internationalismus.

Die Verhinderung der westdeutschen Atomrüstung, die Zurückdrängung der Revanchepolitiker, die Versachlichung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, dieser Kampf für eine Politik der friedlichen Koexistenz — das ist die Kernfrage des Friedens für unser Volk und für Europa. Dieser Kampf um die friedliche Koexistenz ist in der Bundesrepublik untrennbar verbunden mit der Verteidigung der von den imperialistischen Ultras aufs äußerste bedrohten bürgerlich-demokratischen Rechte, mit der Rettung des Grundgesetzes und mit der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Volksrechte.

Der erfolgreiche Kampf für eine Politik der friedlichen Koexistenz und für die verfassungsmäßigen Freiheiten — das ist die unerläßliche Bedingung für das Leben und die Freiheit unseres Volkes, für den gesellschaftlichen Fortschritt unseres Landes, damit auch die Bundesrepublik Anschluß bekommt an unsere Epoche, an das Zeitalter des Friedens und des Sozialismus.

Der Metallarbeiterstreik — Beginn eines neuen Kampfabchnittes

Der Streik und die Aussperrung von etwa 500 000 Metallarbeitern Baden-Württembergs sowie die Streikvorbereitungen in Nordrhein-Westfalen waren die größte Klassenschlacht in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung. Die Metallmonopole wollten mit Hilfe der Bonner Regierung einen Lohnstopp und die „Maßhalte“-Politik durchsetzen und die Kampfkraft der IG Metall brechen. Sie wurden jedoch zu einer Lohnerhöhung gezwungen. Das war möglich, weil die Metallarbeiter in der Vorbereitung und während des Streikkampfes in echter, fester Einheitsfront zusammenstanden und so ihren Forderungen eine große Stoßkraft verliehen.

Die von der IG Metall geforderten acht Prozent Lohnerhöhung waren angesichts der hohen Monopolprofite und der riesigen Rüstungsausgaben berechtigt. Sie hätten voll erreicht werden können, wenn der Kampf der Metallarbeiter noch energischer vorbereitet und auch die Metallarbeiter Nordrhein-Westfalens entsprechend ihrem Willen in den Streikkampf geführt worden wären.

Der Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg ist von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung Westdeutschlands. Er war ein Kampf gegen die Politik des Lohnstopps, gegen das „Sozialpaket“, die geplante Notstandsdictatur. Er richtete sich gegen die Absicht, die Rüstungslasten, die Folgen der EWG- und NATO-Politik auf die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung abzuwälzen. Der Metallarbeiterstreik hat einen neuen Abschnitt im Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung gegen die Profitmacherei der Monopole und ihre Rüstungspolitik eingeleitet. Politiker und Journalisten stimmen heute darin überein: Nichts in der Bundesrepublik ist nach diesem Arbeitskampf wie vorher. Vieles ist ganz anders.

Wenn die Arbeiter Lösungen aufstellten: „Lohnkampf stoppt Notstand“, „Wer aussperrt — sperrt ein“, „Rüstung gefährdet die Währung“, wenn sie den Rüstungsstopp forderten, so beweis, daß dieser Kampf auch im Bewußtsein der Arbeiterklasse über die Forderung nach Lohnerhöhung hinaus große politische Bedeutung erlangt hat. Dem seit vielen Jahren erzeugten Trugbild von der „Sozialpartnerschaft“, vom „Verschwinden des Klassenkampfes“ wurde ein schwerer Schlag versetzt. Selbst die „Welt der Arbeit“, die in der Vergangenheit alles getan hat, um die Partnerschaftsideologie zu verbreiten, sieht sich nach dem Streik zu der Feststellung gezwungen, Begriffe, wie „Sozialpartnerschaft“ seien nichts anderes als „verblaßte Schlagworte“. Mit Recht charakterisierte ein Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall die Lage mit folgenden Worten:

„Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen im Lohnkampf der Metallindustrie, vor allem die Aussperrung, zeigen den wahren Charakter der westdeutschen Konzernherren. Das Wort vom Klassenkampf ist in der Bundesrepublik nicht gern gehört. Aber die Realitäten in den Betrieben, bei den Lohnkämpfen zeigen unverhüllt die ganze nackte Brutalität des Unternehmertums.“

Die Arbeiter beginnen zu erkennen, daß der Angriff der großen Monopole gegen die Metallarbeiter, besonders die Massenaussperrung, ein Krieg der Monopole gegen alle Arbeiter, gegen den Mittelstand, gegen das ganze Volk ist. Es ist der Angriff der Millionäre gegen die Millionen. Ihn muß man mit dem einheitlichen Kampf der ganzen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zurückschlagen.

Der Streik lehrte die Arbeiterklasse, welche Rolle der Bonner Staat und seine Repräsentanten spielen. Darum ist es auch von besonderer Bedeutung, wenn Gewerkschaftsfunktionäre, wie Willi Bleicher zu der Schlussfolgerung gelangen:

„Ein Staat, in dem der arbeitende Mensch nicht im Mittelpunkt steht, sondern der Profit, wo politische Repräsentanten bereit sind, die Grundrechte unserer Verfassung zu mißachten, wo sich neofaschistische Ideen zu entwickeln vermögen und wo eine Notstandsgesetzgebung vorbereitet wird, kann nicht erwarten, daß ihn die Arbeitnehmer für verteidigungswert befinden.“

Im Streikkampf haben viele Arbeiter erkannt, daß sich die antikomunistische Propaganda der Monopolpresse gegen ihre eigenen Interessen richtet. Bei Streikenden und Ausgesperrten verlor darum die antikomunistische Hetze an Wirksamkeit. Die wahre Funktion des Antikommunismus enthüllten Gewerkschafter bei der 1. Mai-Kundgebung mit ihrem Transparent: „Mit dem Kommunistschreck nimmt man uns die Freiheit weg.“

Unsere Partei hat in der Vorbereitung und in allen Phasen des Streikkampfes eine richtige, klare Position bezogen. Mitglieder und Funktionäre der KPD standen in der ersten Reihe der Streikaktionen. Hier konnten sich die sozialdemokratischen Arbeiter davon überzeugen, wer ihr Feind und wer ihr Freund ist. Hier entwickelte sich in der Praxis die Aktionsgemeinschaft von Sozialdemokraten, Kommunisten, parteilosen und christlichen Arbeitern, eine Aktionsgemeinschaft, die erhalten und weiter gefestigt werden muß. Das ist notwendig zur Festigung der Gewerkschaften, zur Hebung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, zur erfolgreichen Vertretung der Interessen aller Werktätigen.

Die rechte Führungsgruppe in der SPD, die Wehner, Eiler und Deist, aber standen nicht bei den Streikenden. Gewerkschaftsfunktionäre erklärten, daß sie den Kampf nach drei Fronten führen mußten: gegen die Metallmonopole, gegen die Bonner Regierung und auch gegen rechte Führer der SPD, die den Metallarbeitern in den Rücken gefallen sind. Diese Führer der SPD haben über den DGB-Vorsitzenden Rosenberg einen massiven Druck auf die Führung der IG Metall ausgeübt. Sie wollen eine „Burgfriedens“-Politik mit den Monopolen, um auf diese Weise die Beteiligung an einer Koalition mit den Bonner NATO-Politikern vorzubereiten.

Gewerkschaften als Klassenorganisationen stark machen

Die Monopolherren und ihre Regierung in Bonn werden nach dem Streikkampf schafften weiter verstärken. Offen erheben sie die Forderungen nach Zwangsschlichtung, nach einem Taft-Hartley-Gesetz. Es geht also nicht nur um Lohn, es geht um Machtfragen.

Wenn der Vorsitzende der IG Metall, Brenner, erklärt, der Kampf geht weiter, so ist das richtig. Jetzt kommt es darauf an, die Gewerkschaften als Klassenorganisationen den Angriff auf die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und auf die Gewerkschaften stark zu machen und mit der gleichen Entschlossenheit — wie die Metallarbeiter den Kampf geführt haben — die ganze werktätige Bevölkerung in den Kampf für ihre sozialen und demokratischen Rechte und für den Frieden zu führen. Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Metall zogen aus dem Metallarbeiterstreik die Schlussfolgerungen:

„Wir müssen zusammenhalten für Frieden, soziale Sicherheit, Abrüstung und gegen soziale Unsicherheit kämpfen. Solidarität ist das Gebot der Stunde. Sie ist unsere Stärke und mit ihr erzielen wir Erfolg.“

Das ist die richtige Orientierung. In diesem machtvollen Metallarbeiterkampf hat die Arbeiterklasse, haben die Werktätigen eine neue Entwicklung in der Bundesrepublik eingeleitet. In deren Verlauf können sie einen maßgeblichen Einfluß auf eine Veränderung der Politik zu Frieden, Demokratie und sozialer Sicherheit nehmen. So werden die Gewerkschaften zu einem Faktor, der entscheidend das gesamte politische und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik bestimmt.

Unsere Partei weist mit ihrer Alternative zur Politik der CDU/CSU und ihrer Regierung der Arbeiterklasse und den Volkskräften Weg und Ziel. Darin besteht die große Bedeutung der Programmatischen Erklärung und unseres Parteitages, dem es obliegt, diesen Entwurf zu beraten und darüber Beschluß zu fassen.

Indem sich jeder Kommunist seiner Verantwortung bewußt wird, indem unsere Partei die in der Programmatischen Erklärung dargelegte Politik zum Gesetz ihres Handelns macht, gewinnen wir die Arbeiterklasse, die demokratischen Kräfte dafür, daß sie mit uns zusammen auch für die Wiederherstellung der Legalität der KPD kämpfen und dafür eintreten, daß unsere Partei den ihr gebührenden Platz in freier politischer und gesellschaftlicher Tätigkeit wieder einnehmen kann und wird.

II.

Die neuen internationalen und nationalen Bedingungen des Kampfes um den Frieden und die friedliche Koexistenz, für die Demokratie und die Rechte des Volkes

Genossinnen und Genossen!

Die kämpferische und offensive Lösung unserer geschichtlichen Aufgabe erfordert Klarheit über die Entwicklung. Sie verlangt eine rezele Einschätzung der Bedingungen des Kampfes um friedliche Koexistenz und Demokratie, die sich zunehmend günstiger gestalten. Dafür sind folgende Faktoren maßgebend:

1. Der wachsende Einfluß des sozialistischen Weltsystems, insbesondere die zunehmende wirtschaftliche, politisch-moralische und militärische Kraft der Sowjetunion und die steigende Autorität ihrer Friedenspolitik.
2. Die immer wirksameren Impulse, die von der DDR und der nationalen Politik der SED ausgehen. Unter dem Eindruck der Erfolge des Sozialismus in der Welt und in Deutschland gewinnen auch die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus an Einfluß und Wirksamkeit; im Bewußtsein der Massen verschmelzen sie mehr und mehr mit den Ideen des Friedens.
3. Die Rückwirkungen des weiteren Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems und des Kampfes der Völker für nationale Unabhängigkeit.
4. Die wachsenden inneren und äußeren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus sowie die andauernde politische Krise seiner Regierung; das Schwinden der Illusionen über die sozialen Versprechungen und die politischen Aussichten des herrschenden Regimes.

Der Friede wurde gerettet

Genossinnen und Genossen!

Das Hauptergebnis der Entwicklung seit unserem letzten Parteitag besteht darin, daß es durch die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten und den Kampf der Völker gelungen ist, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu erhalten.

Das ist in erster Linie der gewaltig gesteigerten Kraft der Sowjetunion und ihrem politischen Wirken zu danken. Die Sowjetunion hat sich gerade in jüngster Zeit wirtschaftlich, wissenschaftlich-technisch und kulturell stürmisch entwickelt. Magnetogorsk produziert heute soviel Stahl wie früher das ganze zaristische Rußland. Mit einem Stand von 80 Millionen Tonnen pro Jahr erzeugt die Sowjetunion mehr Stahl als die Länder der Montan-Union. Auf dem Gebiet der Energieversorgung hat die Sowjetunion sprunghafte Fortschritte gemacht. Das Kraftwerk von Bratsk leistet mehr als die sowjetischen Kraftwerke im Jahre 1948. Mit Kapazitäten bis zu 5 Millionen Kilowatt hat die Sowjetunion an der Wolga, an der Angara, am Jenissei Wasserkraftwerke geschaffen, die alles bisher dagewesene in der Welt weit hinter sich lassen und nicht zuletzt bei Fachleuten der USA Erstaunen hervorrufen.

Während der im Jahre 1959 in der Sowjetunion erbaute Atomzeitsprecher „Lenin“ seither glänzende Beweise der Beherrschung der Atomtechnik bietet, stellen amerikanische Fachleute ihrem ersten Fahrgastschiff mit Atomtrieb die Prognose, es solle entweder versenkt oder verschrottet werden. Dasselbe Eingeständnis der Unmöglichkeit, die Sowjetunion auf dem Gebiet der modernen Wissenschaft und Technik wieder einzuholen, mußte auch Präsident Kennedy anlässlich des Starts von Lunik 4 machen, dessen Trägerrakete alle bisherigen Rekorde der Schubkraft schlägt.

Da mögen sich die Propagandisten des Imperialismus drehen und wenden wie sie wollen. Auch in der Bundesrepublik verstehen heute immer mehr Menschen: Was im Kosmos vor sich geht, ist bestimmend und kennzeichnend für das wissenschaftlich-technische und industrielle Niveau eines Landes. Der erste künstliche Erdtrabant und der erste Sonnensputnik, die ersten Raketen zum Mond und zum Mars sind Ergebnisse sowjetischer Wissenschaft und sowjetischer Qualitätsarbeit. Der erste Mensch im All war ein Kommunist und die ersten, die sich im Kosmos begegneten, waren die kommunistischen Gruppenflieger. Die Sowjetunion hält die Weltrekorde des längsten kosmischen Fluges und der höchsten Nutzlast, der präzisen Steuerung und der weitesten Funkverbindung.

Die Sowjetunion wünscht ihre überragende Stellung in der Beherrschung der kosmischen, wie der atomaren Technik ausschließlich im friedlichen Wettbewerb einzusetzen und in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern in aller Welt für die ganze Menschheit fruchtbar zu machen. Sie hat ihre eindrucksvollen Beweise der Überlegenheit stets mit großzügigen Friedensinitiativen und Abrüstungsvorschlägen verbunden. Sie können und werden auf die Dauer auch in der Bundesrepublik ihren Eindruck umso weniger verfehlen, als die wissenschaftlich-technischen Großtaten immer wieder beweisen, daß die Verteidigungskräfte der Sowjetunion heute in der Lage sind, jeden Aggressor an jedem Punkt der Welt tödliche Schläge zu versetzen.

Im Schutze dieser stets wachsam und abwehrbereiten Verteidigungskraft vollzieht sich der entfaltete Aufbau des Kommunismus in Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur der Sowjetunion und der Aufschwung des gesamten sozialistischen Lagers. Während die berufsmäßigen Schwarzmalerei und Kremlastrologen von den Mißerfolgen des 7-Jahrplans schwätzen, haben die Sowjetmenschen längst Tatsachen geschaffen. In den ersten vier Jahren des 7-Jahrplans war eine Steigerung der Industrieproduktion auf 39 Prozent vorgesehen. Erreicht wurden 45 Prozent.

Das eröffnet bis zum Ablauf des 7-Jahrplans die Aussicht, die Produktion nicht um 80, sondern um rund 100 Prozent zu steigern. Die Getreideproduktion war im Jahre 1962 trotz ungünstigen Wetters doppelt so hoch wie 1953. Im abgelaufenen ersten Jahr des entfaltenen kommunistischen Aufbaus hat die sowjetische Industrie soviel erzeugt, wie in 13 Vorkriegsjahren.

Das mögen einmal die Propheten des westdeutschen Wirtschaftswunders überlegen, nachdem in der Bundesrepublik die reale Zuwachsrate der Wirtschaft im Jahre 1962 auf vier Prozent abgesunken ist und laut Erhard für dieses Jahr weiter absinken wird. Noch krasser fällt der Vergleich mit den USA aus, wo das Wachstumstempo des gesellschaftlichen Gesamtprodukts pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1948–1962 von 2,6 auf 0,4 Prozent zurückging.

Die Produktivkraft Wissenschaft gewinnt immer größere Bedeutung. In der Sowjetunion wirken 20 Millionen Geistesschaffende, davon 350 000 Wissenschaftler. Die Sowjetunion bildet dreimal soviele Ingenieure aus wie die USA. So also sieht es im Kommunismus mit der persönlichen Freiheit aus, alle Fähigkeiten des Menschen zu entfalten und sie im Kollektiv zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu nützen.

Vom Tage ihres Bestehens an ist die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Davon zeugen ihr ständiges Bemühen um die Lösung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungsweg, ihre Vorschläge für allgemeine und vollständige kontrollierte Abrüstung, für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Westberlin-Frage, ihre Initiativen im Interesse des Welthandels und der internationalen Zusammenarbeit. Diese Ideenreiche und bewegliche Führung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik, für Frieden und friedliche Koexistenz, für Entspannung und Völkerfreundschaft wird für die Menschen in aller Welt immer mehr zum stärksten Beweis, daß Sozialismus und Friede identisch sind.

Anläßlich der gefährlichen Krise im karibischen Raum haben das auch viele Menschen in der Bundesrepublik verspürt. An dem Tag, da die Sowjetunion die Menschheit vom Abgrund des Atomkrieges zurückriß, konnten wir immer wieder hören: „Chruschtschow hat uns den Frieden gerettet.“ Jetzt, da wir einige Monate Abstand von der Kuba-Krise gewonnen haben, ist es leicht, die Ereignisse zu überblicken und Bilanz zu ziehen. Der Weltfriede wurde gerettet. Das sozialistische Kuba wurde in seiner Souveränität gestärkt, die Ausstrahlung seines sozialistischen Aufbaus wächst und wirkt vor allem auf die Völker Südamerikas. Die USA-Imperialisten wurden in die Schranken verwiesen, der Export der Konterrevolution verhindert. Präsident Kennedy mußte erklären, daß die USA auf eine Invasion gegen Kuba verzichten. Da die sowjetischen Raketen ausschließlich zu diesem Zweck nach Kuba geschickt worden waren, konnten sie daraufhin wieder zurückgezogen werden.

Gewonnen haben die Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Damit wurde auch der Bevölkerung der Bundesrepublik das Leben gerettet und ihr ein weiterer Antrieb gegeben, die wachsenden Möglichkeiten für die Zurückdrängung der imperialistischen Ultras zu nutzen und ihren Beitrag für eine Politik der friedlichen Koexistenz zu leisten.

Genossinnen und Genossen!

Das sozialistische Weltsystem beweist seine Überlegenheit über den Kapitalismus in erster Linie durch seine Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau. Diese werden jetzt nicht mehr allein durch die Anstrengungen jedes einzelnen Landes erreicht, sondern durch den immer engeren Zusammenschluß auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik.

Die moderne Wissenschaft und Technik drängt zu internationaler Zusammenarbeit. Das Flasko von Brüssel hat unsere Auffassung bestätigt, daß keine imperialistische Integration, wie die EWG, die dem Monopolkapitalismus innewohnenden Widersprüche überwinden kann. Der Sozialismus dagegen bietet die Möglichkeit umfassender Kooperation und drängt nach ihrer Verwirklichung. In den internationalen Gremien des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ werden die Wissenschaft und Technik, die Produktion und die Perspektivpläne der sozialistischen Mitgliedsstaaten koordiniert. Hier werden so gewaltige Vorhaben geleitet, wie der Bau der gemeinsamen Erdölleitung oder des Verbundnetzes mit einer gemeinsamen Verteilerzentrale für die Elektroenergie der Mitgliedstaaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“.

Das wirtschaftliche Entwicklungstempo in den Ländern des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ lag bereits in der Vergangenheit im Durchschnitt doppelt so hoch, wie in den EWG-Ländern. Die neuen Formen der Zusammenarbeit werden

die ganze Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise zur Geltung bringen. So entsteht eine feste Basis für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe des Sozialismus, in der Arbeitsproduktivität die Hauptländer des Kapitalismus zu überholen. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, im Anteil an der Weltproduktion auf den ersten Platz zu rücken und den Kapitalismus auf dem entscheidenden Gebiet, in der materiellen Produktion, zu schlagen. Gerade das ist die entscheidende Leistung der sozialistischen Länder, um die friedliche Koexistenz durchzusetzen und im friedlichen Wettbewerb den Sozialismus zum Triumph über den Kapitalismus zu führen.

Die DDR — die Verkörperung unserer nationalen Zukunft

Genossinnen und Genossen!

Mit der Errichtung der Macht der Arbeiter und Bauern und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR ist auch in Deutschland das sozialistische Zeitalter angebrochen. Damit hat auch auf deutschem Boden der Friede festen Fuß gefaßt; das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts verändert.

Das ist das geschichtliche Verdienst der SED, der stärksten politischen Kraft in ganz Deutschland, die theoretisch und praktisch alle für das Schicksal der Arbeiterklasse und der Nation entscheidenden Fragen ausgearbeitet und die Wege zu ihrer Lösung gewiesen hat. In ihren Reihen wurde vor 17 Jahren die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung geschaffen.

Unter ihrer Führung konnte die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und der schaffenden Intelligenz ihren Staat errichten, dessen gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik eine ganze geschichtliche Epoche voraus ist. Seine sozialistische Entwicklung wird allen Erfordernissen der deutschen Nation, den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes gerecht.

Niemand von uns wird das Wort des Genossen Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED vergessen:

„Deutschland ist hier! Die Zukunft Deutschlands wird hier geschmiedet, in diesem Saal! Die Wege des deutschen Volkes werden hier vorgezeichnet und darin besteht die Stärke der deutschen Arbeiterklasse, der Deutschen Demokratischen Republik. Ihnen wird das ganze deutsche Volk unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin folgen, welche Kräfte in Westdeutschland sich dem auch entgegenstellen mögen.“

In der Existenz der DDR und in ihrer Wirkung auf Westdeutschland tritt der Charakter unserer Epoche, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, in Deutschland in Erscheinung. Die deutsche Arbeiterklasse ist in Westdeutschland noch eine ausgebeutete, unterdrückte Klasse, in der DDR aber eine herrschende Klasse, die im Bündnis mit allen Werktätigen die Staatsmacht ausübt, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Sieg geführt und den umfassenden Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen hat. Damit ist die DDR die größte Errungenschaft der ganzen deutschen Arbeiterklasse, die Verkörperung unserer nationalen Zukunft, die Bürgschaft des Sieges des Sozialismus in ganz Deutschland.

Wenn also Arbeiter und selbst Mitglieder unserer Partei meinen, in der DDR müßte sich etwas ändern, damit es in Westdeutschland vorangehen könne, so besteht doch die Aufgabe vielmehr darin, daß sich endlich in der Bundesrepublik etwas ändert, daß die Arbeiterklasse beginnt, die Errungenschaften, auf denen der geschichtliche Vorsprung der DDR beruht, für ihren Kampf zu nützen und sie schließlich ebenfalls zu verwirklichen.

Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR hat hier das Volk zum ersten Mal in der deutschen Geschichte seinen Staat geschaffen, den deutschen Friedensstaat, in dem die Ursachen der Kriege mit der Wurzel beseitigt sind.

Wofür die deutsche Arbeiterbewegung seit mehr als einem Jahrhundert heroisch und opferbereit gekämpft hat, ist in der DDR Wirklichkeit: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt. Nicht mehr die Monopolherren, sondern die Werktätigen sind in der DDR die Besitzer der Produktionsmittel, die Herren von Leuna und Zeiss, von Agfa und der Schwarzen Pumpe. Nicht mehr Junker und Großgrundbesitzer, sondern die Bauern verfügen über den Grund und Boden. Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein! Diese Kampflosung der westdeutschen Gewerkschafter ist in der DDR Tatsache geworden.

Damit sind in der DDR auch die Freiheit und Demokratie Wirklichkeit geworden, die das Volk seit langem in seinem Kampf gegen militaristische und faschi-

stische Willkür erstrebt hat. Während die Bundesrepublik ein Unrechtsstaat ist, in dem das Recht und das Gesetz des Monopolkapitals herrscht, haben sich die Arbeiter und Bauern in der DDR ihren deutschen Rechtsstaat geschaffen und dem Unrecht ein Ende gesetzt. Sie haben auch die Schranken beseitigt, die das Bildungsmonopol der Reichen und ihre herrschende Unkultur noch immer dem geistigen und kulturellen Streben der westdeutschen Bevölkerung entgegenstellen.

Kein Schritt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der westdeutschen Imperialisten konnte sich dank der DDR im Dunkel des Schweigens vollziehen. Keine Lüge von der angeblichen „Gefahr aus dem Osten“ blieb ohne Antwort. Diese bestand in immer neuen konstruktiven und realistischen Vorschlägen für Entspannung, Abrüstung und Verständigung, die mit den Friedensinteressen auch der westdeutschen Bevölkerung vollauf übereinstimmen. Sie bieten ihr jede Möglichkeit, gegen die Imperialisten und Militaristen in die Offensive zu kommen.

Der deutsche Friedensstaat ist eine starke Kraft

Wenn heute auch in der Bundesrepublik immer mehr Menschen die Aussichtslosigkeit der „Politik der Stärke“ einsehen, so nicht zuletzt darum, weil die DDR am 13. August 1961 das neue Kräfteverhältnis in Deutschland zweifelsfrei deutlich gemacht, weil sie der drohenden Provokation der Revanchisten einen Riegel vorgeschoben und damit dem ganzen deutschen Volk einen Bruderkrieg erspart, den Frieden gerettet hat.

Von diesen friedlichen Interessen der Werktätigen und ihres Staates sind die Vorschläge getragen, die Genosse Walter Ulbricht für ein „Abkommen der Vernunft und des guten Willens“ zwischen den beiden deutschen Staaten unterbreitet hat. Mit der Aufforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik, diese Gedanken verantwortungsbewußt zu prüfen und im Geiste der Verständigung eigene Vorschläge für eine Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern zu machen, hat die DDR ihre unbedingte Verständigungsbereitschaft bewiesen. Der Arbeiterklasse, den Volkskräften der Bundesrepublik obliegt es nunmehr, die Imperialisten zu bändigen und so das friedliche Zusammenleben der Deutschen beider Staaten zu ermöglichen und zu sichern.

Ebenso bedeutsam ist die Hilfe, die die DDR der Arbeiterklasse und allen freiheitsliebenden Menschen der Bundesrepublik im Kampf um die Demokratie ständig leistet. Hat sie doch stets die restaurative und autoritäre Entwicklung in der Bundesrepublik und vor allem die Besetzung des Bonner Rechtsapparates mit faschistischen Verbrechern entlarvt. Oberländer, Fränkel, Jagusch mußten abtreten, der allmächtige Globke und Staatssekretär Hopf, der Handlanger Adenauers beim Verbot der KPD, mußten ihren Rücktritt einreichen.

Das geht den Imperialisten so an die Nieren, daß sie schon die Frage stellen, wer eigentlich die Bonner Personalpolitik bestimmt. Die DDR erhebt darauf keinen Anspruch. In der Tat ist es ja auch unsere Sache, die Sache der westdeutschen Arbeiterklasse und der demokratischen Öffentlichkeit, mit den imperialistischen Scharfmachern selbst fertig zu werden. **Gestützt auf die Hilfe der DDR ist der Kampf so zu führen, daß in der Bundesrepublik endlich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die Antifaschisten, die Demokraten bestimmen, wer in die führenden Stellungen des Staates und der Gesellschaft berufen wird.**

In den Aussprachen, die wir über die Programmatische Erklärung mit Gewerkschaftsfunktionären gehabt haben, wurde uns gesagt:

„Ihr macht euch ja selbst noch gar keine rechten Vorstellungen, wie oft wir bei Verhandlungen mit den Unternehmern die Sozialleistungen der DDR ins Treffen führen, um hier etwas für die Arbeiter herauszuholen.“

Wenn uns allerdings dieselben Gewerkschaftsfunktionäre erklärten, sie könnten das nicht öffentlich sagen oder sie müßten gar gegen eigenes besseres Wissen ab und zu mit den Wölfen gegen die DDR heulen, so haben sie damit unrecht. Sie schwächen damit die Position der westdeutschen Arbeiterklasse. Und was die Monopolherren angeht, so wissen diese längst, daß es die DDR und ihre sozialen Errungenschaften sind, die sie in vielen Fällen zu Zugeständnissen zwingen.

Die Monopolherren müssen die Existenz der DDR einkalkulieren und sind so gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse von vornherein in eine schwächere Position gedrängt. Das gilt in solchen Fragen wie Lohn, Arbeitsbedingungen und Gleichberechtigung der Frau. So führt z. B. der Leiter der Abteilung Wirtschaft im DGB-Landesbezirk Bayern, Gruenzner, die Tatsache, daß die Unternehmer Massenentlassungen bisher umgangen haben, unmittelbar auf das „Vorhandensein des politischen Systems im Osten Deutschlands“ zurück. Ist nicht auch im Kampf der Ge-

werkschaften um die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts die DDR eine große Hilfe, eine Quelle wertvollster Erfahrungen? Wir meinen, es wird den Gewerkschaftern entschieden helfen, in der DDR die Erfahrungen der neuen Demokratie, der entscheidenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften zu studieren und daraus in ihrem Kampf um mehr Recht und mehr Einfluß in den Betrieben und im Staat Nutzen zu ziehen.

Einen besonders kräftigen Einfluß übt die DDR auf die kulturelle und geistige Entwicklung in Westdeutschland aus. Immer wieder berufen sich die progressiven Kräfte auf das Bildungswesen und die kulturellen Leistungen der DDR, sei es im Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur, in Fragen des Gesundheitswesens, bei der Forderung, das unterentwickelte Bildungswesen der Bundesrepublik zu reformieren und vor allem den Rückstand in der naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildung aufzuholen. Die „Welt der Arbeit“ stellt Ende des vergangenen Jahres fest:

„Unser Schulsystem ist nicht in Ordnung. Es paßt nicht in die Zeit. Es läßt Talente verkümmern. Das können wir uns nicht mehr erlauben.“

Das Blatt fordert dann, „daß alle Schulen ihren Schülern den Weg zur Hochschulreife offenhalten müssen“.

Genau das ist in der DDR längst verwirklicht. Es heißt dann weiter: „Die Bildung unserer Jugend darf nicht vom Geldbeutel des Vaters abhängen.“ Wiederum ist es die DDR, die überzeugend lehrt, wie man das Bildungsmonopol der Reichen brechen und für alle den Zugang zu Bildung und Kultur erschließen kann. Entspricht es da nicht den Interessen der Arbeiterklasse, die Erfahrungen und die großen kulturellen Leistungen der Arbeiter- und Bauern-Macht zu studieren?

An der Seite der DDR für den Sieg des Volkes

Die große Bedeutung des VI. Parteitagess der SED besteht in der Annahme des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit der Verwirklichung dessen, wofür die deutsche Arbeiterbewegung seit 120 Jahren kämpft. Der umfassende Aufbau des Sozialismus wird die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung in Deutschland allseitig sichtbar machen. Im Programm der SED wird die Aufgabe gestellt:

„Die nationale Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln, die Produktion und Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik weiter rasch zu steigern, um das Leben der Werktätigen angenehm und schön zu gestalten, um ihre wachsenden Bedürfnisse besser zu befriedigen; das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten — jedem nach seiner Leistung“ voll verwirklichen.“

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität als grundlegende Voraussetzung, um der Gesellschaft und damit jedem Einzelnen mehr Verbrauchsgüter zur Verfügung zu stellen, geschieht in der DDR durch die Anwendung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik, durch die Einführung der rationellsten technologischen Verfahren, durch die Entwicklung der Produktivkräfte, durch umfassende Standardisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion.

In der Schlacht gegen die unheilvollen Naturgewalten des Winters hat sich gezeigt, in welch hohem Maße die Menschen in der DDR bereits neue Menschen geworden sind, wie viele Helden heute schon in der DDR den Kampf an entscheidenden Punkten der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in der Sphäre der materiellen Produktion, mit ganzem Einsatz all ihrer geistigen und moralischen Kraft führen. Dazu befähigt sie die Erfahrung, daß sich in ihrem Staat in ihrer sozialistischen Wirtschaft ihre persönlichen Interessen in voller Übereinstimmung befinden mit den Interessen der Gesellschaft, daß der Schritt vom Ich zum Wir dem Einzelnen, wie der Gemeinschaft gleichermaßen zugute kommt. Daraus entspringt die große Kraft des bewußten Handelns für das materielle Wohl in der sozialistischen Gesellschaft. Das verbürgt ihren Sieg in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und damit auch auf allen Gebieten des materiellen Wohlstandes.

Unsere Überzeugung vom Sieg des Sozialismus im friedlichen Wettbewerb beruht auf der Erkenntnis der bisherigen Entwicklung und auf der realen Einschätzung der Potenzen der sozialistischen Ordnung. Schon bisher übertrifft die DDR die Bundesrepublik im Durchschnitt der jährlichen industriellen Zuwachsrate ganz erheblich. Mit dem freiwilligen Zusammenschluß der Bauern in Produktionsgenossenschaften ist auch in der Landwirtschaft die Voraussetzung geschaffen, die moderne Wissenschaft und Technik anzuwenden, die Produktion zu steigern und mehr und mehr die Versorgung der Bevölkerung aus eigenem Aufkommen zu verbessern.

Nimmt man alles in allem, so hat sich in der Tat das wirkliche deutsche Wirtschaftswunder in der DDR vollzogen — ein Wirtschaftswunder überdies, dessen Stabilität und dessen weiterer planmäßiger Aufschwung gesichert ist. Wie sehr diese Tatsache der Monopolbourgeoisie bewußt ist, zeigt das Eingeständnis Erhards:

„Immer häufiger wird bei mir die Frage diskutiert, ob der sich in Einzelheiten verzettelte Westen überhaupt in der Lage sei, auf die Dauer der konzentrierten Dynamik des Ostens zu widerstehen, beziehungsweise eine wirksame Gegenkraft zu entfalten.“

Gerade darum richtet sich ja der ganze Haß, die wütende Aggressivität des Finanzkapitals gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR. Umso mehr muß jeder Kommunist seine Verpflichtung darin sehen, zur Entfaltung des Klassenkampfes gegen das aggressive Monopolkapital beizutragen und die sozialistischen Erfolge der DDR gegen imperialistische Provokateure zu sichern. Durch die Bändigung der Revanchepolitiker erleichtern wir den Werktätigen der DDR den umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Der Klassenfeind sieht ein wichtiges Mittel seiner psychologischen Kriegsvorbereitung darin, einen Keil zwischen KPD und SED zu treiben. Um die westdeutsche Arbeiterklasse vom Sozialismus fernzuhalten, um ihren Kampf für ihre eigenen sozialen, demokratischen und friedlichen Interessen zu lähmen, verleumdete die Imperialisten und Militaristen, wie auch rechte Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in erster Linie die SED, ihre Führung und insbesondere den Ersten Sekretär des ZK, unseren Genossen Walter Ulbricht. Die Hebung der Kampfkraft unserer Partei erfordert vor allem die Beseitigung jeglichen Einflusses der Hetze gegen die DDR und gegen die SED in unseren eigenen Reihen.

Eine Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen der beiden deutschen Staaten beginnt mit der Entwicklung einer gemeinsamen deutschen Arbeiterpolitik durch die SED und die KPD, in der engen Kampfgemeinschaft unserer Parteien. Jeder Kommunist muß sich seiner Verpflichtung bewußt sein, stets dafür zu wirken, daß mehr und mehr die Arbeiterklasse der Bundesrepublik versteht:

Wer die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR, wer die SED und ihre Führung angreift, der greift die westdeutsche Arbeiterschaft an, der schadet in erster Linie den friedlichen und demokratischen Interessen der westdeutschen Bevölkerung. An der Seite der DDR stehen, heißt, der Sache der Arbeiterklasse und des Volkes zum Sieg verhelfen.

Die Krise der bankrotten Politik der Stärke

Genossinnen und Genossen!

Dem sozialistischen Aufschwung auf allen Lebensgebieten und der klaren Perspektive des deutschen Staates der Arbeiter und Bauern steht die Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus gegenüber. Davon ist die Ausichtslosigkeit und Ausweglosigkeit der Politik der herrschenden Kreise und ihrer CDU/CSU in der Bundesrepublik bestimmt, die ihren Ausdruck in der permanenten Regierungskrise in Bonn findet.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die herrschende Gruppe der Monopolbourgeoisie alles daran setzt, um den wahren Charakter dieser Krise zu verschleiern. Ist es doch die Krise ihrer bankrotten Politik der Revanche, die Krise der Führung ihrer Partei, der CDU/CSU. Diese Krise hat ihre Ursache nicht im Altern Adenauers. Sie kann darum auch nicht durch die Benennung eines Kanzler-Nachfolgers gelöst werden. Die Adenauer-Ära beenden heißt, seine Politik beenden. Um diese und keine andere Entscheidung geht es in der Bundesrepublik.

Nach dem es der herrschenden Monopolbourgeoisie in Westdeutschland gelungen war, gestützt auf die imperialistischen Besatzungsmächte und mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer, Deutschland zu spalten, die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus wenigstens zeitweise wieder herzustellen und durch die Militarisierung zu sichern, ging sie daran, mit Hilfe der NATO, der EWG und neuerdings durch die Achse Bonn-Paris ihre Vorherrschaft über ihre westeuropäischen Partner anzustreben. Soviel konnte den Monopolherren und ihrer CDU/CSU gelingen.

Unerreichbar aber bleiben und blieben die Ziele, die sie mit ihrer sogenannten „Politik der Stärke“ nach Osten hin anstrebten. Im Jahre 1961 begannen die westdeutschen Militaristen mit der Wiederaufrüstung. Adenauer erklärte, daß auf diesem Weg die Wiedervereinigung Deutschlands herbeigeführt würde.

Vor zwölf Jahren hat die KPD erklärt:

„Die Politik der Stärke ist zum Scheitern verurteilt.“

Wer es bis dahin noch nicht gewußt hatte, konnte sich am 13. August 1961 vom Bankrott eben dieser Politik überzeugen. Daß die CDU/CSU es auch seither nicht vermocht hat, ihre Politik auf das neue Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland einzurichten und von der Politik der Revanche und Kriegsvorbereitung zu einer realistischen Außenpolitik überzugehen — das ist die erste Ursache ihrer Krise.

Die CDU/CSU verdankte ihre Erfolge viele Jahre lang den Illusionen über die Stabilität des „Wirtschaftswunders“, die sie auf Grund der langandauernden Hochkonjunktur zu nützen verstand. Wir haben bereits auf unserer Parteidelegiertenkonferenz in Übereinstimmung mit den Festlegungen auf dem 5. DGB-Kongreß betont: Das wahre Wesen dieses sogenannten Wirtschaftswunders besteht doch darin, daß ein großer Teil des Arbeitsertrages der Werktätigen sehr einseitig in die Taschen weniger Monopolherren und Finanzkapitalisten floß.

Wir haben weiterhin gesagt, daß mit der verstärkten Monopolisierung und Steigerung der Profite und Kriegsvorbereitung die Periode des sozialen Rücklaufs einsetzen werde. Genau das ist eingetreten. Die CDU/CSU mußte ihre Wohlstandsparolen fallen lassen und zur Politik des „Maßhaltens“, zur Forderung nach Lohnstopp und Abbau der Sozialleistungen für die Arbeiter und zur massenhaften Ruinierung bäuerlicher Existenzen übergehen.

Die von den herrschenden Kreisen und auch von rechten sozialdemokratischen Führern verbreiteten Hoffnungen, die EWG und die vorgesehene Europäische Politische Gemeinschaft würden zur „Einheit Westeuropas“ führen, erlitten harte Schläge. Das Fiasko der Brüsseler EWG-Konferenz widerspiegelt das Zuendegehen der Nachkriegskonjunktur, die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf den kapitalistischen Märkten, die Zuspitzung der Gegensätze innerhalb des imperialistischen Lagers.

Die Tatsache, daß der deutsche Imperialismus seinen Ausweg in der Schaffung der Achse Bonn—Paris, in einem Bündnis mit dem Franco-Faschismus und in dem Versuch zu finden trachtet, mit diesen Bündnissen und mit dem Griff nach eigenen Atomwaffen das Gewicht der aggressiven revanchistischen Kräfte innerhalb des westlichen Blocksystems zu stärken, hat dort zu weiteren Differenzen und Auseinandersetzungen geführt.

Die Illusion eines kapitalistischen „harmonischen Europa“ ist weniger denn je aufrecht zu erhalten. Es erweist sich also: die ökonomischen Widersprüche, der verschärfte Kampf der kapitalistischen Konkurrenten und die Gegensätze innerhalb des westlichen Bündnissystems sind nicht zu überwinden oder auch nur abzuschwächen. Im Gegenteil, die Politik der CDU-CSU verschärfte all diese Widersprüche und Gegensätze. Das ist der zweite Grund der Krise dieser Politik.

Diese Situation widerspiegelt sich innenpolitisch in der Einschränkung der demokratischen Rechte durch die Bonner Regierung. Die CDU/CSU versuchte, die Herrschaft der Monopole durch fortschreitende Anwendung faschistischer Regierungsmethoden zu festigen und zugleich der Bevölkerung einzureden, sie lebe in einer parlamentarischen Demokratie, in Freiheit und unter rechtsstaatlichen Verhältnissen. Das ist ihr nicht gelungen. Die Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“, der Prozeß gegen die VVN, die Vorlage der Notstands- und Notdienstgesetze haben weit verbreitete Zweifel in die Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens und erst recht der Absichten der Regierung hervorgerufen. Sie haben breiten Widerstand gegen die diktatorischen Regierungsmethoden und die Ausschaltung des Parlaments, gegen die heraufziehende neofaschistische Gefahr geweckt. Hierin liegt die dritte Ursache der Krise dieser reaktionären Politik der CDU/CSU und ihrer Regierung.

Den Kurs der Militaristen durchkreuzen

Was bedeutet nun die Tatsache, daß die herrschenden imperialistischen und militaristischen Kräfte diese Krise nicht zu lösen vermögen?

Es bedeutet keineswegs, daß sie gewillt wären ihre Positionen und ihre bankrotte Politik aufzugeben. Ganz im Gegenteil versuchen sie aus ihren Schwierigkeiten dadurch herauszukommen, daß sie den Kurs der Gewalt nach außen und innen forcieren. Über die Notstandsgesetzgebung, auf dem Wege der restlosen Zerstörung des Grundgesetzes erstreben sie die schrittweise Errichtung eines Systems der Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals, die nach außen zur Politik des „letzten Risikos“, zur Provokation eines Atomkrieges entschlossen sind. Damit steht für die westdeutsche Bevölkerung, aber auch alles, die Freiheit und das Leben auf dem Spiel.

Den Imperialisten und Militaristen diesen Weg zu verlegen, Freiheit und Leben der Bevölkerung der Bundesrepublik zu retten, das ist die Grundfrage der Politik

unserer Partei, die Grundfrage der deutschen Politik schlechthin. Davon muß die Aufgabe der Arbeiterklasse und ihre gegenwärtige Verantwortung in der Bundesrepublik bestimmt sein.

Wenn die Führung der CDU/CSU trotz des Scheiterns und der Krise ihrer Politik weiter den Regierungskurs bestimmt, so darum, weil die Führung der SPD die Einigung der Arbeiterklasse und der Volkskräfte verhindert hat. Die rechte Führung der SPD verkündete in dem Moment, als das Scheitern der CDU/CSU-Politik deutlich wurde, ihren Willen zur Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU. Sie hat seit 1945 in Westdeutschland alle Massenbewegungen für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt gehemmt und ihren Erfolg verhindert.

Sie hat die große Chance der SPD nach 1945 vertan und zahlreiche Positionen aufgegeben, die sie in den ersten Jahren der Nachkriegszeit hatte. Mit geringen wirtschaftlichen Zugeständnissen an die Werktätigen und mit wenigen hochbezahlten, aber einflusslosen Posten für einige Führer, von denen manche, wie Deist, inzwischen Millionäre geworden sind, wurden erneut Illusionen geschaffen, daß es möglich sei, im Rahmen des Monopolkapitalismus die soziale Frage zu lösen. Nur so konnten die Monopolherren und Militaristen ihre ökonomische und politische Macht in Westdeutschland wieder festigen und ihren für die Nation verhängnisvollen revanchistischen Kurs einschlagen.

Die Volksbewegungen gegen Remilitarisierung und Atomrüstung boten alle Voraussetzungen, um die Aufstellung einer atomar gerüsteten Aggressionsarmee nicht nur zu verzögern, sondern unmöglich zu machen. Die Paulskirchen-Bewegung 1955 gegen den Eintritt in die NATO und gegen die Wehrpflicht, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ 1958 hätten ihre Ziele voll erreichen können, wurden jedoch von den rechten Führern der SPD und des DGB vorher lahmgelegt.

Die rechten Führer der SPD, die Wehner, Brandt, Erler und Deist, haben die Beschlüsse der Parteitage von 1956 und 1958 und den Deutschlandplan der SPD, der in manchen Punkten eine Alternative zur Adenauer-Politik bot, aufgegeben. Auf den Parteitag von Godesberg und Hannover haben sie stattdessen ihre Übereinstimmung mit den wesentlichen Zügen der Adenauer-Politik und ihre Bereitschaft zur Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU-Führung verkündet. Während Kurt Schumacher den Generalvertrag mit den Worten ablehnte „Wer diesen Vertrag unterschreibt, hört auf ein Deutscher zu sein“, treten Erler und andere rechte Führer der SPD heute für die Erfüllung der NATO-Pläne ein und erklärten in der Haushaltsdebatte des Bundestages ihre volle Übereinstimmung mit der Rüstungspolitik der Regierung.

Rechte Führer der SPD arbeiten mit den reaktionären Kräften der CDU/CSU und der FDP, mit Revanchisten-Organisationen und selbst mit militaristischen Geheimdiensten zusammen, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR zu unterhöhlen. Diese Orientierung auf die Konterrevolution veranlaßt sie, der Aufrüstungspolitik der deutschen Militaristen und selbst ihren Notstandsplänen zuzustimmen. So haben es diese rechten Führer der SPD dahin gebracht, daß der Erzreaktionär Guttenberg nach dem Auftreten Wehners vor der Katholischen Akademie in München sagen konnte: „Die SPD hat einen weiten Weg zurückgelegt, um dorthin zu gelangen, wo unsere CDU/CSU schon immer gestanden hat“.

Wenn nun rechte SPD-Führer versuchen, die bankrotte und aussichtslose Politik der CDU/CSU durch einen Kurs der „Gemeinsamkeit“ zu retten, so kann sich das nur zum Schaden der Arbeiterklasse, der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch zum Schaden der SPD selbst auswirken. Wer die Adenauer-Politik im wesentlichen weiterführen will, wird dabei selbst von der Krise dieser Politik erfaßt.

Der Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz

Genossinnen und Genossen!

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens ist die alles überragende Frage der Internationalen und der deutschen Politik. „Friede — das ist unser Ziel!“ haben wir auf der Parteidelegiertenkonferenz 1960 erklärt. Der Kampf um den Frieden stand stets im Mittelpunkt der Politik unserer Partei seit ihrer Gründung durch Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck. Für dieses ideale Streben haben Zehntausende unserer Besten ihre Freiheit und ihr Leben gegeben. Diesem Kampf widmen wir unsere ganze Kraft und Leidenschaft.

Im Gegensatz zum Osten Deutschlands wurde in Westdeutschland nach 1945 keine Abrechnung mit den Ursachen der beiden Weltkriege und der Niederlagen des deut-

schen Imperialismus und Militarismus sowie mit den Irrlehren des Nazismus vorgenommen. Im Gegenteil, den Schuldigen an Krieg und Faschismus wurde — vor allem durch die amerikanischen Imperialisten — wieder zur Macht verholfen, um einen Stoßtrupp gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder zu bilden. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben den dritten Turnus in dem verhängnisvollen Kreislauf Konjunktur-Depression-Rüstung-Krieg begonnen. Das erstmal endete dieser Kreislauf in der Katastrophe des ersten Weltkrieges; das zweitmal in der Katastrophe des zweiten Weltkrieges. Jedesmal bedeutete das für das deutsche Volk und für die Völker Europas Millionen Tote und grenzenloses Leid. Jedesmal wurde Deutschland kleiner.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen haben mit dieser ihrer antinationalen Politik den Anspruch auf die Führung der Nation für immer verloren. Hatte ihre antinationale Politik in der Vergangenheit Millionen Menschen Opfer zur Folge, so beinhaltet sie heute die Gefahr der Vernichtung der ganzen westdeutschen Bevölkerung. Nichts anderes kann der Drang nach Atomwaffen, kann ihr „Klopfen an die Tür des Atomclubs“ bedeuten.

In dieser Absicht unterzeichnete Adenauer das Abkommen mit de Gaulle. Im Mittelpunkt des Vertrages, den der Bundestag mit den Stimmen der SPD ratifizierte, steht die „militärische Zusammenarbeit“. Während nach außen hin von „Aussöhnung der Völker“ die Rede ist, wird auf der Grundlage dieses Kriegspaktes und seiner Geheimklauseln die westdeutsche Beteiligung an der Konstruktion der französischen A- und H-Bomben verstärkt. Zugleich benutzen die deutschen Militaristen diese Verstärkung ihrer Positionen auch als Druckmittel, um innerhalb der NATO und besonders gegenüber den USA ihre Forderungen nach gleichberechtigter Teilnahme und Verfügung an einer Atommacht der NATO zu bekräftigen.

Die Bonner Militaristen wollen westdeutsche Häfen als Basen für Schiffe zur Verfügung stellen, die mit Atomraketen ausgerüstet sind. Sie wollen Basen für den Abschub von Mittelstreckenraketen errichten. Sie verlangen, daß die NATO-Atommacht nicht dem zentralen Kommando in Washington untersteht, sondern dem Kommando „Europa“ in Paris, wo neben dem Nazi-General Speidel einige Dutzend andere führende Bundeswehroffiziere die Finger am atomaren Abzugshebel hätten.

Schließlich betreiben die westdeutschen Militaristen seit geraumer Zeit auch die Herstellung eigener Raketen und Atomwaffen. Aus der Atomrüstung wollen vor allem der IG Farben-Konzern, Degussa, Flick und die großen Elektro-Monopole Milliarden-Profitte ziehen.

Die Bonner Regierung begründet ihre Politik des atomaren Wettrüstens mit angeblichen Interessen der „Sicherheit der Bundesrepublik“. Aber tatsächlich schafft diese Politik höchste Unsicherheit, höchste Gefahr. In Westdeutschland sind neben der Bundeswehr mehr als 500 000 ausländische Soldaten stationiert. Atombombenlager und Raketenstützpunkte der USA-Imperialisten überziehen das Land. Aus dem Pentagon in Washington konnte jeder hören, daß die USA mit dem Aufbau ausländischer Raketenbasen nicht zuletzt die Absicht verbinden, den Gegenschlag von ihrem eigenen Land abzulenken. Stellt man dazu die strategische Lage der Bundesrepublik und die ungeheuerliche Zerstörungsgewalt der atomaren Waffen in Rechnung, so wird die schreckliche Wahrheit deutlich: Würden die Imperialisten einen Atomkrieg auslösen, so müßte die ganze Bundesrepublik in der ersten Stunde dieses Krieges wie eine Fackel im Atomfeuer brennen und verbrennen.

Indem wir Kommunisten für Frieden, gegen Krieg, Imperialismus und Militarismus kämpften, haben wir uns immer als vorbildliche Vertreter des deutschen Volkes, als konsequente Kämpfer für die Sache unserer Nation erwiesen. Heute entscheidet der Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz über Sein oder Nichtsein der Nation.

Viele Menschen in der Bundesrepublik meinen, niemand könne so wahnsinnig sein, das Unglück des Atomkrieges über unser Volk heraufbeschwören. Aber heute sitzen in Westdeutschland wieder dieselben Kräfte an den Schalthebeln der Politik und in den Kommandostellen der Bundeswehr, die selbst noch an Hitlers Seite standen, als dieser erklärte: „Wenn wir abtreten müssen, ist unser Volk nicht wert zu leben.“ Wenn die maßgeblichen Bonner Minister wiederholt erklärten, daß sie zum „letzten Risiko“ bereit seien, so ist das nichts anderes als die Erklärung von Hitler und Goebbels: „Wir werden die Tür mit einem Knall hinter uns zuschlagen.“ Das „letzte Risiko“ ist nichts anderes als der Atomkrieg, als der atomare Untergang Westdeutschlands.

Die westdeutschen Militaristen versuchen, ihre Gier nach Atombomben mit der Lüge von der Bedrohung durch den Kommunismus zu rechtfertigen. Die deutschen

Imperialisten haben stets ihre Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung mit einer angeblichen Bedrohung von außen getarnt und gleichzeitig im deutschen Volk durch die Entfaltung von Völkerhaß und Chauvinismus eine Kriegsstimmung erzeugt. Nach ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg wurde die Antikommunistenhetze, der Antibolschewismus zu ihrem Hauptmittel, um sich der Verantwortung vor dem Volk zu entziehen, um dann erneut aufzurüsten und einen neuen Krieg vorzubereiten. Mit dem Antikommunismus bereiteten Hitler und die deutschen Imperialisten den zweiten Weltkrieg vor. Gleichzeitig mißbrauchten sie das durch den Versailler Vertrag verletzte Nationalgefühl der Deutschen, um im deutschen Volk nationalistischen und revanchistischen Haß zu schaffen. Die Methoden unterscheiden sich heute kaum von denen der Nazis. Wieder dient der Antikommunismus der ideologischen Kriegsvorbereitung, wiederum wird die Eroberung fremder Gebiete propagiert.

Für Aussöhnung und Verständigung

Es gibt keine Bedrohung aus dem Osten. Dem Sozialismus ist Krieg und Eroberungspolitik fern. Alles, was die Sowjetunion zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus braucht, hat sie in ihrem eigenen Land. Für diesen Aufbau braucht sie den Frieden. Davon läßt sich die Regierung der Sowjetunion und die KPdSU in ihrer ganzen Außenpolitik leiten.

Ihre Außenpolitik wird bestimmt durch die Erhaltung des Friedens und durch die friedliche Koexistenz, d. h. das friedliche Nebeneinanderbestehen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Diese Politik vertritt sie nicht etwa, weil sie sich militärisch unterlegen fühlt, sie besitzt alles, was notwendig ist, um jeden Angreifer gegen die Sowjetunion oder ein anderes sozialistisches Land zu zerschmettern. Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich so verändert, daß im Falle der Auslösung eines Krieges durch die Imperialisten und Militaristen die Niederlage des Imperialismus unvermeidlich ist.

Von den Prinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz wird auch die sowjetische Politik gegenüber der Bundesrepublik bestimmt. Obwohl die deutschen Imperialisten und Militaristen unsägliches Leid im zweiten Weltkrieg über die Sowjetunion brachten, hegen die Völker der Sowjetunion keine feindlichen Gefühle oder Vorbehalte gegenüber der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die Sowjetunion hat wiederholt Wege gezeigt, um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu verbessern und freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Alle diese Vorschläge sind bisher an der Fortsetzung des unglückseligen kalten Krieges und an der Revanchepolitik der herrschenden Kräfte in Bonn gescheitert.

Die Wahrheit also ist: Die einzige Bedrohung für das deutsche Volk geht von der aggressiven und revanchistischen Politik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen aus. Unsere nationale Verantwortung und unsere Verpflichtung als proletarische Internationalisten erfordert, daß wir diese Tatsache der Bevölkerung Westdeutschlands bewußt machen. Wir müssen dem antibolschewistischen Kreuzzug entgegentreten und die Bevölkerung der Bundesrepublik davon überzeugen, daß es in ihrem Interesse liegt, die dargebotene Freundschaftshand des Sowjetvolkes zu ergreifen.

Zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bestehen seit langem enge freundschaftliche Beziehungen. So muß es auch zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion werden. Die westdeutsche Bevölkerung braucht Aussöhnung und Verständigung mit den Völkern im Westen und Osten, sie braucht dazu Taten der Entspannung und Abrüstung.

Es gab stets verantwortliche Politiker, die ein gutes Verhältnis zu Rußland und später zur Sowjetunion vom Standpunkt der deutschen Interessen für notwendig erachteten. Bismarck betrachtete gute Beziehungen zu Rußland als eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche deutsche Politik.

Auch nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution gab es verantwortungsbewußte bürgerliche Politiker, die freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion anstreben und darum die aggressive Ostpolitik des deutschen Imperialismus ablehnten. Ich erinnere nur an den Botschafter Brockdorff-Rantzau, an den Abschluß des Rapallo-Vertrages durch Rathenau und Reichskanzler Wirth und daran, daß der deutsche Botschafter von Schulenburg selbst unter der Hitler-Herrschaft vor dem Überfall auf die Sowjetunion gewarnt hat.

Der Kampf um den Frieden erfordert vor allem die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland, die Anerkennung der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gibt — die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik. Mit Recht hat selbst der FDP-Politiker Dehler darauf hin-

gewiesen, daß die Leugnung des Bestehens zweier deutscher Staaten nichts anderes bedeutet als die Rechtfertigung einer Politik des Bürgerkrieges.

Es ist das erste Gebot für jeden Kommunisten, für jeden Patrioten, die ideologische und materielle Kriegsvorbereitung gegen die DDR zu bekämpfen. Kein guter Deutscher kann sich mit der schamlosen Erklärung Lübkes abfinden, es sei Pflicht der Bundeswehr-Soldaten, auf die Brüder in der DDR zu schießen, weil dort keine Deutschen, sondern Kommunisten stehen. Die Lebensfrage einer nationalen Politik ist es, das Leben und den Frieden der Deutschen in den beiden Staaten zu sichern. Das erfordert, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren, die Verständigung anzustreben und darum die Vorschläge Walter Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED als Verhandlungsgrundlage anzunehmen.

Nach dem VI. Parteitag der SED äußerten Bürger der Bundesrepublik und auch einige Genossen die Auffassung, der 7-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts sei gut, aber die Bonner Regierung werde diesen Vorschlag ebenso ablehnen, wie sie schon bisher alle Vorschläge zur Entspannung abgelehnt habe.

Tatsächlich sind die herrschenden Kreise in Bonn Feinde jedes Verständigungsvorschlages, Gegner der friedlichen Koexistenz in Deutschland und in der Welt. Verständigung und Koexistenz können in Westdeutschland nur durchgesetzt werden durch die Mobilisierung der Volksmassen, deren elementarsten Lebensinteressen eine solche Politik erfordert. Wenn Genossen meinen, friedliche Koexistenz sei eine Sache, die einzig und allein bestehende Regierungen regeln, so trifft das nicht zu.

Es ist Aufgabe der Friedenskräfte, insbesondere unsere Aufgabe, eine machtvolle und unwiderrstehliche Friedensbewegung zu entwickeln und so die Politik der friedlichen Koexistenz auch gegen den Willen imperialistischer Regierungen zu erzwingen. Die Voraussetzungen dafür sind auch in der Bundesrepublik vorhanden. In allen sozialen Gruppierungen, Parteien und Organisationen wächst die Einsicht, daß die „Politik der Stärke“ gescheitert ist. So verstärkt sich das Verlangen, den kalten Krieg zu beenden und an die Stelle der Revanche-Politik eine Politik des Friedens und der Verständigung zu setzen.

Dafür ist der große Erfolg des Ostermarsches 1963 kennzeichnend. In 21 Marschsäulen nahmen in diesem Jahr doppelt soviel Atomwaffengeegner wie im Vorjahr am Ostermarsch teil, um gegen Atomwaffen auf deutschem Boden, für eine atomwaffenfreie Zone, für friedliche Koexistenz, Abrüstung und den Schutz der demokratischen Rechte zu demonstrieren. An etwa 100 Kundgebungen beteiligten sich weit über 50 000 weitere Atomwaffengeegner. Es wurden Hunderttausende von Menschen angesprochen und mit den Forderungen der Atomwaffengeegner vertraut gemacht.

Ein besonders positives Ergebnis der erfolgreichen Durchführung der Ostermärsche besteht in dem Vorhaben des Zentralausschusses dieser Bewegung, den Kampf gegen die Bonner Rüstungspolitik und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa in Aktionen und Kundgebungen als ständige, das ganze Jahr umfassende Kampagne für Abrüstung weiterzuführen.

Sehr wertvoll ist auch, daß die Ostermarschbewegung stärker als bisher in ihrem Kampf um Frieden und Abrüstung gleichzeitig für die Verteidigung der Demokratie und gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik eintritt. Dies wurde deutlich in den Losungen: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“. „Nicht das Grundgesetz, sondern die Politik ändern“!

Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Teilnehmer am Ostermarsch zeigte sich nicht zuletzt darin, daß in den Märschen und auf den Kundgebungen der Antikommunismus zurückgedrängt wurde. Zahlreiche Sprecher betonten, daß alle Schichten, Menschen aller politischen Auffassungen ihren Platz im Ostermarsch haben, die für die Forderungen dieser Bewegung eintreten.

Der reale Weg zur friedlichen Wiedervereinigung

Die deutschen Imperialisten tarnen ihre revanchistische und aggressive Politik auch unter Mißbrauch des Verlangens der Bevölkerung nach Wiedervereinigung Deutschlands. Sie haben mit Hilfe der Westmächte Deutschland gespalten, um im Westen ihre Herrschaft zu erhalten und die Ausgangsbasis für ihre neue imperialistische Eroberungspolitik wieder aufzubauen. Jeder Schritt ihrer Politik hatte die Vertiefung der Spaltung zum Ergebnis — die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO, die Wiederaufrüstung, die EWG-Politik und jetzt der Pakt mit de Gaulle. Mit ihren Angriffsvorbereitungen gegen die DDR haben sie die Arbeiter-und-Bauern-Macht gezwungen, im Interesse der Rettung des Friedens ihre Staatsgrenzen zu sichern.

Genosse Walter Ulbricht hat auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig ausgeführt: Solange die herrschenden Kreise in Bonn gegenüber der DDR eine auf Unterminierung und Aggression gerichtete Politik betreiben, ist die DDR genötigt, an der Grenze eine solche Ordnung aufrechtzuerhalten, die das friedliche Leben und die Interessen der Bürger der DDR hinreichend schützt. Wer also die „Mauer“ überflüssig machen und großzügige Regelungen an der Staatsgrenze der DDR herbeiführen will, zu denen die DDR durchaus bereit ist, muß sich gegen die „Mauer“-Hetze, gegen die imperialistischen Ultras wenden und mitheifen, sie zu bändigen. Das ist die Schlußfolgerung, die die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte der Bundesrepublik in ihrem eigenen Interesse jetzt ziehen sollten.

Wenn die Imperialisten und Militaristen von „Menschlichkeit“ und „deutscher Einheit“ reden, so meinen sie damit die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik mit militärischen Mitteln und die Eroberung der Gebiete östlich von Oder und Neiße und von Teilen der CSSR. Mit dieser Politik wird es niemals ein wiedervereinigtes Deutschland geben. Die herrschenden Kreise in Bonn sind die schlimmsten Feinde der Wiedervereinigung. Sie wollen mit ihrer verlogenen Propaganda erneut Chauvinismus und Nationalismus in der Bevölkerung wecken, um sie für ihre antinationale Politik, für ihre verbrecherischen Kriegsziele zu mißbrauchen.

Unsere Partei hat in der ganzen Zeit nach 1945 als einzige Partei in Westdeutschland konsequent für ein einheitliches, demokratisches Deutschland gekämpft. Wir waren gegen die Spaltung Deutschlands durch die Errichtung des bizonalen Wirtschaftsrates und des separaten westdeutschen Staates. Wir forderten die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung, eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes. Wir erhoben die Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Alle diese Vorschläge wurden von der CDU/CSU, wie auch von den rechten Führern der SPD abgelehnt.

Unter den jetzt bestehenden Bedingungen ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein langwieriger Prozeß. Er beginnt mit dem Kampf um die Sicherung des Friedens, für friedliche Koexistenz und Abrüstung in Deutschland, für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Schaffung einer neutralen Freien Stadt Westberlin.

Dieser Kampf wird in dem Maße erfolgreich sein, wie Schritt für Schritt die aggressiven revanchistischen Kräfte zurückgedrängt werden und die friedliebenden Volksmassen ihren Einfluß auf Parlament und Regierung, auf das gesamte politische und staatliche Leben geltend machen. Eine Bundesrepublik, in der die Macht der Militaristen zurückgedrängt ist, und die Deutsche Demokratische Republik werden sich dann die Hand zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten reichen. Konföderation bedeutet, daß ein weiteres Auseinanderleben verhindert wird und daß beide deutsche Staaten der schließlichen Wiedervereinigung Schritt für Schritt näherkommen. Die Konföderation ist die beste Form der Koexistenz in Deutschland. Das bedeutet, daß sich im Rahmen der Konföderation ein friedlicher Wettbewerb zwischen den beiden Gesellschaftssystemen vollzieht.

Wir Kommunisten sind der Überzeugung, daß sich in diesem Wettbewerb allseitig die Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus erweisen wird, daß sich anhand des Beispiels der DDR auch die Werktätigen der Bundesrepublik für ein Leben ohne Ausbeutung und Kriegstucht, für den Sozialismus entscheiden werden. Der Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland wird die endgültige Lösung der nationalen Frage sein.

Manche Genossen haben die Frage gestellt: „Würde die friedliche Koexistenz in Deutschland nicht bedeuten, daß wir uns mit dem herrschenden kapitalistischen System in der Bundesrepublik abfinden?“

Das ist keineswegs der Fall. Indem wir die Massen der westdeutschen Bevölkerung, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, in den Kampf um den Frieden führen, erwacht in ihnen das politische Interesse und die gesellschaftliche Aktivität, erhöht sich das Bewußtsein der Verantwortung. Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Massen ist die Quelle ihrer unüberwindlichen Kraft. In diesem Punkt hat der Friedenskampf Anschluß an den Kampf für die weitergehenden demokratischen und sozialistischen Ziele, weil sich beide gegen denselben Feind — den Imperialismus und Militarismus, richten.

Zugleich erleichtern die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte der Bundesrepublik durch ihren wirksamen Kampf für Frieden und Abrüstung die Aufbauarbeit der Werktätigen der DDR. Die friedliche Koexistenz in Deutschland garantiert also unserem ganzen Volk den Frieden, sie schwächt die Kriegstreiber in Westdeutschland und stärkt die Deutsche Demokratische Republik.

Das ist harter Klassenkampf und keineswegs, wie manche Genossen meinen, Verzicht auf den Klassenkampf. Die friedliche Koexistenz wird uns nicht geschenkt. Sie muß den Imperialisten und Militaristen abgerungen werden.

Friedliche Koexistenz ist nicht, wie manche Genossen in der Diskussion über unsere Dokumenten-Entwürfe erklärten, möglich, weil der Imperialismus seinen aggressiven Charakter eingebüßt habe. Der Imperialismus ist aggressiv und mit ihm bleiben die Ursachen für Kriege bestehen. Die wachsende Stärke der sozialistischen Staaten, die Existenz einer großen Zahl neutraler Länder, die an der Sicherung des Friedens interessiert sind, und der Kampf der Volksmassen in allen kapitalistischen Ländern machen es möglich, die aggressiven Kräfte des Imperialismus zu zügeln und den Frieden mit Erfolg zu verteidigen. Darum ist die ständige Wachsamkeit der Volksmassen, besonders auch in der Bundesrepublik, gegen imperialistische Kriegs-abenteuerer notwendig.

Die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ist keine Versöhnung mit dem Imperialismus, sondern eine Form des Klassenkampfes, der sich in der Welt und in Deutschland, zwischen Sozialismus und Kapitalismus abspielt. Wir Kommunisten wollen, daß dieser Kampf nicht in Form eines atomaren Weltkrieges ausgetragen wird, sondern als friedlicher Wettbewerb zwischen beiden gesellschafts-schaftlichen Systemen.

III.

Die Verteidigung des Grundgesetzes und der Schutz der demokratischen Volksrechte

Genossinnen und Genossen!

Im Entwurf unserer Programmatischen Erklärung haben wir den unlösbaren Zusammenhang des Kampfes um Frieden und friedliche Koexistenz mit dem Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes dargelegt. Marx, Engels und Lenin haben von jeher darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse die verschiedenste Kämpferin für die demokratischen Rechte und Volksfreiheiten ist. Als Klasse, deren Ziel darin besteht, die Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, als Vorkämpferin des Sozialismus ist sie die Vertreterin der konsequentesten Demokratie. Auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Herrschaft und des bürgerlichen Staates ist es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, welche Herrschaftsformen zur Anwendung gelangen, kämpft sie um die weitestgehenden demokratischen Rechte.

Als wir 1945 aus den Konzentrationslagern, aus den Zuchthäusern und aus der Emigration zurückkehrten, sind wir im Osten, wie im Westen Deutschlands für eine konsequente Demokratisierung des öffentlichen Lebens eingetreten. Obwohl das Grundgesetz als Urkunde der Spaltung Deutschlands gegen unseren Willen zustande kam, haben wir im Parlamentarischen Rat den Ausbau der Grundrechte und die Verankerung sozialer Rechte des Volkes gefordert.

Die KPD war die einzige Partei in Westdeutschland, die konsequent für die Entmilitarisierung und Demokratisierung, für die Entfernung der Verantwortlichen an den Naziverbrechen aus Politik und Wirtschaft eintrat, um damit den Grundstein zu legen für einen demokratischen Neubau und eine friedliche Zukunft.

Die Wiederherstellung der ökonomischen Macht der Monopolherren in Westdeutschland und der sich vollziehende Prozeß der Konzentration des Kapitals in den Händen der alten und neuen Finanzmagnaten führte schon frühzeitig zur Behinderung der demokratischen Entwicklung. Unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik begann mit der Festigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Abbau der demokratischen Rechte des Volkes. Es vollzog sich eine starke bürokratische Zentralisation der staatlichen Macht, eine verstärkte Gleichschaltung der Länder- und Kommunalorgane. Die Rolle und die Rechte der Parlamente wurden zugunsten der Exekutivorgane des Staates mehr und mehr eingeschränkt.

Die Entwicklung des Staatsmonopolismus drängt zu einer immer stärkeren bürokratischen Vereinigung der staatlichen Macht in den Händen der Bonner Regierung, die das unmittelbare Machtorgan der aggressiven Monopole und ihrer Verbände ist. Charakteristisch für das lawinenartige Anwachsen des Exekutivapparates sind jene Ministerien, die die Schlüsselpositionen des imperialistischen Staatsmechanismus darstellen. So stieg im Innenministerium die Zahl der planmäßigen Beamten von 9958 im Jahre 1951 auf 22 347 im Jahre 1962. Beim Kriegsministerium sogar von 124 im Jahre 1954 auf 22 405 im Jahre 1962.

In dem Maße, wie mit der Aufrüstung die Macht des Militarismus erstarkte, verschärften sich die Angriffe auf die Demokratie, traten Züge einer neofaschistischen Entwicklung hervor. Jeder Schritt der Militarisierung erfolgte gegen den Widerstand breiter Volksmassen in der Ohne-mich-Bewegung, der Paulskirchen-Bewegung, den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod“. Um diesen Volkswiderstand gegen die Aufrüstung zu brechen, schritten die imperialistischen Machthaber Westdeutschlands mehr und mehr zur Aushöhlung der demokratischen Rechte und zur Anwendung faschistischer Regierungsmethoden. Sie verboten demokratische Organisationen, wie die Freie Deutsche Jugend. Sie schufen nach dem Vorbild der Hitler-Faschisten die politische Gesinnungsjustiz. Sie verboten unsere Partei und bedrohen alle, die für eine Politik des Friedens und der Verständigung mit der DDR eintreten.

Dieser Prozeß des Abbaus und der Einschränkung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten, der schrittweisen Zerstörung des Grundgesetzes und auch der Abwertung des Parlaments versuchten die herrschenden militaristischen Kreise bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Fassade durchzuführen.

Verteidigung des Grundgesetzes Aufgabe aller Volkskräfte

Angesichts der zunehmenden Verschärfung aller Widersprüche des imperialistischen Systems hat sich der Druck auf die soziale Lage und die politische Bewegungsfreiheit der Werktätigen außerordentlich verstärkt. Die herrschenden imperialistischen Kreise erblicken in der organisierten Kraftentfaltung der Arbeiterklasse zur Durchsetzung elementarer sozialer und demokratischer Forderungen eine Gefahr für die Fortsetzung ihrer aggressiven Revanchepolitik und letztlich für den Bestand ihrer Herrschaft. Deshalb richtet sich der Hauptstoß der antidemokratischen und sozialreaktionären Innenpolitik des Bonner Staates vor allem gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften.

Mittels eines ganzen Systems von antidemokratischen Gesetzen und Maßnahmen, die alle mit dem Notstandsgesetz in engstem Zusammenhang stehen, wollen die herrschenden Kreise in Bonn den Volkswiderstand gegen ihre Politik brechen und die Voraussetzungen schaffen, um die reaktionär-militaristische Diktatur des aggressivsten Teils des westdeutschen Finanzkapitals zu errichten. Für die Revanche-Politiker ist das Grundgesetz zur Fessel geworden. Das ist das Neue in der Lage. Mit den Notstandsgesetzen soll jetzt das Grundgesetz selbst außer Kraft gesetzt werden. Damit ist seine Verteidigung Aufgabe der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte.

Sie müssen sich den Absichten ihrer Feinde widersetzen, die dahin gehen, alle demokratischen Rechte aufzuheben, die Arbeiter, Frauen und Mädchen dienstzuverpflichten und unter Militärgesetz zu stellen, die Bundeswehr gegen die Bevölkerung einzusetzen, den Bundestag durch einen Notstandsausschuß zu ersetzen, der Regierung das Recht der Notverordnung zu geben und die Länder und Gemeinden aller Rechte zu berauben. Von Gewerkschaftern und von Vertretern des liberalen Bürgertums wird richtig auf die Gefahr hingewiesen, daß nun die herrschenden Kreise in Bonn mit dem Notstandsgesetz eine reaktionär-militaristische Diktatur schaffen wollen ähnlich wie Hitler mit dem § 48 der Weimarer Verfassung alle Rechte des Volkes liquidierte und seine faschistische Diktatur errichtete.

Die aggressive Politik der Bonner Regierung sieht sich wachsenden Schwierigkeiten von außen gegenüber: Im Innern entwickeln sich Widersprüche und Widerstände auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Ausdruck dafür ist die Ablehnung der Notstandsgesetze durch die Gewerkschaften und auch in breiten Teilen der Sozialdemokratischen Partei, obwohl die rechten Führer der SPD diesen Gesetzen zustimmen. Wie weit die Erkenntnis des unlöslichen Zusammenhangs zwischen der sozialen Lage der Arbeiterklasse, der atomaren Rüstung und den Notstandsgesetzen ist, zeigt sich auch daran, daß die Arbeiter auf den 1. Mai-Kundgebungen unter den Losungen demonstrierten: „Für Lohnerhöhung, gegen Atomrüstung und Notstandsgesetzgebung“!

Um die Notstandsgesetze, um die Notdienstpflicht zu Fall zu bringen und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes wieder herzustellen und zu sichern, bedarf es der ganzen Kraft der Arbeiterklasse und aller Demokraten.

Wenn der Einwand erhoben wird, die Notstandsgesetze seien nicht mehr zu verhindern, so steht dem entgegen: die bisherigen Proteste der demokratischen Öffentlichkeit haben ausgereicht, die bereits für 1958 von der Regierung geforderte Verabschiedung bis heute nicht zuzulassen. Die Notstandsgesetze können endgültig verhindert werden, wenn wir vor der Arbeiterklasse und der Bevölkerung die ganze Größe der Gefahr enthüllen und so auf der Grundlage der richtigen gewerkschaft-

lichen Beschlüsse die Arbeiterklasse, alle demokratisch gesinnten Menschen zum Schutz der Verfassung mobilisieren. Der Streikkampf und die Lohnbewegung der Metallarbeiter haben der Arbeiterklasse ihre Kraft gezeigt und zugleich deutlich gemacht, wie notwendig es ist, im eigenen Interesse die demokratischen Rechte zu verteidigen.

Die Voraussetzungen dafür sind auch günstiger geworden, seitdem die Angriffe der Militaristen und ihrer Bonner Minister gegen Freiheit und Recht viele Illusionen in der Bevölkerung zerstört haben. Durch die „Spiegel“-Affäre wurde zum ersten Mal Millionen Bürgern bewußt, wie groß die Gefahr der reaktionär-militaristischen Entwicklung ist, wie notwendig es ist, die Freiheit jedes Einzelnen und damit die Freiheit aller zu schützen.

Eine bedeutsame Ermutigung der demokratischen Kräfte ist auch von dem Erfolg der in- und ausländischen Massenproteste gegen das drohende Verbot der VVN ausgegangen. Hier wurde sichtbar, daß die demokratischen Kräfte durchaus in der Lage sind, der Reaktion in den Arm zu fallen. Das hat auch das mutige Auftreten solcher Antifaschisten, wie Herterich, bewiesen, der trotz Terror und Drohungen wirksame Schläge gegen die Nazi-Größen in Würzburg geführt und die Aufmerksamkeit der deutschen und internationalen Öffentlichkeit auf das erschreckende Ausmaß der Renazifizierung gelenkt hat.

Ein großer Teil der Bevölkerung, Menschen aller sozialen Schichten und politischen Richtungen, sind erschrocken, wieweit der gesamte Staatsapparat durchdrungen ist von schwer belasteten Nazis. Es entwickelt sich eine Bewegung gegen die Renazifizierung, für die Bewältigung der Vergangenheit und für die Forderung nach der Reinigung der Ministerien, der Justiz, der Bundeswehr, der Polizei und anderer Staatsorgane von diesen Elementen, die mit Recht als treibende Kräfte der Notstandsdictatur und der aggressiven Politik betrachtet werden. Die Tatsache, daß sich auch die Evangelische Kirche Deutschlands in einer Handreichung mit den Kriegsverbrechern befaßt und erklärt, man müsse die Gegenwart bewältigen, ist Ausdruck der Besorgnisse und der demokratischen Forderungen der Bevölkerung.

Zu dieser wachsenden demokratischen Bewegung im Volke gehört auch, daß sich aus Arbeiterorganisationen, aus der Intelligenz und auch aus dem demokratischen Bürgertum Proteste gegen die Unrechtspraxis des Bundesgerichtshofes und der politischen Strafkammern mehrten. Mit Recht weisen diese Kräfte darauf hin, daß der Gesinnungsterror nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle Gegner der Bonner Rüstungspolitik angewandt wird. Wir begrüßen die von der Liga für Menschenrechte, von Juristen und Kreisen der Evangelischen Kirche erhobene Forderung nach Beseitigung der politischen Gesinnungsjustiz und Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Von großer öffentlicher Wirkung sind auch die Proteste gegen die zunehmende Gefährdung der Geistes- und Meinungsfreiheit. Vor allem aus der Intelligenz haben sich mutige und entschiedene Stimmen gegen das provokatorische Vorgehen des Nazi-Generals Foertsch anläßlich der Stalingrad-Sendung des Fernsehens, gegen die frechen Beleidigungen von Dufhues gegenüber Schriftstellern der Gruppe 47 und das terroristische Meinungsdictat des Springer-Konzerns erhoben.

Überblickt man diese verschiedenen Strömungen der demokratischen Bewegung, die von der Arbeiterklasse über die Intelligenz bis ins liberale Bürgertum reicht, dann wird deutlich, worin die Aufgabe unserer Partei, die gemeinsame Verpflichtung der fortschrittlichen Kräfte besteht. Dazu müssen wir alle engstirnigen Hemmnisse überwinden.

Als die Massenstimmung gegen Strauß anwuchs und die Erregung der Bevölkerung über die „Spiegel“-Affäre in Unterschriftensammlungen und Demonstrationen zum Ausdruck kam, diskutierten Parteileitungen darüber, was hinter der Bewegung stecke, standen viele Parteiorganisationen neben dieser Bewegung. Ob es um die von der CDU betriebene Entlassung des Fernseh-Redakteurs Paschensky, um die Verteidigung der Pressefreiheit für den „Spiegel“-Herausgeber Augstein, um die Proteste gegen die Polizeiwillkür in München-Schwabing, um die Meinungsfreiheit von Kommunisten geht — es ist immer unsere gemeinsame Sache, für die alle Demokraten zusammenstehen müssen. Genossen, es geht dabei um den Schutz der Demokratie, um die Volksrechte. Es geht um den Frieden!

Es kommt jetzt darauf an, jede dieser Aktivitäten zu ermutigen, ihnen festen Rückhalt durch das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften zu geben.

Die Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und der Kampf für soziale Sicherheit

Genossinnen und Genossen!

Das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben der Bundesrepublik ist beherrscht von dem Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von dem Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden Monopolbourgeoisie und den Interessen aller Werktätigen. Die Wirklichkeit des sogenannten „Sozial- und Wohlfahrtsstaates“ zeigt immer brutaler die Züge der antisozialen, staatsmonopolistischen Herrschaft der Multimillionäre und Milliardäre.

In allen wichtigen Industriezweigen beherrschen einige Konzerne 80 bis 90 Prozent der Produktion. Die Konzentration des Kapitals auf die Mammutmonopole der IG Farben, der Flick und Krupp, Siemens und AEG, der drei Großbanken, vorweg der Deutschen Bank, ist größer als unter Hitler.

Die Illusion, in der Bundesrepublik gebe es so eine Art „Ausnahmekapitalismus“, hat harte Stöße erlitten. Die Wirkung der Faktoren, die der westdeutschen Wirtschaft eine lang andauernde Konjunktur verschaffen, läßt mehr und mehr nach. In der EWG tobt härter als zuvor der Kampf um den Vorteil des Stärksten, herrscht das alte kapitalistische Wolfsgesetz der Bereicherung der größten Monopole auf Kosten der schwächeren Konkurrenten, zu Lasten der Werktätigen und der nationalen Volkswirtschaft. Nicht Gleichberechtigung, sondern Vorherrschaft über Westeuropa ist das Ziel des westdeutschen Finanzkapitals – und vor allem die westdeutschen Arbeiter und insbesondere die Bauern müssen dafür bezahlen.

Nicht anders steht es mit den neokolonialistischen Abenteuerern der Monopole. Sie haben nichts zu tun mit Hilfe für die Entwicklungsländer, sondern sind darauf gerichtet, an die Stelle der alten kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung neue Methoden, raffiniertere Formen der Unterdrückung und Ausplünderung der Völker Asiens und Afrikas zu setzen. So sollen die jungen Staaten an den niedergehenden Imperialismus gekettet werden.

Das Zuendegehen der Hochkonjunktur, die Zuspitzung des Konkurrenzkampfes auf den Märkten bilden den Hintergrund des Brüsseler Fiaskos der EWG. Sie widerspiegeln sich auch im Wirtschaftsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1962, der den Rückgang des bisherigen Überschusses des Waren- und Dienstleistungsverkehrs auf weniger als die Hälfte im Vergleich zu 1961 zugeben muß. Das reicht nicht mehr aus, um alle die Löcher zu stopfen, die die Atomrüstungspolitik aufreißt. Wenn der Staatsverbrauch im letzten Jahr um 14 Prozent gestiegen ist, so vor allem wegen der riesigen Lasten der Kriegsvorbereitung.

Von 1950 bis 1963 wurden dafür – einschließlich der Frontstadtmittel für Westberlin – über 150 Milliarden DM aus der Bevölkerung herausgepreßt. Bis zum Jahre 1966 sollen weitere 80 Milliarden DM unmittelbar für die Rüstung ausgegeben werden. Das ist etwa das 2½fache dessen, was Hitler für die Vorbereitung des 2. Weltkrieges verbrauchte. Hier möchte ich an die Wahrheit dessen erinnern, was dieser Tage ein westdeutscher Journalist sagte: „Deutschland hat sich zweimal zu Tode gesiegt – es kann sich auch zu Tode rüsten.“

Das Aufkommen an Lohnsteuer und ihr Anteil am Gesamtrahmen der direkten Steuern steigt ständig. Noch stärker haben sich die indirekten Steuern und Ausgaben erhöht, die auf die Preise abgewälzt werden. Am Vorabend des 1. Weltkrieges machten die Steuern und Sozialbeiträge etwa 11 Prozent des „Volkseinkommens“ aus. Das Bonner Regime verschlingt dafür heute 44,1 Prozent. Die Bundesrepublik – laut Verfassung ein Sozialstaat – hält den Rekord, die Werktätigen mit den höchsten Steuersätzen der ganzen Welt zu belasten. Für das westdeutsche und internationale Monopolkapital wurde dafür ein einzigartiges Treibhausklima geschaffen.

Die Adenauer-Erhard-Regierung plant neue Belastungen mit ihrem „Sozial-Paket“, mit ihrer Umsatzsteuerreform zu Lasten der Verbraucher und der Mittelschichten. Mit der Neuverteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer will sie ihre Rüstungskasse, zu Lasten der Länder, der Gemeinden, der sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung noch mehr füllen.

Die steigenden Staatsausgaben und die Schuldenmacherei der Regierung haben die inflationistischen Tendenzen mehr und mehr verstärkt. 70 Pfennig ist die alte D-Mark heute noch wert, den Rest hat die Rüstung, haben die Kassen und die Politik des herrschenden Regimes aufgeessen.

Die inflationistischen Tendenzen zeigen sich auch im Ansteigen der umlaufenden Geldmenge. Während das westdeutsche Sozialprodukt im vergangenen Jahr real um etwa 4 Prozent wuchs, erhöhte sich das Volumen des umlaufenden Geldes erneut um 6,6 Prozent. Wieder bewahrheitet sich die alte bittere Erfahrung von zwei Weltkriegen: Mit Rüstung und Krieg geht einher die Inflation, die Entwertung der Ersparnisse des kleinen Mannes und der Verfall der Kaufkraft der Massen, geht einher der Milliardenprofit der Milliardäre.

Wie „Der Gewerkschafter“ in seiner März-Nummer 1963 berichtet, stiegen die Gewinne der Großunternehmen von 68,5 Milliarden im Jahre 1958 auf 94,3 Milliarden im Jahre 1962. Der IG Farben-Konzern schüttete im vergangenen Jahr 427 Millionen DM an Gewinn aus. Die Ford-Werke, Köln, zahlten in den letzten Jahren 76 und 86 Prozent Dividende. Offene und stille Reserven übertreffen das Aktienkapital um ein Vielfaches. So betrugen die Rücklagen der drei IG Farben-Nachfolger 1962 2,28 Milliarden DM. Sie investierten aus ihren Profiten in den beiden letzten Jahren 2,63 Milliarden DM.

Unersättlich ist und bleibt ihre Gier nach höheren und immer höheren Profiten. Durch Rationalisierung und Antreiberei wird die Produktivität und Intensität der Arbeit von Jahr zu Jahr gesteigert. Während die finanzkapitalistischen Parasiten ihr süßes Faulenzleben in den Luxusvillen der Costa brava und der Riviera führen, wachsen Arbeitsqual und Angst vor dem Morgen, die physische und nervliche Belastung der schaffenden Menschen.

Von 1950 bis 1962 hat sich das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde mehr als verdoppelt. Die Arbeiter zahlen dafür einen erschreckenden Blutzoll: Jeder siebte Beschäftigte wird in Industrie und Handwerk jährlich von einem Arbeitsunfall betroffen, in der Eisen- und Metallindustrie sogar jeder fünfte, in der Wertindustrie und im Bergbau schon jeder dritte. Die Produktion von 10 Millionen Tonnen Rohstahl fordert in den USA acht, in England 29, in der Bundesrepublik 44 Tote. So hält die Bundesrepublik den Weltrekord der höchsten Unfallziffer — mit über 3 Millionen registrierter Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

Erwerbstätige Frauen kommen, soweit sie Kinder haben, auf eine Arbeitszeit von 75 Stunden in der Woche. Der Urlaub, das Wochenende muß für zusätzliche Hausarbeit herhalten. Bei werktätigen Müttern ist die Zahl von Frühgeburten dreimal so hoch wie bei anderen Frauen. Die Kindersterblichkeit ist in der Bundesrepublik doppelt so hoch, wie etwa in Holland und in Schweden.

Müßte in dieser Lage nicht ein verbesserter Unfall- und Mutterschutz, erhöhte Sozialleistung und Krankenfürsorge das erste Erfordernis sein? Stattdessen präsentiert die Regierung ein „Sozial-Paket“, das den großen Unternehmern einen Gewinn von 2,5 Milliarden DM im Jahr zuschanzt, die Bonner Rüstungskasse füllt und den Kranken, den Opfern der Arbeitshetze die Selbstbeteiligung aufbürdet und über 3 Millionen Werktätigen den Versicherungsschutz entzieht. So sieht in Wahrheit die Menschlichkeit der Herrschenden in Westdeutschland aus.

„Wohlstand für alle“ hatte die CDU versprochen. Gesteigert aber wurde die soziale Unsicherheit, gesteigert wurden Preise und Tarife in einem Ausmaß, das die im harten Kampf errungenen Lohnerhöhungen größtenteils wieder unwirksam macht. Gerade dort, wo die hauptsächlichsten Ausgaben der Arbeiterfamilie liegen, ist die Preistreiberei am stärksten: so kletterten von Februar 1962 bis 1963 die Preise für Nahrungsmittel um 7,2 Prozent.

Das ist die Lage in der Erhard, Paulsen und Berg ihre „Maßhalte“-Losungen zu verkünden wagen. So sieht es mit der Wirtschaftsordnung aus, die sich „soziale Marktwirtschaft“ nennt.

Wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg durch Abrüstung

Im Zeichen der nachlassenden Konjunktur versuchen die Monopolherren und ihre Regierung den Arbeiter einzureden, durch Rüstungsaufträge würden ihre Arbeitsplätze erhalten. Wie einst Hitler und Göring erklären heute Paulsen und Berg, die Rüstungsproduktion sei „Kapital für die Zukunft“. Die Werktätigen bezahlen den Rüstungswahn sinn schon im Frieden mit Senkung der Kaufkraft, Aushöhlung der Währung und einem immer frecheren „Herrn-im-Haus“-Standpunkt der alten und neuen Wehrwirtschaftsführer. Am Ende aber steht die Zerstörung der Arbeitsplätze der Wohnungen, ja diesmal die totale atomare Vernichtung.

Alle zehn Minuten geben allein die NATO-Länder für die Kriegsvorbereitungen eine Million Dollar aus. Da ist nicht verwunderlich, daß sozialer Notstand einzieht, daß Bildung und Kultur zurückstehen müssen. Da ist erklärlich, daß den Städten und Gemeinden die Mittel fehlen, um die dringlichsten Aufgaben beim Bau öffent-

licher Einrichtungen, Straßen, Schulen, Krankenhäuser und Kulturstätten mit einem Finanzbedarf von 157 Milliarden DM zu bewältigen.

Hier liegt die Antwort auf die Frage, was werden soll, wenn die Abrüstung durchgesetzt wird. Die Beratungen beim Weltwirtschafts-Institut in Kiel, die Gutachten sowjetischer und amerikanischer Experten und der Bericht der UNO stimmen darin überein: **für jede Arbeitskraft, die durch Senkung der Rüstungsausgaben frei wird, entstehen reichlich zwei Arbeitsplätze, wenn Ausgaben gleicher Höhe vom Rüstungsetat für friedliche Arbeit verwandt werden.**

Als die Metallarbeiter eine Lohnerhöhung um acht Prozent verlangten, erklärte der CDU-Bundesminister für Sozialordnung, Blank: „Das ist zuviel“. Aber im Etat des Kriegsministers wurden gegenüber dem vergangenen Jahr die Ausgaben um 22,6 Prozent auf 18,4 Milliarden DM erhöht. Würde die Summe verwendet, um die Löhne und Gehälter aufzubessern, könnte das Jahreseinkommen aller Werktätigen um mehr als 700 DM erhöht werden.

Was aber in der Schublade des Kanzleranwärters Erhard liegt, ist der Plan, den Rüstungsetat für das Jahr 1964 um weitere 6 Milliarden DM, also auf 24 Milliarden zu erhöhen. Umso dringlicher ist jetzt die Verwirklichung der vom 6. Bundeskongreß des DGB geforderten Initiative für einen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik. Denn in der Tat kann „der Weltfrieden nicht durch verstärkte Militärrüstungen gesichert werden, sondern durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und der ständigen Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen“.

Es entspricht den Interessen aller Werktätigen, wenn in vielen gewerkschaftlichen Entschlüssen eine aktive Lohnpolitik vertreten wird, die wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen kann. Die Stärkung des inneren Marktes durch eine Erhöhung des Arbeiteranteils am Wirtschaftsertrag, durch höhere Löhne, Gehälter und Renten, durch gesteigerte Kaufkraft wirkt als echter Anreiz für die wirtschaftliche Entwicklung. Es liegt im Interesse der gesamten Wirtschaft, wenn die Verbraucher mehr konsumieren. Wenn der Lebensstandard der breiten Volksmassen steigt, dann wirkt sich das günstig aus für Handwerk und Gewerbe, für Bauern und Unternehmer der Friedenswirtschaft.

Die Monopole behaupten, es gelte an den Export zu denken. Aber dort, wo sie exportieren können, verriegelt ihre Regierung den Weg mit ihren Maßnahmen des kalten Krieges und des Embargos. Obwohl gerade die Metall- und Wertindustrie einer Ausweitung des Osthandels dringend bedurft hätten, stellten die Scharfmacher der CDU/CSU einmal mehr die Hörigkeit gegenüber der USA über die nationalen Interessen, ja über den Mehrheitswillen des Bundestages. Sie brachen den mit der Sowjetunion geschlossenen Vertrag auf Lieferung von Großrohren. Dieses Rohr-Embargo ist eine Provokation nach dem Vorbild der Hitler-Faschisten, für die bekanntlich Verträge auch nicht das Papier wert waren, auf dem man sie schrieb.

Und wer bezahlt wieder dafür? Die Arbeiter der Stahl- und Werftindustrie, die mittelständischen Zulieferer des bedrohten Schiffbaus, alle die Wirtschaftskreise, für die die Sowjetunion stets ein interessanter Handelspartner, ein guter und sicherer Zähler ist.

Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften fördern mit ihrer eigenen Aktivität auch den Protest der Kreise der Bourgeoisie, die an der Entwicklung der Friedenswirtschaft und des Massenkonsums, an einer antimilitaristischen Wirtschaftspolitik und an besseren Handelsbeziehungen mit der DDR, mit der Sowjetunion, mit den riesigen Märkten des sozialistischen Weltsystems interessiert sind. Für die Arbeiterklasse, wie für die Unternehmer der Friedensproduktion, für die gesamte Wirtschaft kann es nur günstig sein, die Handelsschranken und die Embargo-Bestimmungen zu Fall zu bringen.

Schutz der nationalen Reichtümer — freier Handel statt EWG-Fesseln

Wir treten dafür ein, daß zwischen der EWG und dem „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ ein Abkommen geschlossen wird, das die Freiheit des Warenverkehrs auf der Grundlage der Gleichberechtigung und zum gegenseitigen Vorteil sichert. Das würde auch auf der Linie der Beschlüsse der UNO liegen, die für das Jahr 1964 eine Welthandelskonferenz vorbereitet. Eine solche Entwicklung des Welthandels entspricht den Erfordernissen der wirtschaftlichen Vernunft und wäre geeignet, bestehende Spannungen zu mildern und eine günstigere Atmosphäre für weitere ökonomische und politische Lösungen im Sinne einer Politik der friedlichen Koexistenz zu schaffen. Das wäre eine echte Alternative zur bisherigen Wirtschaftspolitik, die die westdeutsche Wirtschaft in die Zollmauern der EWG zu pressen droht und ihre weltweiten Verbindungen in Gefahr bringt.

Nicht minder widersinnig sind unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch zahlreiche binnenwirtschaftliche Maßnahmen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik. Kennzeichnend dafür sind die Beschlüsse für die Stilllegung von Schachtanlagen, die den Zechenherren je Tonne stillgelegter Förderung 25 DM einbringen, der Arbeiterklasse aber den Verlust der Arbeitsplätze und dem Volk die Preisgabe einer entscheidenden Quelle des nationalen Reichtums.

Der Schrumpfungsplan für den Bergbau, der im Rahmen eines offenen Energiemarktes der EWG vorsieht, die Kohleförderung bis 1970 zu halbieren, ist ein Diktat der Ölkonzerne und der amerikanischen Kohle-Exporteure. Im Interesse ihrer Höchstprofite sollen die Arbeitsstellen von 100 000 Bergarbeitern vernichtet werden. Dem gegenüber liegt es im Interesse der Arbeiterklasse, ein soziales und antimonopolistisches nationales Energie- und Kohleprogramm zu entwickeln und durchzusetzen. Die Gewerkschaften, Betriebsräte und Wissenschaftler haben dafür vernünftige und realistische Vorschläge gemacht, die es zu verwirklichen gilt. Wir treten dafür ein, daß im Interesse der Existenz der Bergarbeiter und des gesamten Ruhrgebiets der Kohlebergbau nationalisiert und der demokratischen Kontrolle durch die Gewerkschaften und Betriebsräte, von Vertretern der technischen Intelligenz, der Verbraucherorganisationen und der Parlamente unterstellt wird. Ähnliche Maßnahmen sind im Erzbergbau erforderlich. Dann werden auch Mittel der öffentlichen Hand und andere Förderungsmaßnahmen wirklich dem wirtschaftlichen Fortschritt, der erhöhten Rentabilität des Bergbaus und der besseren und billigeren Versorgung der Verbraucher dienen.

Genossinnen und Genossen!

Im gesamten Wirtschafts- und Sozialleben gewinnt der wachsende Umfang der Automatisierung an Bedeutung. Mit Recht haben die Delegierten des 6. DGB-Kongresses erklärt, daß sie den technischen Fortschritt als ein wichtiges Instrument zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards betrachten, sofern er planmäßig, zum Wohle alle und unter Vermeidung sozialer Härten eingesetzt wird.

Diese Bedingungen sind niemals von den Monopolherren zu erwarten, sondern nur im Kampf gegen ihre Rationalisierungsmethoden und ihre Herrschaft durchzusetzen.

In 14 Industriezweigen der Bundesrepublik waren bereits 1960 aus technischen Gründen 172 900 Arbeiter weniger beschäftigt als 1956. Wenn die freigesetzten Arbeiter in der Regel neue Arbeitsplätze finden konnten, so darum, weil sich die Rationalisierung in dieser Zeitperiode unter den Bedingungen wachsender Produktion vollzog und sich die westdeutschen Arbeiter bedeutende Arbeitszeitverkürzungen erkämpften. Es ist daher richtig, wenn im Beschluß des 6. DGB-Kongresses über Automatisierung und Kernenergie Maßnahmen vorgeschlagen werden, um die Auswirkungen der kapitalistisch-angewandten Technik durch den Kampf der Gewerkschaften zu mildern. Wesentliche Forderungen sind dabei die Verwirklichung bereits vereinbarter und weiterer Arbeitszeitverkürzungen, verlängerter Urlaub sowie Herabsetzung des Rentenalters.

V.

Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für die Stärkung der Gewerkschaften als einheitliche Klassenorganisation der Arbeiter

Der Streik der Metallarbeiter, die Demonstrationen und Reden am 1. Mai haben sichtbar gemacht, welche Grundsätze für den Weg und das Ziel der Gewerkschaften gelten müssen wie sie erfolgreich die Interessen der Arbeiter wahrnehmen können. Das ist besonders wichtig im Hinblick auch für die Diskussion über den Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB, das auf dem Außerordentlichen DGB-Kongress im November beschlossen werden soll.

Die Arbeiterklasse kann erfolgreich ihre Forderungen durchsetzen, wenn sie die Einheit ihrer Reihen herstellt. Der Metallarbeiterstreik bestätigt die Richtigkeit dessen, was unsere Partei als ihre wichtigste Aufgabe ansieht: entgegen der Spaltungspolitik der Monopolherren und rechter sozialdemokratischer Führer, die Einigung der Arbeiterklasse herbeizuführen und für die Stärkung der Gewerkschaft als ihre einheitliche Klassenorganisation zu wirken.

Das war bestimmend für unsere Haltung in allen Abschnitten des Streikkampfes. Unsere Partei trat ein für die Hebung der Kampfbereitschaft, für die Vorbereitung

des Streiks in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zur vollen Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen. So hätten auch die acht Prozent durchgesetzt werden können.

Die ganze Geschichte der Arbeiterkämpfe beweist, daß es nicht genügt, Streik-kämpfe einheitlich und geschlossen zu beginnen. Man muß auch die Einheit der Arbeiterklasse im Verlauf und bei der Beendigung der Kämpfe erhalten und festigen. Die Haltung der Unternehmer und der Bonner Regierung war von der Absicht beherrscht, die IG Metall, als die stärkste Gewerkschaft, die in vielen Fragen eine richtige Arbeiterpolitik führt, zu schwächen und ihr Ansehen zu untergraben.

Uns aber kam es darauf an, bei dem erzielten Teilerfolg alles zu tun, um die Einheit und Kraft der IG Metall zu stärken. Uns kam es auch darauf an, den Sozialdemokraten, die reformistisch denken und mit denen wir im Streikkampf Schulten an Schulter kämpfen, zu beweisen, daß wir Kommunisten eine realistische und verantwortungsbewußte Gewerkschaftspolitik betreiben. Wir ließen uns davon leiten, die im Streik entstandene Einheit über diese bedeutsame Aktion hinaus fortzusetzen.

Wir wußten, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der Arbeiter mit dem erzielten Kompromiß unzufrieden war und ihm die Zustimmung verweigern wird, weil sie mit Recht der Meinung waren, man hätte mehr herausholen können. Für diese Haltung haben wir volles Verständnis. Doch mußten wir aus den dargelegten Gründen bei der zweiten Urabstimmung auffordern, entsprechend den Empfehlungen der IG Metall zu handeln und mit Ja zu stimmen.

Die Einheit der kommunistischen und sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeiter entwickelt sich vor allem in den sozialen Bewegungen. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Kurses der aggressiven Kräfte nehmen diese immer mehr politischen Charakter an. Das Leben selbst verweist die Arbeiter auf den Zusammenhang zwischen der Profitmacherei der Monopole und der „Maßhalte“-Politik Erhards und der Regierung der CDU/CSU. Ihre eigenen Erfahrungen verheilen der Arbeiterklasse zu der Erkenntnis, daß die Verteidigung ihrer sozialen Interessen zugleich den Kampf gegen die Politik der Atomrüstung und die Gefahren der Notstandsgesetze, für das Koalitions- und Streikrecht erfordert.

Bei der Streikurabstimmung in Nordrhein-Westfalen wurde festgestellt, daß über die Hälfte der Kollegen noch nie an einer Streikabstimmung teilgenommen hatte. Das Ruhrgebiet und damit der Kern des westdeutschen Proletariats hat lange nicht mehr im Mittelpunkt zugespitzter Lohnkämpfe gestanden. Tatsächlich haben die Streikvorbereitungen, die Urabstimmung und die Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen dazu beigetragen, daß die Monopolherren zum Einlenken gezwungen wurden. Auch diese Erfahrungen werden die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihr Klassenbewußtsein heben.

Insgesamt gab es in der westdeutschen Industrie im Jahre 1960, abgesehen von kurzfristigen betrieblichen Kämpfen nur 38 000 Streiktage. Obwohl sich im Streik der Saarbergarbeiter schon eine Wende ankündigte, bemühte sich die Bourgeoisie weiter, das Trugbild der „Klassenharmonie“ aufrechtzuerhalten und so zu tun, als gehöre der Klassenkampf der Vergangenheit an. Jetzt klagt „Die Welt“: „Eine Illusion ist zerstört, ein Wunschbild zerronnen. Dabei war es so schön, zu glauben, der Streik haben in unserer Gesellschaft keinen Platz mehr.“

Wir wissen uns einig mit der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschafter, wenn wir im Entwurf der Programmatischen Erklärung sagen:

„Die Gewerkschaften sind berufen, konsequent für die sozialen und politischen Rechte des werktätigen Volkes einzustehen und den Einfluß der Arbeiterklasse im gesamten wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Leben, gemäß ihrer Bedeutung und ihrem Gewicht im Leben der Nation zur Geltung zu bringen.“

Es ist ein großer Erfolg für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik, daß nach 1945 sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiterfunktionäre die Einheitsgewerkschaft geschaffen haben. Damit wurde die richtige Lehre aus den bitteren Erfahrungen der Hitler-Diktatur und aus den gemeinsamen Kämpfen und Opfern der Arbeiterbewegung gezogen. Sie gilt es jetzt auf die gegenwärtigen Aufgaben anzuwenden und — wie der Vorsitzende des Landesbezirks Bayern des DGB, Linsert, forderte — alle Kräfte dafür einzusetzen, „daß es in der Geschichte des deutschen Volkes nie mehr zu einem 1933 kommt“.

Es bedarf der gemeinsamen Anstrengungen der sozialdemokratischen und kommunistischen, christlichen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre, die Einheitsgewerkschaft zu erhalten und zu festigen und sie, ausgehend von ihren sozialen

und demokratischen Aufgaben, zur Wahrnehmung ihrer politischen Rolle zu befähigen.

Mit diesen gemeinschaftlichen Interessen steht die Tätigkeit parteipolitischer Fraktionen in Widerspruch, wie sie die christliche Kollegenschaft und die sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften darstellen. Umso mehr müssen sich die Anstrengungen der fortschrittlichen Gewerkschafter darauf richten, diese Kollegen für die Stärkung der Einheitsgewerkschaft als Klassenorganisation und für die gemeinsame aktive Durchführung der richtigen gewerkschaftlichen Beschlüsse, vor allem der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses zu gewinnen.

In dieser Hinsicht stellen die Vorbereitung und die Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen ohne Zweifel einen Erfolg dar. In der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen wurden, ausgehend von den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses, Grundfragen der Gewerkschaftspolitik stärker als in der Vergangenheit diskutiert. Dadurch ergaben die Betriebsrätewahlen ein starkes Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft. Spaltergruppen wurden — mit wenigen Ausnahmen — zurückgedrängt. Auch die Absicht der Unternehmer und die Vorstöße des Betriebsgruppenreferats der SPD unter Leitung Wehners, die Aufstellung und Wahl kommunistischer und anderer fortschrittlicher Kollegen zu verhindern, scheiterten im allgemeinen an der Haltung der Gewerkschaftscollegen und der Belegschaften.

Betriebsrätewahlen kann man nicht erst kurz vor dem Wahltermin vorbereiten. Wo sich die Kommunisten in einer systematischen tagtäglichen Arbeit als gute Gewerkschafter erweisen, wo sie ein gutes Verhältnis zu den sozialdemokratischen Kollegen haben, dort wird die antikommunistische Hetze zurückgedrängt, die Arbeiter werden sich für sie einsetzen. Dort werden die Vertrauensleute und Gewerkschaftsdelegierten ihre Kandidatur auf gewerkschaftlichen Einheitslisten durchsetzen. Der Arbeit als gewerkschaftlicher Vertrauensmann oder Gewerkschaftsdelegierter müssen wir mehr Bedeutung als bisher beimessen.

Das ist auch der richtige Weg, um in den Gewerkschaften all die Kräfte zu stärken, die eine klare Klassenposition und eine unabhängige Arbeiterpolitik wollen.

Für ein gewerkschaftliches Kampfprogramm

Auf dem 6. DGB-Kongreß in Hannover entschied sich die Mehrheit der Delegierten gegen den Versuch, die Gewerkschaften zu einem „Ordnungsfaktor“ und zu „Sozialpartnern“ im Monopolkapitalismus zu machen, und für eine Gewerkschaftspolitik, die den Anträgen der Mitgliedschaft und in wesentlichen Zügen den Aufgaben der Gewerkschaften als Klassenorganisation entspricht. Darin besteht seine große Bedeutung.

Ausdruck der wachsenden Erkenntnis der Klassenlage und der Klasseninteressen der Arbeiter ist auch, daß so große und einflußreiche Gewerkschaften, wie IG Metall, IG Chemie und OTV fordern, daß das Münchener Grundsatzprogramm des DGB nicht verwässert werden darf. Wir teilen die Auffassung führender Gewerkschaftsfunktionäre, daß es Aufgabe des Außerordentlichen DGB-Kongresses sein wird, den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm zu verbessern und ein Kampfprogramm für die Zurückdrängung der Macht der Monopole, für den verstärkten Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat zu beraten und zu beschließen. In Übereinstimmung mit den richtigen Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses sollte es alle Gewerkschafter auf folgende Grundsätze verpflichten:

Für die Wahrung der friedlichen Interessen aller Werktätigen, gegen Atomrüstung und Militarismus, für Initiativen der Bundesrepublik zur Entspannung und Abrüstung, für die Lösung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungsweg und für allgemeine vollständige und kontrollierte Abrüstung;

für die Sicherung des Grundgesetzes und der bedrohten demokratischen Rechte, gegen jedes Notstandsgesetz, für mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen;

für eine aktive Lohnpolitik und den Ausbau der sozialen Rechte und der kulturellen Ansprüche der Werktätigen;

für die Nationalisierung solcher Industriezweige, wie Atom-Industrie und Bergbau, Stahlindustrie und Großchemie sowie der Konzernbanken.

Nachdem sich in Hannover die Auffassungen fortschrittlicher Kollegen durchgesetzt haben, nachdem sich im Streikampf der Metallarbeiter der Gedanke des Klassenkampfes gefestigt hat, müssen wir die beginnende Diskussion über den Entwurf des Grundsatzprogramms so führen, daß auf dem Außerordentlichen DGB-Kongreß eine richtige Arbeiterpolitik beschlossen wird.

Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterbewegung, Spaltung und Lähmung ihrer Reihen durch den Antikommunismus — das will und braucht die Monopolbour-

geologie. Darum ist es so gefährlich, wenn selbst Gewerkschaftsfunktionäre, die die Gefahren richtig sehen und viele richtige Forderungen erheben, auf den Antikommunismus hereinfliegen. Sie behindern damit die Verwirklichung ihrer eigenen richtigen Vorschläge und der richtigen gewerkschaftlichen Beschlüsse.

Von diesem Gesichtspunkt müssen wir auch der Tatsache mehr Beachtung schenken, daß auf dem 6. DGB-Kongreß nicht nur richtige Beschlüsse angenommen wurden, sondern auch einige, die vom Antikommunismus diktiert waren und die der Gewerkschaftsbewegung und der ganzen Arbeiterklasse Schaden zufügen können. Es hat auch den Metallarbeitern bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nicht genutzt, daß Otto Brenner während des Streiks, am 1. Mai in Westberlin einige anti-kommunistische Tiraden von sich gab.

In der Rede Lübkes vor Vertretern der IG Bau und der Unternehmerverbände wird ganz deutlich, worum es geht. Da wird die „kommunistische Gefahr“ ins Feld geführt, um den Arbeitern einzureden, sie müßten „aus der Kampfadeologie heraus“ und sich zu „Sozialpartnerschaft“ und „Volksgemeinschaft“ bekennen. „Hier geschieht etwas Neues!“ — so deklamiert Lübke, als ob dasselbe nicht schon Ley und Göring behauptet hätten, als sie vor 30 Jahren die Gewerkschaften zerschlugen. Lübke lobte den Vorsitzenden der IG Bau, Leber, weil dieser erklärte, daß die Gewerkschaften den Einbau in das herrschende Regime als „Ordnungsfaktor“ erstreben sollten. Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, zum herrschenden Regime muß doch davon bestimmt sein, wer herrscht, wessen Interessen von diesem Regime vertreten werden. Kollege Brenner hat auf der Angestelltenkonferenz der IG Metall Leber erwidert:

„Wer die Aufgabe der Gewerkschaften lediglich darin sieht, sich den bestehenden Verhältnissen kritiklos anzupassen, der will aus ihnen nichts anderes machen, als willfährige Instrumente der jeweiligen Regierung und der hinter ihr stehenden Kreise. Das aber würde nicht Stärkung, sondern Aushöhlung der Demokratie bedeuten.“

In der Tat. Der Zustand dieser Bundesrepublik stimmt doch weit und breit nicht überein mit den Bestimmungen des Grundgesetzes. Dieser Staat ist doch nicht der „soziale und demokratische Rechtsstaat“, den die Verfassung verspricht. Im Gegenteil. Die Verfassungswirklichkeit wird immer stärker geprägt von den gewerkschaftsfeindlichen Zügen, von der autoritären und militaristischen Entwicklung, von der Gefahr der Diktatur des aggressiven Finanzkapitals.

Jeder Gewerkschafter, dem das Schicksal der Bundesrepublik und ihrer werktätigen Menschen am Herzen liegt, kann daraus nur die Schlußfolgerung ziehen: man darf sich diesem System nicht einordnen, sondern muß sich ihm entgegenstellen. Es gilt, die Macht der Monopole und der Militaristen zurückzudrängen, mehr Rechte für die Arbeiter und ihre Organisationen, die Gewerkschaften zu erkämpfen. Damit wird eine Entwicklung angebahnt, in der die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften für eine bessere soziale Ordnung, für demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse Sorge tragen werden. Das erfordert, daß die Gewerkschaften in ökonomischen wie politischen Fragen von den Arbeiterinteressen ausgehen und eine selbständige Arbeiterpolitik entwickeln.

Lebers Gemeinschaftspolitik beruht auf der Anerkennung des staatmonopolistischen Kapitalismus und nimmt die Ausbeutung der Arbeiter als ewige Notwendigkeit hin. Das sind die gleichen falschen Grundlagen, auf denen auch das Godesberger Programm der SPD beruht. Die eigenen Erfahrungen der Arbeiter widerlegen die irreführenden Behauptungen des Godesberger Programms der SPD, die Proletariat hätten sich in „Wirtschaftsbürger“ verwandelt. Ist Flick etwa ihr „Sozialpartner“? Die Stuttgarter Arbeiter haben darauf geantwortet: „Multimillionär Flick — 1923 Kriegsgewinnler — 1940 Wehrwirtschaftsführer — 1945 Kriegsverbrecher — heute sperrt er Arbeiter aus.“

Leber geht bei seinem Lohnabkommen von statistischen Angaben über das „Sozialpaket“ und den Preisindex aus, d.h. die Institute der Monopole und ihrer Regierung geliefert haben. Er verzichtet auf die vom DGB beschlossene aktive Lohnpolitik und auf die Forderung nach einem wachsenden Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt. Ja, er will sogar bei wirtschaftlichen Rückschlägen den Abbau der Löhne und Gehälter annehmen.

Er verzichtet auf die vom DGB beschlossene und von den Unternehmern bereits zugestandene Arbeitszeitverkürzung, auf den entsprechenden Lohnausgleich, auf Überstundenzuschläge und bessere Erholungsmöglichkeiten für die Bauarbeiter. Ein feiner „neuer Stil“!

Wir Kommunisten stehen voll und ganz auf dem Boden der gewerkschaftlichen Forderungen und Beschlüsse. Wir sind für eine aktive Lohnpolitik, für Lohnerhö-

hungen der Arbeiter und Angestellten, für die tarifliche Sicherung der Effektivlöhne und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Wir treten für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, für volle Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall und gegen jegliche Verschlechterung der betrieblichen Sozialleistungen, wie der Kranken- und Sozialversicherung ein.

Wir stehen gleichermaßen zu dem Beschluß des 6. DGB-Kongresses, in dem es heißt:

„Die wachsende Konzentration wirtschaftlicher Macht gefährdet im Innern die Demokratie und nach außen den Frieden. Ihr unheilvoller Einfluß auf die Sozial-, Innen- und Außenpolitik macht sich immer stärker bemerkbar. Um diesen Bedingungen entgegenzuwirken, ist der Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel erforderlich. Der DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuß werden beauftragt, Maßnahmen einzuleiten, um das Aktionsprogramm des DGB restlos durchzusetzen, eine wirkliche Mitbestimmung in der Wirtschaft und eine Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu erkämpfen.“

Mitbestimmung durch freie Betätigung der Gewerkschaften und politische Meinungsfreiheit in Betrieben und Verwaltungen

Wir sehen in diesen Beschlüssen von Hannover die Grundlage und den Ausgangspunkt einer richtigen Gewerkschaftspolitik des gemeinsamen Handelns der ganzen Arbeiterschaft. Nur so sind diese Beschlüsse zu verwirklichen. Denn alle Forderungen auf sozialem und lohnpolitischem Gebiet, die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in Betrieb, Wirtschaft und Staat sind Fragen des Kampfes. Appelle allein an das sogenannte „soziale Gewissen der Monopolherren“ sind keinen Pfifferling wert.

Echte Mitbestimmung schließt die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ aus. Die Arbeiterklasse wird stets nur soviel Mitbestimmung haben, wie sie sich selbst erkämpft. Dieser Kampf wiederum ist ein entscheidender Hebel, um die Macht der Milliardäre und Militaristen zurückzudrängen, die demokratischen Freiheiten für die Arbeiterklasse, für das Volk der Bundesrepublik zu festigen und zu erweitern.

Wenn die Gewerkschaften die Arbeiterklasse in solche Auseinandersetzungen gegen die Monopolbourgeoisie führt, so werden soziale Veränderungen möglich, die der Ordnung in der Bundesrepublik neue demokratische Züge aufprägen, das Gefüge der bestehenden staatsmonopolistischen Ordnung angreifen und so bereits über den Rahmen der üblichen Reformen hinausreichen.

Wir haben stets darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung für eine solche Entwicklung im Kampf um die Zerschlagung der Notstandspläne geschaffen wird. Wenn rechte DGB-Führer den gewerkschaftlichen Forderungen nach Kampfmaßnahmen gegen die Notstandsgesetze entgegenhalten, man müsse diese politische Entscheidung den Abgeordneten überlassen, so ist darauf nicht besser zu erwidern, als mit den Ausführungen des Funktionärorgans des DGB „Die Quelle“. Ich zitiere:

„Es ist nicht als Mittel der wahren Demokratie anzusehen, wenn die Wahlen von Großkapitalbesitzern finanziert werden und so das Parlament weitgehend nach dem Willen einer relativ kleinen Schicht Besitzender zusammengesetzt und ständig unter Druck gehalten wird.“

Schon die Erwähnung dieses Ergebnisses genügt, um zu zeigen, daß es politische Situationen gibt, wo es geradezu Pflicht der Gewerkschaften sein kann, nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerschaft, sondern des ganzen Volkes mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — also auch des politischen Streiks — einzugreifen.“

Die Entfaltung der Aktivität der Arbeiterklasse ist für die Mitbestimmung das entscheidende. Es geht hier nicht einfach um neue Funktionen, die auf Grund eines Gesetzes den Vertretern der Belegschaften und der Gewerkschaften eines Tages zufallen werden. Der Weg zu echter Mitbestimmung, so sagen wir im Entwurf der Programatischen Erklärung, „führt über den Kampf für die freie Betätigung der Gewerkschaften, für die politische Meinungsfreiheit der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen“.

Die Vertreter der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsfunktionen sollten an die Beschlüsse ihrer Organisation gebunden sein und vor den Belegschaften Rechenschaft ablegen, die sie bei Nichterfüllung ihrer Pflichten abberufen können. Der Erfolg dieser Arbeitervertreter wird in erster Linie von der Kampfbereitschaft der Belegschaften und der Gewerkschaften abhängen. Nur so ist es zu erreichen, daß das Recht der Mitbestimmung im Betrieb auf alle Fragen der Produktion, des Lohnes, der Arbeitszeit, der Sozial- und Urlaubsangelegenheiten, auf die Festlegungen

der Investitionen, Dividenden und Abschreibungen und schließlich auch auf den überbetrieblichen Sektor der Wirtschaft ausgedehnt wird. So ist die Verwirklichung echter Mitbestimmung ein stetes Kräftemessen, ein ununterbrochener Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften gegen die Konzerne, gegen das staatsmonopolistische System.

Wir stimmen den Überlegungen von gewerkschaftlicher Seite zu, diesen Kampf auch auf der Ebene der Tarifverträge auszutragen und die Rechte der Vertrauensleute und den Schutz der gewerkschaftlichen Aktivität im Betrieb in den Manteltarifverträgen zu verankern.

Das große Gespräch über einen gemeinsamen Arbeiterstandpunkt

Was immer die Gewerkschafter der Bundesrepublik tun, um ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und ihre selbständige Politik zu entwickeln — sie werden dabei stets der Solidarität der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des FDGB, gewiß sein dürfen. Um sie von dieser Erkenntnis abzuhalten, überschlagen sich die Konzernherren und ihre Ideologen in der Hetze gegen die DDR, in den Verleumdungen gegen die SED und den FDGB. Wie können sich daran Gewerkschaftsfunktionäre beteiligen, wie können selbst fortschrittliche Gewerkschafter dazu schweigen?

Daß der FDGB positiv zum Staat, zur Macht der Arbeiter und Bauern steht, ist doch geradezu eine Selbstverständlichkeit. In der DDR gibt es keine Unternehmerverbände und keine Aussperrung. Dort wurde die Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet als Voraussetzung für die Beseitigung der Ausbeutung, für die Überwindung der sozialen Unsicherheit. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht ist in erster Linie das Werk der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Sie ist die Gewähr aller weiteren Erfolge, die die Werktätigen als bewußte Erbauer des Sozialismus mit der Erfüllung der Staatspläne, mit der Entwicklung der höchsten Arbeitsproduktivität auf der Basis der fortgeschrittensten Technik und Wissenschaft erringen. Wie sollte ein Gewerkschafter dazu nicht positiv stehen? Wieso sollte er eine Ordnung nicht bejahen, die all das verwirklicht hat, was die westdeutschen Gewerkschafter fordern und wovon sie träumen?

Darum haben auch die westdeutschen Gewerkschafter allen Grund, in ihrem eigenen Interesse der Kriegshetze gegen die DDR, den Verleumdungen der Arbeiterorganisationen und ihrer bewährten Funktionäre entschieden entgegenzutreten. Möge sich doch jeder selbst an Ort und Stelle davon überzeugen, wie es in der DDR aussieht! Von Seiten der Arbeiter-und-Bauern-Macht stehen jedem westdeutschen Gewerkschafter, der die Wahrheit kennen will, alle Weg offen — in die Betriebe, zu den Gewerkschaften, zu den staatlichen und kulturellen Institutionen. Nur ein Hindernis gilt es zu beseitigen: die Diffamierung und Verfolgung, die die westdeutschen Revanchepolitiker und ihre Justiz- und Polizeiorgane gegen das selbstverständliche Recht jedes westdeutschen Bürgers inszeniert haben, sich selbst ein Bild von der DDR und ihren Errungenschaften zu machen.

In dem Maße, wie sich die westdeutschen Gewerkschafter dieses Recht erkämpfen und wie sie zugleich in kollektiver Verbundenheit dafür sorgen, daß auch die Arbeiterfunktionäre der DDR nach Westdeutschland fahren, dort Betriebe und Arbeiterversammlungen besuchen und frei ihre Meinung sagen, wird das große Gespräch der ganzen deutschen Arbeiterklasse und die Herausarbeitung ihres gemeinsamen Standpunktes vorankommen.

In Übereinstimmung mit Vorschlägen der Arbeiterorganisationen der DDR und Forderungen aus der westdeutschen Arbeiterbewegung sind wir der Meinung, daß es zunächst darum geht, einen gemeinsamen Standpunkt der Zusammenarbeit für folgende gemeinsame Ziele zu erarbeiten:

Die Arbeiterklasse stellt der Politik der Revanche und des Bruderkrieges, des Wettrüstens und der atomaren Vernichtung ihren gemeinsamen Kampf für Verständigung, Abrüstung und friedliche Zusammenarbeit entgegen.

Die Arbeiterklasse findet sich nicht ab mit der Politik der Vertiefung der deutschen Spaltung; sie fordert sachliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ein Abkommen der Vernunft im Interesse der Entspannung und der allmählichen Annäherung. Sie kämpft für ein Deutschland des Friedens, von dem nie wieder ein Krieg ausgehen kann.

Die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten erstrebt normale Beziehungen und eine Politik der guten Nachbarschaft mit allen Ländern. Sie wendet sich gegen jede Verletzung der Gleichberechtigung in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern und bekämpft den Neokolonialismus in jeder Form.

Genosse Walter Ulbricht hat auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz erklärt: „...fangen wir doch erst einmal mit der nächstliegenden Aufgabe der Sicherung des Friedens an. Das kann ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens in Deutschland und für die Zukunft Deutschlands sein.“

Internationale Solidarität gegen das internationale Kapital

Von richtungweisender Bedeutung für die Arbeiterklasse, für die Entwicklung ihrer internationalen Solidarität und Aktivität sind die Beschlüsse, die die kommunistischen Parteien der sechs EWG-Länder im März 1963 in Brüssel gefaßt haben.

Wir gehen davon aus, daß alle gesunden Kräfte unserer Nationen vor der Notwendigkeit stehen, für ihre Lebensbedingungen, für ihre Freiheit, für ihre Kultur und ihre Zukunft zu kämpfen und dem Komplott der Monopole die vereinte Kraft der Arbeiterklasse und aller demokratischen Bewegungen entgegenzustellen. Das erfordert insbesondere das solidarische Zusammenwirken der Gewerkschaftsorganisationen der EWG-Länder, und zwar ohne Unterschied, ob die einzelnen Gewerkschaften dem IBFG oder dem Weltgewerkschaftsbund angehören. Es ist an der Zeit, daß der DGB die Verbindung auch zu den stärksten Gewerkschaften in Frankreich und Italien, zur CGT und der CGIL, aufnimmt.

Wir sind ferner dafür, daß sich von Betrieb zu Betrieb, zwischen den Organisationen der Jugend und anderen demokratischen Kräften solche Kontakte entwickeln, die den Austausch von Erfahrungen und ein gemeinsames Vorgehen, vor allem gegen die Kriegsachse Bonn-Paris ermöglichen. Es kann doch für den Kampf der Ruhrkumpel nur förderlich sein, von ihren Kameraden aus der Borinage zu erfahren, wie sie gegen die Zechenstilllegungen gekämpft haben und am Beispiel der französischen Bergarbeiter zu lernen, wie man in einer großen Klassenschlacht gegen Zwangsdienstverpflichtung und autoritäre Notstandsdictate zum Erfolg kommt. Metallarbeiter in Baden-Württemberg haben diese große Bedeutung des Vorbildes erkannt und auf Transparenten ihre Absicht bekundet, „französisch zu lernen“ und zu kämpfen. Das ist nicht zuletzt ein Ergebnis der vorbildlichen brüderlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern von Daimler-Benz in Mannheim und den Pariser Renault-Arbeitern. Das ist wahre deutsch-französische Verständigung.

Ausdruck echter internationaler Zusammenarbeit waren die Solidaritätsbeweise aus allen EWG-Ländern, die den französischen Bergarbeitern, wie den westdeutschen Metallarbeitern zuteil wurden, waren die Proteste gegen die Ermordung des spanischen Freiheitskämpfers Grimau. Ausdruck echter Zusammenarbeit war die geschlossene Beteiligung Italienscher, spanischer, griechischer und anderer ausländischer Arbeiter an dem Streik der Metallarbeiter. Mit der Aktivität im eigenen Land zugleich ihr internationales solidarisches Zusammenwirken zu stärken — darauf kommt es jetzt an.

Aktionseinheit wichtigste Voraussetzung für den Sieg der Volkskräfte

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse hängt entscheidend ab vom Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, vom Verhältnis zwischen SPD und KPD.

Was die KPD betrifft, so wird sie alles tun, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die die Zusammenarbeit hindern. Das Verhältnis zu den Sozialdemokraten ist für uns nicht eine Frage der Taktik. Unser Bemühen um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und um die Herstellung der Einheit ihrer Reihen ist bestimmt von den gemeinsamen Interessen aller Arbeiter. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die Herstellung und Erweiterung von Kontakten zwischen Organisationen und Leitungen beider Parteien fördert die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und ist die wichtigste Voraussetzung für den Sieg der Volkskräfte über die Kriegspolitik der Imperialisten und Militaristen.

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß Absprachen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen und Parteiorganisationen über gemeinsame Schritte von großer Bedeutung sind und zu einer immer breiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit führen können.

Gerade in jüngster Zeit mehrten sich die Verbindungen von Kommunisten zu Sozialdemokraten. Besonders in den Gewerkschaften beginnt sich ein Vertrauensverhältnis in der Durchführung der Beschlüsse, im Kampf für die friedlichen, sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiter zu entwickeln. Vor allem die Vertrauensmännerkörper in den Betrieben erweisen sich als der Punkt, an dem in kameradschaftlicher Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten

wesentlich darüber entschieden wird, wie die Belegschaften und ihre Gewerkschaften ihre Aktivität gegen monopolkapitalistische Ausbeutung und Willkür entwickeln.

Die Annäherung der Kommunisten und Sozialdemokraten geschieht unter Schwierigkeiten. Viele Sozialdemokraten sind von der antikommunistischen Hetze beeinflusst und zweifeln an der Ehrlichkeit der Kommunisten. Nicht wenige Kommunisten sind durch sektiererische Vorbehalte gegenüber Sozialdemokraten gehemmt.

So schreibt z. B. eine Betriebsgruppe unserer Partei aus Nordbayern in ihrer Stellungnahme zum Entwurf der Programmatischen Erklärung:

„Es ist nicht richtig, sich so stark auf die SPD zu konzentrieren. Die Betriebsräte der SPD sind nicht für Aktionen zu gewinnen. Richtiger wäre es, die Hauptarbeit auf die Parteiloosen zu konzentrieren, um auf diesem Wege die SPD zu beeinflussen.“

Wir möchten die Genossen fragen: Was war denn im Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg und in der Lohnbewegung in Nordrhein-Westfalen? Waren die sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gegen den Streik oder haben sie nicht Seite an Seite mit Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern die Aktionen vorbereitet und durchgeführt?

Die Masse der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte sind Mitglieder der SPD. Wir kommen also in den Gewerkschaften keinen Schritt voran, ohne mit den sozialdemokratischen Genossen eine enge Zusammenarbeit auf der Klassenposition zu erreichen. Diese enge Zusammenarbeit ist auch entscheidend für die Mobilisierung der parteilosen Arbeiter, zumal die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse unter sozialdemokratischem Einfluß steht.

Die kommunistische Partei ist die bewußte Vorhut der westdeutschen Arbeiterklasse. Das verpflichtet jeden einzelnen Kommunisten, mit dem Abbau von Vorbehalten bei sich selbst zu beginnen und den Sozialdemokraten zu helfen, ihre Vorgegenommenheit gegenüber uns Kommunisten zu überwinden.

Die Überwindung der beiderseitigen Vorurteile gelingt — das zeigt der Streik der Metallarbeiter — am besten dort, wo es um die Lösung von Aufgaben geht, die uns gemeinsam auf den Nägeln brennen. Unsere Politik der Aktionseinheit verpflichtet uns also stets zu der Überlegung: Wo ist der Punkt, der uns am besten an die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und ihren Parteiorganisationen heranführt? Wir gehen also nicht aus von den prinzipiellen Differenzen, die wir haben, sondern davon, daß jeder Schritt der Zusammenarbeit — und sei er noch so klein — die gegenseitigen Vorurteile abbaut, gegenseitiges Vertrauen schafft, die Klärung der Differenzen in einer neuen Atmosphäre der Sachlichkeit und des Verständnisses erleichtert.

Unsere Politik gegenüber der SPD, ihren Mitgliedern und den Massen ihrer Wähler wird bestimmt von den Hauptaufgaben, die gegenwärtig gemeinsam zu lösen sind:

Sicherung des Friedens und Durchsetzung einer Politik der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz;

Verteidigung der demokratischen Rechte, Abwehr aller Angriffe auf das Grundgesetz;

Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards, sozialer und kultureller Fortschritt.

In allen diesen Fragen stimmen die Interessen der Sozialdemokraten und Kommunisten, wie aller Arbeiter und Werktätigen überein. Im Kampf um diese Interessen stehen Sozialdemokraten und Kommunisten einem gemeinsamen Gegner gegenüber — dem Monopolkapital und dem Militarismus, ihrer führenden Partei, der CDU/CSU, die seit 14 Jahren die Regierungsgewalt ausübt. Daraus ergibt sich auch das gemeinsame Interesse von Sozialdemokraten und Kommunisten, von SPD und KPD, die aggressiven Kräfte des Monopolkapitals und des Militarismus zurückzudrängen und die CDU/CSU zu schlagen.

Es gibt Genossen, die den Einwand haben, unsere Politik der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, von KPD und SPD sei unrealistisch, da die Führung der SPD immer wieder erklärt, sie weise jeden Gedanken an eine solche Zusammenarbeit weit von sich. Nicht wir, sondern Führer der SPD schätzen die Lage unrealistisch ein. Beim Streik erging sich abends Wehner über den Rundfunk in Beschimpfungen gegen die Kommunisten — und am Morgen standen Sozialdemokraten mit Kommunisten, ebenso wie christliche und parteilose Werktätige gemeinsam auf Streikposten vor Daimler-Benz. Leber erklärt, die „Sozialpartnerschaft“ sei die neue Leitidee der Arbeiter — aber streikende Metallarbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten, trugen miteinander das Transparent mit der alten

Lösung: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!“ Das Klasseninteresse und die Klassensolidarität, die uns zusammenführen, sind stärker und auf die Dauer haltbarer als die Politik des Antikommunismus und der Zusammenarbeit mit den Monopolherren, die rechte Führer der SPD betreiben.

Es wäre also grundfalsch, wollten wir unser Verhalten zu den Sozialdemokraten oder unsere Stellung zur SPD abhängig machen von den täglichen antikommunistischen Tiraden rechter SPD-Führer oder ihren Bekenntnissen zur „Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU. Wir werden unsere Politik der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und der Annäherung unserer Parteien geduldig und konsequent weiterführen. Es ist zwar tragisch, wenn heute in der Bundesrepublik gesagt wird, es sei Adenauers größter Erfolg, die Führung der SPD für seine Politik gewonnen zu haben. Aber der Weg, den die SPD geht, darf auf die Dauer nicht bestimmt sein von Adenauer oder anderen Vertretern des Monopolkapitals und des Militarismus. Diesen Weg müssen die Sozialdemokraten nach ihren klassenmäßigen, friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen bestimmen. Darum geht die Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Eine zahlenmäßig kleine, aber in der Spitze der Partei bestimmende Gruppe sozialdemokratischer Führer sind wütende Antikommunisten, Verteidiger der monopolkapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik und Parteigänger der imperialistischen Politik der Aufrüstung und der Revanche. Ihre Haltung hat zu Godesberg und zur Politik der „Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU geführt. Sie unterstützen prinzipiell die Notstandsgesetzgebung und die Forderung der westdeutschen Militaristen nach Teilnahme an der Verfügungsgewalt über eine NATO-Atommacht. Darum hat die Bundestagsfraktion zum erstenmal den Wehretat nicht abgelehnt und gab selbst dem Abkommen Adenauer–de Gaulle ihre Zustimmung. Diese Politik muß die Krise in der SPD notwendigerweise vertiefen.

Gemeinsame Aktivität von KPD und SPD, gemeinsame Aktionen gegen atomare Aufrüstung, für demokratische und soziale Interessen

Die Gesamteinschätzung der Lage erlaubt uns die Feststellung, daß sich auch in sozialdemokratischen Führungskreisen eine realistischere Beurteilung des Kräfteverhältnisses und der Entwicklungstendenzen anbahnt. Dadurch erweitert sich der Raum für eine gemeinsame Aktivität beider Parteien, für gemeinsame Aktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die atomare Bewaffnung und die hemmungslose Aufrüstung, für die aktive Wahrnehmung der demokratischen und sozialen Interessen der Werktätigen.

Die Hauptmasse der sozialdemokratischen Funktionäre, Mitglieder und Anhänger gerät in einen immer schärferen Konflikt zur Politik der Führung der CDU/CSU und damit auch in Widerspruch zu jeder Politik der „Gemeinsamkeit“. Während rechte SPD-Führer die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ abgewürgt haben, beschlossen die in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch orientierten Delegierten des 6. DGB-Kongresses die Wiederbelebung der Ausschüsse gegen die Atomrüstung und eine Politik der Abrüstung und des Verhandelns. Während rechte SPD-Führer die Ostermarschbewegung diffamieren und dazu aufrufen, nicht an ihr teilzunehmen, haben Tausende von Jungsozialisten, Falken und Mitglieder der SPD zu Ostern an den Märschen und Kundgebungen teilgenommen. Hunderte zum Teil prominente Funktionäre der SPD haben sich öffentlich zur Ostermarsch-Bewegung bekannt.

Während die rechte Führungsgruppe die Notstandsgesetzgebung bejaht, haben die sozialdemokratischen Delegierten des Bundeskongresses des DGB und anderer Gewerkschaftstage, haben ganze Parteiorganisationen und Konferenzen der SPD von ihren Abgeordneten das Nein gegen die Notstands- und Notdienstgesetze gefordert. Während rechte Führer der SPD, wie Wehner und Deist, das „Stillhalten“ und damit faktisch den Lohnstopp und den Verzicht auf den gewerkschaftlichen Kampf verlangen, haben sich sozialdemokratische Funktionäre von den Betrieben bis zu den Spitzen der Gewerkschaften für aktive Lohnpolitik und Durchsetzung der Arbeiterforderungen unter Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel entschieden, hat sich die Bezirkskonferenz der SPD Hessen-Süd einstimmig mit den streikenden Metallarbeitern solidarisiert.

Die große Masse der Sozialdemokraten will soziale und demokratische Reformen. Das führt sie unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Herrschaft des Militarismus in verschärfte Auseinandersetzungen mit dem herrschenden Regime. In der Entwicklung der Kämpfe um ihre Tagesforderungen lernt die Arbeiterklasse aus ihren eigenen Erfahrungen. Das erleichtert uns die Aufgabe, den sozialdemokratischen Genossen in kameradschaftlichen Aussprachen zu helfen, sich vom Antikommunismus freizumachen. Sind es doch die Einflüsse des Anti-

kommunismus, besonders der Hetze gegen die DDR, die die Entfaltung der eigenen Aktivität der sozialdemokratischen Genossen und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten behindern. Das aber erschwert es ihnen, ihre eigenen Forderungen zu verwirklichen.

Wir dürfen nicht ungeduldig werden, ja wir müssen sogar damit rechnen, daß es eine gewisse Zeit dauert, bis die Masse der Sozialdemokraten sich von den Illusionen des Reformismus trennt und sich von der Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Erkämpfung des Sozialismus überzeugt. Der von der SED erarbeitete „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ wird uns eine große Hilfe dabei sein, die richtigen Schlußfolgerungen aus dem Kampf und den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung seit ihrer Gründung durch Marx und Engels zu ziehen und in der Arbeiterklasse sozialistisches Gedankengut zu verbreiten.

Mit der Schaffung der SED wurde der Nachweis erbracht, daß es möglich ist, die Masse der Sozialdemokraten von den Positionen des Opportunismus und Reformismus auf die Positionen des Marxismus-Leninismus zu führen.

Ein Genosse aus Rheinhausen erklärte in der Diskussion über den Entwurf der Programmatischen Erklärung:

„Mit Sozialdemokraten kann man sich doch nicht unterhalten. Die sind primitiv. Das einzige, was sie können, ist ein bißchen Sozial- und Kommunalpolitik. Willst du dich mit ihnen über Marxismus unterhalten, ist bei ihnen die Lampe aus.“

Die Meinung dieses Genossen, die sicherlich auch bei anderen anzutreffen ist, ist doch in mehrfacher Hinsicht schädlich: erstens geht es bei sozialen Fragen um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, an denen sich meistens die Kämpfe und das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten entwickeln. Es wäre für keinen Genossen von Schaden, wenn wir in der Beherrschung von sozialen und kommunalen Fragen etwas mehr von den sozialdemokratischen Genossen lernen würden. Wir haben keinen Grund gegenüber sozialdemokratischen Genossen überheblich zu sein.

Zweitens wird von dem Genossen die Aufgabe eines Kommunisten völlig verkannt. Von wem anders, als von uns, sollen die Werktätigen den Marxismus-Leninismus kennen lernen? Es ist gerade die Aufgabe unserer Partei und jedes einzelnen Kommunisten, sozialistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Das können wir nicht abstrakt, sondern müssen es tun, ausgehend von den Erfahrungen, die die Arbeiter im Kampf um ihre eigenen Interessen machen.

Verstärkt das gemeinsame Gespräch führen

Genossinnen und Genossen!

Unter dem Druck der Rüstungslasten, die Einschränkung des Rechts der Länder und Gemeinden, die Beschränkung der Finanzmittel für soziale und kulturelle Aufgaben treten auch immer mehr leitende sozialdemokratische Funktionäre gegenwärtig mit der Forderung nach demokratischen und sozialen Reformen auf. Ausdruck dafür ist auch der unlängst veröffentlichte 2. Teil des „Bayern-Programms der SPD“.

Wir begrüßen den Vorschlag des „Gesprächs mit jedermann“, das vor allem zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nur nützlich sein kann. Es sollte auf allen Ebenen zwischen den Genossen, den Leitungen und Organisationen unserer Parteien geführt werden. Das ist umso dringender angesichts der richtigen Begründung, die der Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie dafür gibt. Ich zitiere:

„Die Periode der CDU/CSU-Vorherrschaft geht zu Ende. Neue Formen der Politik, neue Perspektiven gesellschaftlicher Ordnung sind notwendig.“

Mit dem Kampf zur Beendigung der Herrschaft der CDU/CSU, mit dem neuen Inhalt und den neuen Formen der Politik, die jetzt notwendig sind, beschäftigt sich unser Parteitag und die Programmatische Erklärung der KPD. Das Bayern-Programm fordert mit Recht:

„Die Opposition soll der Regierung eine wirkliche Alternative gegenüberstellen.“

Das entspricht unseren gemeinsamen Interessen, steht aber in Widerspruch zu solchen rechten SPD-Führern, die im Interesse der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU auf eine Alternative verzichten.

Die Forderung nach demokratischen und sozialen Reformen wird oftmals, wie auch bei Waldemar von Kneorringen, mit antikommunistischen Begründungen verbunden. Sie glauben, den Kapitalismus durch Reformen in eine stärkere Position gegenüber dem Kommunismus zu bringen. Ungeachtet ihrer falschen Spekulationen werden wir jeden und alle unterstützen, die ernsthaft den Kampf um demokratische

und soziale Reformen führen wollen. Ja, wir sind davon überzeugt, daß auch manche Führer der SPD dabei die Erfahrungen machen werden, wie sehr der Antikommunismus die Verwirklichung ihrer eigenen Forderungen hindert.

In der sozialdemokratischen Bewegung entwickelt sich auch eine linke Strömung, deren Gruppen zum Teil innerhalb der SPD wirken, zum Teil außerhalb der Partei stehen. Die ideologisch-politischen Auffassungen dieser Linken sind gegenwärtig noch sehr unterschiedlich. Neben Marxisten und Verfechtern der Aktionseinheit mit den Kommunisten finden sich auch Schwankende, Ultralinke und sektiererische Gruppierungen, deren antikommunistische Vorurteile sich vor allem in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der DDR äußern. Immerhin dominiert bei den Linken die Forderung nach einer Politik des Friedens und der Abrüstung, sie sind Gegner der Notstandsgesetze und bekämpfen die Renazifizierung. Sie spielen eine positive Rolle im Interesse der Gewerkschaftseinheit und der Entwicklung des Kampfes um entschiedene soziale und wirtschaftliche Reformen. Indem sie sich darauf orientieren, die große Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger an die Klassenpolitik heranzuführen, werden sie eine bedeutsame und positive Rolle spielen. Davon gehen wir in unseren Bemühungen um die enge Zusammenarbeit mit den Linken aus, die uns nahestehen und denen wir dabei auch helfen, ihre eigene Position und Politik weiter zu klären.

Eine Reihe von Gewerkschaftsbeschlüssen, zahlreiche Anträge und Beschlüsse sozialdemokratischer Organisationen stellen in wesentlichen Gesichtspunkten eine Alternative zur Politik der CDU/CSU dar. Wir sind überzeugt, daß die Zahl der sozialdemokratischen Genossen, Funktionäre und Parteiorganisationen zunimmt und weiter wachsen wird, die eine solche Alternative zur Grundlage ihrer selbständigen Aktivität und schließlich zur Politik der SPD machen wollen.

Unsere Programmatische Erklärung wird den sozialdemokratischen Genossen bei ihren Beratungen in der SPD und bei ihren Bemühungen helfen, eine neue, selbständige Politik ihrer Partei auszuarbeiten und gegenüber der CDU/CSU zu vertreten. Wenn die sozialdemokratischen Genossen unsere Auffassungen und unsere Vorschläge sachlich prüfen, so werden sie sehen, daß es zwischen uns und ihnen tausendmal mehr Übereinstimmung gibt, als zwischen ihnen und den Monopolkapitalisten und Militaristen, die daran interessiert sind, die Arbeiterklasse aufzusplittern und die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten zu verhindern.

Die Argumente, die die Spalter der Arbeiterklasse, die Gegner der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten vorbringen, werden unglaublich unwürdiger und verlieren an Wirkung. Wie die Erfahrungen aus einer Reihe kapitalistischer Länder Westeuropas, insbesondere aus Frankreich, beweisen, fügt die Spaltung der Arbeiterklasse nicht zuletzt den sozialdemokratischen Parteien großen Schaden zu, während sich Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten für beide Parteien, für die gesamte Arbeiterklasse segensreich auswirkt. In Frankreich, Italien, England und anderen Ländern hat die allgemeine Linksentwicklung dahin geführt, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten näher gekommen sind. Die westdeutsche Sozialdemokratie ist dabei in eine wenig angenehme Lage gekommen; denn durch ihre Politik der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU isoliert sie sich von den übrigen sozialdemokratischen Parteien Europas.

In den großen Streiks und auch bei den Parlamentswahlen in Frankreich kam zum Ausdruck, daß sich dort ein Verhältnis echter Klassensolidarität zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entwickelt. Wenn der Führer der französischen Sozialisten, Mallet, trotz seiner antikommunistischen Vorstellungen mit der KPF ein Wahlbündnis einging, um die Wahl von Gaullisten zu verhindern, so sollte das doch auch die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik nachdenklich machen, ob es nicht für uns erst recht erforderlich wäre, Wege der Zusammenarbeit zu suchen und zu finden.

Die Labour-Partei in England bereitet sich mit einem Alternativ-Programm gegen die Konservative Partei auf die Übernahme der Regierung vor. Sie stellt solche Forderungen, wie sie auch die SPD schon einmal vertreten hat: Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, Ablehnung der Atomrüstung, insbesondere für die Bundeswehr, Verhandlungen mit der DDR und Vorschläge für die Abrüstung. Die SPD-Führung hat alle diese Forderungen über Bord geworfen und das zu einem Zeitpunkt, da sie mit dem sichtbaren Scheitern der Adenauer-Politik erst recht aktuell und brennend wurden.

Auch die Labour-Führer in England sind gewiß nicht frei von antikommunistischen Vorstellungen. Aber die Lage hat sich so entwickelt, daß die KPD in vielen

wesentlichen Forderungen mit ihnen übereinstimmt. Adenauer aber kann frohlocken, daß Herbert Wehner und andere SPD-Führer zu offenen Angriffen gegen die Genossen der Labour-Partei übergegangen sind.

Jetzt eine Änderung durchsetzen

Man sagt uns: Die SPD hat doch, beginnend mit der Bundestagswahl 1961, in letzter Zeit bedeutsame Wahlerfolge. Diese Stimmengewinne sind nicht das Ergebnis von Godesberg und Hannover, d. h. des Verzichts auf eine Alternative zur Adenauer-Politik. Die SPD konnte diese Stimmengewinne buchen, seitdem das Scheitern der Adenauer-Politik sichtbar und die Änderung dieser Politik zu einer Massenforderung wurde. Darum verlor die CDU/CSU ihre alleinige Regierungsmehrheit. So wurde der 13. August zum Ausgangspunkt, um das Kräfteverhältnis in Westdeutschland zugunsten der Arbeiterklasse, zugunsten der Kräfte des Friedens und der Demokratie zu verändern. Das kam der SPD zugute, weil die von der Adenauer-Politik enttäuschten Wähler von der SPD eine andere Politik erwarten.

Es ist ein Erfolg für die Sache des Friedens und der Demokratie, wenn der Einfluß der CDU/CSU, der führenden Partei des Monopolkapitals und des Militarismus, mehr und mehr zurückgeht, wenn die CDU/CSU bei Wahlen geschlagen wird.

Die rechten Führer versprechen den Mitgliedern und Anhängern der SPD mit dem Kanzlerkandidaten Brandt einen Wahlsieg bei den Bundestagswahlen 1965 und wecken bei ihnen die Illusion, damit werde automatisch eine Änderung der Politik eintreten.

Indem sie auf die Bundestagswahl von 1965 vertrauen, erleichtern sie der CDU/CSU den Versuch, mit Notstandsgesetzen, Abbau der demokratischen Rechte und der weiteren Militarisierung Westdeutschlands solche Tatsachen zu schaffen, die eine noch weitergehende Einschränkung der freien Wahlentscheidung bedeuten. Die Wahlentscheidung von 1965 hängt im wesentlichen davon ab, wie heute die Arbeiterklasse und die friedliebenden, demokratischen Kräfte im außerparlamentarischen, wie im parlamentarischen Kampf für die Änderung der Politik eintreten. Nur der wird die Massen nicht enttäuschen, der eine wirkliche Alternative zur gescheiterten CDU/CSU-Politik vertritt und ihr mit allem Nachdruck zum Durchbruch verhilft.

Man darf nicht warten bis 1965, sich nicht auf den Stimmzettel verlassen. Man muß die gegenwärtige Krise der Bonner Regierung nutzen, um die Wende zu einer deutschen Friedenspolitik, die den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspricht, herbeizuführen.

Die Metallarbeiter haben das Beispiel dafür gegeben, wie man den Monopolverherrn und Militaristen, ihrer Adenauer-Erhard-Regierung eine Schlappe bereitet und wie man sich die Sympathie der Werktätigen sichert. So werden den Monopolverherrn, Militaristen und ihrer Regierung heute Niederlagen zugefügt, die Interessen des Volkes erfolgreich verteidigt und damit die Wende in der Politik und auch eine richtige Wahlentscheidung gesichert.

Darum sagen wir den Mitgliedern und Anhängern der SPD: Wenn Ihr eine neue Politik wollt, dann müßt Ihr diesen Willen Tag um Tag, in Eurem selbständigen Auftreten inner- und außerhalb der Partei geltend machen und durchsetzen.

Das Monopolkapital, die Militaristen und Revanchisten, kämpfen erbittert um die Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Stellung in Staat und Wirtschaft. Nur dann, wenn sich Sozialdemokraten und Kommunisten für ihre gemeinsamen Ziele verständigen, werden wir in der Bundesrepublik zu einer neuen, den nationalen Interessen des Volkes dienenden friedlichen und demokratischen Politik kommen. So wird auch die westdeutsche Arbeiterklasse ihrer historischen Mission gerecht, Führerin der Nation zu Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu sein. So kommen wir auch zu einer gesamtdeutschen Arbeiterpolitik, zur Verständigung von KPD, SPD und SED. Das schafft auch die besten Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft

Genossinnen und Genossen!

Die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts kann nur siegen, wenn die Arbeiterklasse und die Bauernschaft gemeinsam handeln. Da die Arbeiterklasse die Sache des Fortschritts am konsequentesten vertritt, ist sie der Freund und Helfer der Bauern.

Arbeiter und Bauern sind die wichtigsten produktiven Klassen der menschlichen Gesellschaft. Arbeiter und Bauern sind die überwiegende Mehrheit der Bevölke-

rung. Zusammen können sie die Herrschaft einer verschwindenden Minderheit zurückdrängen und überwinden und mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht die demokratischste Ordnung errichten.

Was ist das Neue auf dem Dorf? In der Vergangenheit konnte die Bauernschaft immer wieder von der Reaktion gegen die Arbeiterklasse, gegen ihre eigenen Interessen mißbraucht werden; das Dorf war in den vergangenen Jahren stets ein fester Rückhalt der CDU/CSU und ihrer Politik. Seit dem Sommer vergangenen Jahres aber ist das Dorf in Bewegung geraten. Versammlungen empörter Bauern. Massenkundgebungen unter schwarzen Fahnen. Trecker-Demonstrationen erregten das Aufsehen der Öffentlichkeit. Dabei kamen neue Erkenntnisse der Bauern in ihren Lösungen und Erklärungen zum Ausdruck: „Adenauer belog die Bauern“, „Bauern müssen ins Grab, CDU, wir rechnen ab!“ Diese Bewegung umfaßt Klein- und Mittelbauern und selbst großbäuerliche Kräfte.

Die Bauernschaft spürt jetzt, daß die Erhard'sche Wirtschaftspolitik bauernfeindlich ist, daß die Bonner Steuer- und Finanzpolitik und vor allem ihre Orientierung auf die EWG ausschließlich den Interessen der Industrie- und Bankmonopole dient und die bäuerlichen Existenzen in Massen ruiniert. Die staatsmonopolistische Entwicklung führt dazu, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte gedrückt werden, während die Preise, die die Bauern für Industriewaren zahlen müssen, steigen. Gleichzeitig müssen die städtischen Verbraucher höhere Lebensmittelpreise zahlen, weil diese vom monopolisierten Zwischenhandel in die Höhe getrieben werden. Diese Tatsachen treffen in erster Linie die Klein- und Mittelbauern, die die Hauptverbündeten der Arbeiterklasse sind.

Die wirtschaftlichen Belastungen und der Steuerdruck haben das Einkommen der Bauern katastrophal vermindert. Obwohl für 90 Prozent der Bauern und besonders der Bäuerinnen der Arbeitstag 12 und mehr Stunden beträgt, liegt ihr Einkommen unter dem Durchschnitt der Industriearbeiter. Die werktätigen Bauern haben 1961 280 000 Unfälle, darunter 2000 mit tödlichem Ausgang erlitten. Untersuchungen in Mittelfranken ergaben, daß zwei Drittel der Bauern ärztlicher Behandlung bedürftig sind. 95 Prozent der Bäuerinnen hatten in ihrem ganzen Leben noch keinen Tag Urlaub.

Es wird gesagt, man sieht doch überall im Dorf die moderne Technik; ihre Anwendung, ohne die der Bauern nicht mehr existieren kann, ist erkaufte durch tiefe Eingriffe in die Substanz und steigende Verschuldung. Sie erreichte im vergangenen Wirtschaftsjahr fast 15 Milliarden DM. Das sind nach dem gegenwärtigen Stand fast vier Jahre des gesamten Arbeitsverdienstes sämtlicher Bauern mit allen auf dem Hofe tätigen Familienangehörigen.

Trotz Schufterei und Verschuldung konnten 400 000 Bauern ihre Höfe nicht mehr halten. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ging von 1949 bis 1962 um fast zwei Millionen zurück. Diese alarmierende Entwicklung soll nun durch die bauernfeindliche EWG-Politik auf die Spitze getrieben werden. Nach dem Urteil der Agrarfachleute sollen weitere 800 000 Bauern ihren Betrieb aufgeben. Das bedeutet im wesentlichen das Verschwinden des bäuerlichen Familienbetriebes. Was dann bleibt, sollen kapitalistisch bewirtschaftete Großgrundbesitzerbetriebe sein.

So sieht die Endkonsequenz des „Strukturwandels“ aus, in dessen Zeichen der „Grüne Plan“ von Anfang an stand. Nun sollen die ursprünglich noch vorgesehenen Maßnahmen zugunsten der Familienbetriebe vollends abgebaut und — wie CDU-Minister Schwarz bereits erklärte — das Landwirtschaftsgesetz von 1955 als eine „Sache der Vergangenheit“ zu den Akten gelegt werden.

Weiß die Arbeiterklasse, wissen selbst unsere Genossen um diese Not der Bauern? Nein — von Unkenntnis und völlig falschen Vorstellungen, von Ressentiments aus den Nachkriegsjahren bis zur offenen Feindseligkeit ist alles anzutreffen. Das ist die Wirkung der Propaganda der Großbourgeoisie und ihrer Presse, die nach dem Grundsatz handelt: Teile und herrsche! Sie ist daran interessiert, bei den Bauern die Arbeiter und ihre Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen und sie zum Sündenbock für die steigenden Industriepreise zu machen, während sie bei der städtischen Bevölkerung den Eindruck erweckt, die Bauern seien an den steigenden Lebensmittelpreisen schuld. Dazu kommt noch, daß rechte Gewerkschaftsführer, wie Rosenberg, eifrig ins Horn der Bauernfeindlichkeit stoßen. Hier werden die schlechten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung weiter getrieben, die lange Zeit kein richtiges Verhältnis zur Bauernschaft gefunden und erst mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD von 1931 begonnen hat, eine richtige leninistische Haltung zur Bauernschaft zu entwickeln.

Arbeiterhilfe für Bauernkampf

Die Arbeiter und Bauern haben für diese Versäumnisse in der Vergangenheit bitter bezahlt. Die Arbeiterklasse, unser Volk mußten erneut bezahlen, wenn es abermals militaristischen und faschistischen Kräften gelingen würde, die Bauern für die Unterstützung ihrer verderblichen Politik zu gewinnen. Das macht die Verantwortung unserer Partei deutlich. Sie muß erkennen und in der Arbeiterklasse dahin wirken, ein richtiges Verhältnis zu den Bauern zu finden und die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu entwickeln.

Arbeiterklasse und Bauernschaft sind verbunden durch die Notwendigkeit, gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu kämpfen, die Politik der Atomrüstung und Kriegsvorbereitung zu beenden und damit Leben und Existenz zu sichern. Der Lebensstandard der Arbeiter und der Verbleib der Bauern auf ihren Höfen sind bedroht durch die EWG-Politik der Monopole, die sich an der Macht halten durch die Spaltung der Arbeiterklasse und durch die Kluft, die sie zwischen Arbeitern und Bauern aufreißen.

Die Bauern haben begonnen, Kampfformen der Arbeiterklasse anzuwenden; zum Teil sind sie bereits bestrebt, in den Gewerkschaften Verständnis und Unterstützung zu finden. Umso dringender wird die Hilfe der Arbeiterklasse für die Bauern und ihre Forderungen, wird die Solidarität der Arbeiterklasse mit der Bauernbewegung. Kommunisten und andere fortschrittliche Gewerkschafter sollten jetzt in den Gewerkschaftsversammlungen auftreten und die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses der Gewerkschaften zur Bauernschaft, insbesondere zu den werktätigen Bauern, begründen.

Sie dürfen nicht länger zögern, Kontakte mit den Notgemeinschaften im Landvolk-Verband und anderen Organisationen der Interessenvertretung der Bauern zu suchen. Je fester diese Verbindungen werden, je mehr sich die Arbeiterklasse als Helfer der Bauern bewährt, desto eher werden die Bauern dafür sorgen, daß auch in den Spitzen des Bauernverbandes sie selbst den Ton angeben und der Einfluß der CDU/CSU-Politiker und neofaschistischer Abenteurer zurückgedrängt wird.

Wir haben in unserer Programmatischen Erklärung im einzelnen dargelegt, welche berechtigten Forderungen der Bauern es jetzt zu unterstützen und zu verwirklichen gilt. Wir haben dabei auch die bereits in unserem Bauernprogramm begonnene Linie fortgesetzt und verstärkt, die Bauern auf die Bedeutung des Zusammenschlusses in Genossenschaften unter eigener, demokratischer Selbstverwaltung hinzuweisen. Diese Genossenschaften zur gemeinsamen Nutzung der Maschinen, zum Einkauf der Betriebsmittel und zum Absatz ihrer Produkte müssen die Bauern zu echten Selbsthilfeorganen gegen den Druck der Monopole machen.

Die westdeutsche Bauernschaft will nicht untergehen. Sie sucht nach einem Ausweg. Sie kann ihn nur finden an der Seite der Arbeiterklasse. Angesichts der Entwicklung, die in der Bundesrepublik mit der Enteignung der Bauern durch das Bank- und Monopolkapital im Gange ist, richtet sich das Augenmerk von Bauern, Agrarfachleuten und Wissenschaftlern auf das Beispiel der DDR, wo der genossenschaftliche Weg, die Anwendung der modernen Technik und neuzeitlicher Produktionsmethoden bei gleichzeitiger Erhaltung der bäuerlichen Existenz sichert. Davon können sich die westdeutschen Bauern jederzeit in der DDR überzeugen. Mögen sich die Bauern ansehen, wie es ihre Brüder und Schwestern in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR erreicht haben, Bauern zu bleiben, gemeinsam zu arbeiten und sich ein besseres Leben und eine neue Zukunft für ihre Kinder aufzubauen.

Die zunehmende Industrialisierung früher ausschließlich landwirtschaftlicher Gebiete, der Zustrom von Menschen aus dem Dorf in die Industriebetriebe bietet neue Möglichkeiten, bei einer richtigen Orientierung unserer Leitungen, Verbindungen ins Dorf zu schaffen und dort arbeitsfähige Organisationen zu bilden. Dieser erste Schritt zur Verwirklichung unserer Politik auf dem Lande muß dahin führen, Landarbeiter und werktätige Bauern mit unseren Ideen bekanntzumachen, sie in der Führung der Bauernbewegung zu unterstützen und die besten von ihnen für unsere Partei zu gewinnen. Wir brauchen die Bauern und die Bauern brauchen uns. Vergessen wir nie: Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ist der Schlüssel zum Sieg unserer gemeinsamen Sache.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz und dem Mittelstand

Arbeiterklasse und Intelligenz verbindet das gemeinsame Streben, dem Frieden zu dienen, Bildung, Wissenschaft und Kunst zum Wohle des Volkes zu fördern. Sie sehen ihre gemeinsamen humanistischen Ideale durch einen gemeinsamen Feind, die Militaristen, bedroht.

Die Monopole und Führer der CDU/CSU sind an Wissenschaft und Kultur nur insoweit interessiert, als sie zu höheren Profitten und dazu verhilft, den Krieg vorzubereiten. Milliarden und aber Milliarden werden ausgegeben, um die Produktion von Vernichtungswaffen voranzutreiben. Millionen und aber Millionen fließen für militaristische und revanchistische Propaganda an Schulen und Hochschulen, in Rundfunk und Fernsehen, in Literatur und Film. Der Ausspruch des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU auf ihrem Kulturkongreß, die Ausgaben für die Atomrüstung seien „Kulturausgaben“, kennzeichnet die Kultur- und Volksfeindlichkeit der herrschenden Partei in Bonn. Sie sagten auf ihrem Kongreß dem Humanismus in jeder Form den Kampf an, weil nur Antihumanismus und Dunkelmännertum den Anforderungen des antibolschewistischen Kreuzzugs gerecht werden.

Bedeutende Teile der Intelligenz haben sich bereits für den Kampf um Frieden und Abrüstung entschieden. Das bezeugen der Aufruf der 18 Göttinger gegen die westdeutsche Atomrüstung und die vielfältige Unterstützung des Ostermarsches durch Professoren und Studenten, Geistliche und Künstler; der humanistische Appell des Ärztes Tages für Einstellung der Kerntests und Ächtung der Vernichtungswaffen; der erfolgreiche Widerstand der Bühnen und der Besucher-Organisationen gegen die Diffamierung Bert Brechts und das antimilitaristische und gesellschaftskritische Schaffen hervorragender Schriftsteller.

Eine große Verantwortung ruht auf den Lehrern. Wenn sie sich für eine glückliche Zukunft der ihnen anvertrauten Kinder entscheiden, so müssen sie sich der Verseuchung der Jugend mit dem Ungeist des Militarismus und Revanchismus, mit dem Gift der sogenannten Ostkunde widersetzen. Hier liegt die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse und Intelligenz besonders klar. Hier dürfen die Eltern, vorweg die Kommunisten, die fortschrittlichen Gewerkschafter die Lehrer nicht allein lassen. In den Eltern-Versammlungen und Schulpflegschaften kommt es darauf an. Seite an Seite mit verantwortungsbewußten Pädagogen den Kampf um die humanistische Bildungs- und Erziehungsfunktion der Schule zu entwickeln.

In der Bundesrepublik herrscht ein Bildungsnotstand. Davon ist die Arbeiterklasse und die Bauernschaft am meisten betroffen. Sie stellen 58 Prozent der Schulkinder, aber nur 2,6 Prozent der Oberschüler. Nur ein winziger Bruchteil der Begabungen aus Arbeiter- und Bauernfamilien findet eine Chance zum Studium an Hochschulen und Universitäten. Der Unterricht an den Schulen entspricht nicht den Anforderungen des modernen Berufslebens, dem Stand der modernen Technik und Wissenschaft.

Mit der Einführung der Konfessionsschule geht Hand in Hand die ständige Zunahme von Zwergschulen, in denen Kinder der verschiedensten Altersstufen gemeinsam unterrichtet werden müssen, eine Zumutung, die kein Kind und kein Lehrer bewältigen kann. Dabei sind in der Bundesrepublik nicht weniger als 28 Prozent aller Schulen solche einklassigen und weitere 23,9 Prozent kaum weniger schlimme zweiklassige Schulen. Hinzu kommen die fehlenden Schulräume, die allein in Nordrhein-Westfalen für 250 000 Kinder zu Schichtunterricht und damit zu weiteren schweren Nachteilen führen.

Wir Kommunisten fordern eine Schulreform und die Beseitigung des Bildungsnotstandes in der Bundesrepublik. Wir Kommunisten unterstützen alle fortschrittlichen Vorschläge und Initiativen der Lehrer, insbesondere die Reformpläne der Gewerkschaft Wissenschaft und Erziehung, den Bremer Plan der Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Lehrerverbände. Wir sind für ein einheitliches Schulsystem für alle Kinder. Wir bejahen auch den Versuch, durch einen zweiten Bildungsweg über Berufs- und Fachschulen zur Hochschulreife zu führen.

Wir Kommunisten treten dafür ein, daß anstelle der Rüstungsausgaben genügend Mittel für Schule, Wissenschaft und Kultur bereit gestellt werden. Wir fordern eine Atmosphäre der Geistesfreiheit und des Humanismus, die stets Voraussetzung der Blüte von Kunst und Wissenschaft sind. Wir wenden uns an die besten Vertreter der Intelligenz, die Sache des Friedens und der Demokratie mit ihrem Werk zu unterstützen. Werke des Geistes und der Kultur zu schaffen, die als Waffe im Kampf gegen den Ungeist des Militarismus wirken, die zu Verstand und Herz des Volkes sprechen und den Schatz unserer großen deutschen Nationalkultur bereichern.

Wir sind für eine weltoffene und künstlerische Entwicklung, die der Bevölkerung der Bundesrepublik ermöglicht, sich mit allen Schätzen der Kultur und Wissenschaft aus Ost und West bekanntzumachen. Wir fordern die Ratifizierung des Kulturabkommens mit der Sowjetunion, das von den imperialistischen Ultras sabotiert wird.

Wir wirken mit allen Kräften dahin, daß mit der Versachlichung der Beziehungen zur DDR auch die Schranken fallen, die Revanchismus und Antikommunismus gegen den freimütigen Gedankenaustausch und den friedlichen Wettbewerb der Wissenschaften und Künste in Deutschland aufgerichtet haben.

Mögen sich die Lehrer im Meinungsaustausch mit den Pädagogen der DDR davon überzeugen, wo ihre Ideale erfüllt sind und wie auch sie dazu beitragen können, sie in der Bundesrepublik zu verwirklichen. Mögen Wissenschaftler und Künstler sich in der DDR davon überzeugen, welche hohe Stellung sich die Intelligenz im Bündnis mit der Arbeiterklasse errungen hat! Wir werden stets dafür wirken, daß auch die Arbeiter der Bundesrepublik den Geistesschaffenden zur Seite stehen zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen, für den Sieg unserer gemeinsamen humanistischen Idee, für das Gedeihen unserer nationalen Kultur.

Die neuen Entwicklungen sehen

Genossinnen und Genossen!

Wir haben in der Programmatistischen Erklärung dargelegt, wie die außenpolitischen und innenpolitischen Vorstöße der aggressivsten Gruppe der Monopolbourgeoisie zu den Lebensinteressen des Volkes auf allen Gebieten in Widerspruch stehen. Ihre ökonomischen Interessen zwingen die Mittelschichten, die Klein- und Mittelbourgeoisie gegen die Bonner Wirtschafts- und Notstandspolitik Stellung zu nehmen, die den Konzentrationsprozeß beschleunigt und ihre Selbständigkeit zu vernichten droht. So wurden in Baden-Württemberg Unternehmer von Klein- und Mittelbetrieben, die zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen bereit waren, zur Durchführung des Aussperrungsbefehls der Monopole gezwungen, weil sie als Zulieferer der Automobilindustrie dem Flick-Konzern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

Das Diktat der aggressivsten Monopolgruppen und ihrer auf die NATO-Politik eingeschworenen Regierung hat beim Rohembargo dahin geführt, daß selbst die Interessen solcher monopolistischer Gruppen beiseite geschoben wurden, die an einer gedeihlichen Entwicklung des Außenhandels nach allen Seiten hin interessiert sind. Ähnliche Differenzierungen sind auch in Fragen der EWG-Politik zutage getreten, wo den Einpeitschern der Kriegsachse Bonn-Paris und den Befürwortern einer exklusiven EWG andere Kräfte entgegenwirken, die auf den Beitritt Englands, den Abbau der EWG-Zollmauern und eine offenere Handelspolitik drängen.

Während die am meisten am Geschäft der Atomrüstung interessierten Monopole — die Chemie- und Elektrokonzerne, Flick und Quandt und die Deutsche Bank — die Revanchepolitik forcieren, verschließen sich andere monopolistische Kreise offenbar nicht mehr bestimmten Bedenken gegen das Kriegsrisiko. Zum Teil suchen sie noch nach elastischeren Methoden in der Fortsetzung der imperialistischen Politik. Zum Teil gibt es dort schon Bestrebungen realistischerer Kräfte, sich auf das neue Kräfteverhältnis und die Notwendigkeit einer Politik der friedlichen Koexistenz einzustellen.

Diese Vorgänge widerspiegeln sich auch in den bürgerlichen Parteien. Hier tritt der Widerspruch zwischen den Interessen der werktätigen und mittelständischen Mitglieder und der Politik der vom Monopolkapital beherrschten Führungen stärker hervor. Hier werden auch Auseinandersetzungen in der Monopolbourgeoisie und damit in den Parteispitzen sichtbar. So geht auch die Krise der CDU/CSU-Führung mit darauf zurück, daß dort Kräfte, die die bankrotte „Politik der Stärke“ mit allen Mitteln weiterführen wollen, mit solchen im Streit liegen, die einen Übergang zum Realismus in der Politik für unvermeidbar halten.

Auch im Lager der protestantischen und katholischen Kirche bleibt das neue Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland sowie das Verlangen der Massen nach Frieden und Abrüstung nicht ohne Eindruck. Adenauer hat sich immer als politischer Exponent des Katholizismus gebärdet. Die CDU/CSU nennt sich und ihre Politik „christlich“. Mit der Enzyklika des Papstes Johannes XXIII. aber wird für jeden Christen, insbesondere für jeden Katholiken, deutlich, welcher fundamentaler Widerspruch hier besteht.

Der Papst verurteilt die Gewaltanwendung und den Mißbrauch der Atomenergie für kriegerische Zwecke. Die Bonner Regierungspolitik drängt danach. Der Papst empfiehlt eine Politik der Abrüstung, der Lösung von Streitfragen auf dem Verhandlungsweg und im Geist der friedlichen Koexistenz. Die Bonner Regierung sabotiert sie. Die Bonner Staatsdoktrin des Antikommunismus gebietet die Verteufelung aller Andersdenkenden. Der Papst hält es für richtig, auch die Zusammenarbeit mit Menschen und Organisationen zu empfehlen, die nicht auf dem Boden der Kirche stehen und mit denen bisher von katholischer Seite aus keine positiven Beziehungen bestanden.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß Gruppen der katholischen Kirche durch ihre Teilnahme am Ostermarsch bekunden, wie sehr die Zusammenarbeit der Frie-

denkräfte ihren eigenen Wünschen entspricht. Wir sind der Meinung, daß das für die Friedensbewegung Anlaß sein sollte, größere Anstrengungen von ihrer Seite her zu unternehmen, um die politische und moralische Kraft der Christen für die gemeinsame Sache zu gewinnen.

Ohne Zweifel bestehen dafür im Kreise der evangelischen Christen besonders gute Voraussetzungen. Bereits in der Denkschrift der acht führenden Vertreter des Protestantismus gegen die Revanchepolitik und erst recht in der Teilnahme von Hunderten evangelischer Geistlicher an der Vorbereitung und Durchführung des Ostermarsches wird diese neue Entwicklung deutlich. Hinzu kommt der wachsende Widerstand kirchlicher Führungskreise gegen die Spaltung der evangelischen Kirche durch den NATO-Seelsorgevertrag.

Für die Zusammenarbeit mit allen Volkskräften

Unsere Partei muß lernen, auch solchen neuen Erscheinungen mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Zeigen sie doch Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit neuen Kräften für Frieden und Demokratie anzustreben und herzustellen. Wir betonen ausdrücklich, daß wir für dieses Zusammenwirken mit Menschen und Gruppen anderer politischer und weltanschaulicher Überzeugungen keinerlei Vorbedingungen stellen.

Der Widerstand des Volkes gegen die Gefährdung seiner Rechte und seines Lebens entfaltet sich in vielfältigen Formen — auf der Grundlage der Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Bewegung, im Bauernverband und in Kampfgemeinschaften des Landvolkes. Er zeigt sich in Kreisen der Geistesschaffenden und an den Universitäten, in den Gruppen und Organisationen der Jugend und der Frauen, im Ostermarsch der Atomwaffengegner und in den Gruppierungen und Ausschüssen der allgemeinen Friedensbewegung. Das Streben nach einer Alternative zur „Politik der Stärke“ findet seinen Ausdruck auch in der Deutschen Friedens-Union, die sich um die Sammlung von Angehörigen einer Politik der Verständigung und der Neutralität bemüht.

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Militaristen stellen alle Kräfte guten Willens vor die Notwendigkeit, daß sie — jeder an seinem Platz und in seiner Weise — ihre eigene Aktivität erhöhen und bei Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer besonderen Ziele — zu gleichgerichteten und koordinierten Aktionen kommen, um so den gemeinsamen Feind vereint zu schlagen. Die KPD unterbreitet in ihrer Programmatischen Erklärung allen Gegnern der Revanchepolitik ihre Vorschläge für die lebensnotwendigen Forderungen, die jetzt durch geeintes Handeln in die Tat umgesetzt werden sollten.

Eine breite Volksbewegung, die in vielfältigen Aktionen für diese Ziele kämpft, wird auch im parlamentarischen Raum bereits vorhandene Kräfte wecken und ermutigen. Sie wird auch auf parlamentarischer Ebene zur Wirkung und Geltung kommen und die Zusammensetzung des Parlaments verändern. Sie wird zur gestaltenden Kraft für eine neue Politik werden und sie schließlich dahin bringen, daß diese auch zur neuen Regierungspolitik wird, getragen von neuen Männern und Frauen in einer Regierung aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, realistisch denkenden Vertretern des Bürgertums und der bürgerlichen Parteien.

VI.

Die Partei — ihre ideologische und organisatorische Festigung

Unsere Partei steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, zu dem sich Millionen und aber Millionen Menschen in der ganzen Welt bekennen, der immer mehr die welthistorische Entwicklung bestimmt. Die Lehren des Marxismus-Leninismus befähigen unsere Partei, den Werktätigen in der Bundesrepublik mit unserer Programmatischen Erklärung eine richtige Orientierung im Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen, für die Schaffung eines sozialen und demokratischen Friedensstaates, wie auch um das sozialistische Ziel zu geben.

Am 5. Mai haben wir den 145. Geburtstag von Karl Marx gefeiert, der zusammen mit Friedrich Engels den wissenschaftlichen Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung begründete. Wofür Karl Marx und Friedrich Engels kämpften, ist heute in der DDR Realität. Karl Marx und sein wissenschaftliches Werk findet Tag um Tag seine Bestätigung im Leben und im Klassenkampf des westdeutschen Proletariats. In Deutschland, in aller Welt bestätigt sich Lenins Wort: „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist.“

In unserer Programmatischen Erklärung heißt es:

„Die KPD setzt gemeinsam mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Militarismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für die wahren Interessen der Nation fort. Gemeinsam mit der SED ist die KPD Erbin der Ideen und des Wirkens von Karl Marx und Friedrich Engels, von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann. Sie pflegt die fortschrittlichen, humanistischen, demokratischen Traditionen unseres Volkes.“

Seit dem Parteitag 1957 und der Parteidelegiertenkonferenz im Jahre 1960 hat unsere Partei in ihrer Arbeit einige Fortschritte erzielt. In den Bewegungen der Arbeiterklasse, dem Streik der Bergarbeiter des Saargebietes, dem Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg und auch in der Ostermarsch-Bewegung standen die Kommunisten in der ersten Reihe des Kampfes. Erfolge hatten wir auch in der organisatorischen Stärkung der Partei, bei der Aufnahme junger aktiver Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in unsere Partei, besonders während des Parteiaufgebotes.

In der Auswertung des VI. Parteitages der SED und in den zahlreichen Aussprachen über den Entwurf der Programmatischen Erklärung und des veränderten Parteistatuts hat die Partei einen weiteren Schritt vorwärts zur ideologisch-politischen und organisatorischen Festigung ihrer Reihen getan. Unser Parteitag selbst ist ein Ausdruck dafür, daß die Partei, unsere Sache auf dem Vormarsch ist.

Die Imperialisten und Militaristen bestätigen uns, wie sehr sie die Aktionen unserer Partei gegen die Atomkriegsvorbereitung, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt und auch diesen unseren Parteitag fürchten. Sie sind gezwungen, selbst festzustellen, daß sie die mit dem Parteiverbot verfolgten Ziele nicht erreichen konnten.

Unsere Partei hat begonnen, ihre Aktionen zu verstärken und an Einfluß im Leben und Kampf der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte zu gewinnen. Wenn wir jedoch unsere Arbeit an den gegebenen Möglichkeiten zur Entwicklung von Massenkämpfen und an der Verantwortung unserer Partei messen, so müssen wir sagen, daß wir dieser noch keineswegs gerecht werden. Wir werden dieses Zurückbleiben in dem Maße aufholen, wie wir kritisch und selbstkritisch die Mängel in unserer Arbeit bloßlegen und überwinden.

Kampffähigkeit der Partei stärken

Die Verwirklichung der im Entwurf der Programmatischen Erklärung dargelegten Linie erfordert eine hohe Kampffähigkeit der Partei. Unsere Partei stand nicht immer mitten in den Bewegungen und gab ihnen genügend die notwendige Richtung und politische Orientierung.

Es ist notwendig, in der ganzen Partei Klarheit darüber zu schaffen, daß sich die Parteiorganisationen nicht allein auf Agitation beschränken dürfen, sondern sich als organisierende Kraft auf die Entwicklung von Bewegungen in der Arbeiterklasse und in der Bevölkerung orientieren müssen. Die jüngste Tätigkeit zeigte, daß Parteiorganisationen begonnen haben, sich stärker auf die Entwicklung sozialer Kämpfe und politischer Aktionen zu orientieren. Jede Betriebsgruppe, jede Grundorganisation, jede Leitung unserer Partei muß den konkreten Vorfällen im Leben der Werktätigen größere Beachtung schenken, um davon ausgehend, zu Aktionen vielfältiger Art zu kommen.

In enger Verbindung mit der Hebung des Kampfbewußtseins und des Selbstvertrauens der Partei steht die Verbesserung ihres ideologischen Zustandes. Die Kernfrage ist das feste Vertrauen eines jeden Mitglieds unserer Partei zur DDR, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Bereitschaft jedes Kommunisten, die Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und die Politik der SED kämpferisch in der Arbeiterklasse und in der Bevölkerung Westdeutschlands zu vertreten. Nur wenn ein Kommunist ein solches festes Vertrauensverhältnis zur DDR besitzt, kann er entschlossen seiner Verantwortung und seinen Aufgaben gerecht werden.

Darum ist die erste Frage der ideologisch-politischen Festigung unserer Partei, jeden Kommunisten in dem Geiste zu erziehen, daß er unter allen Umständen und ohne Schwankungen treu zur DDR und SED steht. Darum ist die Parteiführung verpflichtet, sich in Zukunft besser mit den konkreten Aufgaben des entfaltenen Aufbaus des Sozialismus in der DDR vertraut zu machen. Diese müssen der Partei, der Arbeiterklasse und den Werktätigen so erläutert werden, daß sie die großen Leistungen der Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden der DDR als ihre eigene Sache, als

die größte Hilfe in ihrem Kampf um friedliche Koexistenz, für ihre sozialen und demokratischen Rechte verstehen.

Im Programm der SED wird gesagt:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bekundet ihre brüderliche Verbundenheit mit der westdeutschen Arbeiterklasse und mit der Kommunistischen Partei Deutschlands, der marxistisch-leninistischen Partei in Westdeutschland. Diese Verbundenheit beruht auf der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sie beruht auf der ruhmreichen Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und der Lehre des Marxismus-Leninismus, die auch den Werktätigen Westdeutschlands den Weg in eine glückliche Zukunft weist.“

Wir empfinden diese Worte als Verpflichtung, in engster Kampfgenossenschaft mit der SED unserer Verantwortung gerecht zu werden. Von unserem Parteitag aus gilt unser Gruß und Dank den Genossen der SED für die Hilfe und den Rat, mit denen sie uns jederzeit zur Seite stehen. Unser Gruß und Dank gilt besonders dem Ersten Sekretär des ZK der SED, unserem Genossen Walter Ulbricht, der sein ganzes Leben und seine ganze Kraft der Sache der deutschen Arbeiterklasse, den Interessen der deutschen Nation gewidmet hat. Dieser bedeutende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterklasse verkörpert die besten Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, für ein Leben in Frieden, für den Sozialismus. Dieser Kampf hat den Tischler von ehemals an die Spitze des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates geführt, wo er heute als Vorsitzender des Staatsrates seine hervorragenden staatsmännischen Fähigkeiten für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten, für den Sieg des Fortschritts in ganz Deutschland einsetzt.

Genossinnen und Genossen!

Die Ausdehnung des politischen Masseneinflusses unserer Partei erfordert die Überwindung aller Unklarheiten in politischen Grundfragen. Auch von seiten des Zentralkomitees mangelte es in der Vergangenheit an der Konkretheit und Zielstrebigkeit in der ideologischen Auseinandersetzung. Das gilt insbesondere von der Klärung der Probleme des Kampfes für die friedliche Koexistenz, der Verteidigung der grundgesetzlichen Rechte, von unserer Politik gegenüber der Sozialdemokratie, von der Auseinandersetzung mit sektiererischen und opportunistischen Auffassungen.

Für die Erziehung der Arbeiter zu Klassenbewußtsein und zum Klassenkampf kommt der Enthüllung der wachsenden Ausbeutung und ihrer Methoden große Bedeutung zu. Im Auftreten unserer Genossen in den Gewerkschaften, in den Betriebszeitungen unserer Partei, gibt es ohne Zweifel dabei Fortschritte. Alle Publikationsmöglichkeiten, besonders die Betriebszeitungen, sollten genützt werden, um die Zustände in den Betrieben, die neuen Antriebsmethoden, auf der anderen Seite den Luxus und die Fäulnis in der herrschenden Schicht anzuprangern.

Für die Legalität der KPD kämpfen

Die wichtigste Lehre aus den Erfahrungen des Kampfes unserer Partei während der Illegalität ist die Notwendigkeit, die legale Massenarbeit allseitig zu entwickeln. Die legale Massenarbeit eines jeden Kommunisten ist das Unterpfand, den Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse und im Volke geltend zu machen und ständig zu erweitern. Der Einfluß der Partei ist so groß, wie jeder einzelne Kommunist die Politik der Partei in die Massen trägt und dazu alle vorhandenen legalen Möglichkeiten nutzt. Je höher das Ansehen eines jeden Kommunisten als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, durch seine Aktivität im Kampf um Frieden und Demokratie ist, desto mehr wächst die Autorität der ganzen Partei.

Das ist auch der beste Weg des Kampfes um die Legalität der Partei, der beste Weg, um Schritt für Schritt das Parteiverbot zu durchbrechen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, so daß schließlich die Forderung nach der Aufhebung des Parteiverbots zur Forderung breitetster Volksschichten wird. Durch unsere tägliche Arbeit in der Vertretung der Lebensinteressen der westdeutschen Bevölkerung beweisen wir am besten die Notwendigkeit der Legalität unserer Partei, beweisen wir, daß die Bevölkerung Westdeutschlands eine starke legale kommunistische Partei Deutschlands braucht.

Partei durch neue Mitglieder stärken

In der Vorbereitung unseres Parteitages wurde ein größerer Teil Genossen als je zuvor während der Illegalität in die Diskussion über die Politik der Partei einbezogen. Das führte auch zur Festigung von Grundorganisationen, zur Erfassung bisher alleinstehender Genossen in den bestehenden Parteigruppen und zur Bildung

neuer Grundorganisationen. Diese Anstrengungen müssen wir weiter verstärken; denn nach wie vor ist ein erheblicher Teil der Mitglieder nicht in Grundorganisationen erfasst und nimmt nicht an der kollektiven Beratung der Politik und an der Beschlussfassung über die konkreten Aufgaben der Partei teil. Die Folge davon ist eine mangelhafte kollektive Ausarbeitung und Durchführung der Politik der Partei an der Basis. Ja, es entsteht die Gefahr, daß Genossen mit ihrer einseitigen persönlichen Auffassung in Widerspruch zur Linie der Partei und zu den Festlegungen der Parteigruppen geraten. Gerade vom Gesichtspunkt der Kampfkraft der Partei ist die Erfassung aller Mitglieder in Grundorganisationen unerlässlich. Denn die Organisierung und Führung von Bewegungen und Aktionen ist kaum möglich, wenn die Kommunisten nicht einheitlich und organisiert zusammenwirken.

Mit dem Parteaufgebot haben wir begonnen, systematisch junge kämpferische Arbeiter, Gewerkschafter und Betriebsfunktionäre sowie aktive Kräfte aus anderen Schichten und aus der Bewegung für Frieden und Demokratie für die Partei zu gewinnen. Es muß zu einer ständigen Arbeit aller Genossen werden, durch die Werbung neuer, besonders junger Mitglieder die Parteiorganisation zu festigen und ihre Kampffähigkeit zu heben. Das ist auch der Weg, die Betriebsgruppen in den Großbetrieben zu stärken und Gruppen in solchen Großbetrieben zu schaffen, wo es bisher keine Grundorganisation der Partei gibt. Die jüngsten Erfahrungen der Arbeiterkämpfe haben erneut unterstrichen, daß es keinen bedeutsamen Großbetrieb ohne eine starke aktive Betriebsgruppe geben darf.

Auf allen Ebenen der Parteiarbeit — vom Zentralkomitee und seinem Politbüro bis zu den Leitungen der Grundorganisationen — gilt es, ein rasches politisches Reagieren und die Entfaltung der größten Eigeninitiative zu erreichen.

Das entscheidende Kettenglied zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit der Partei ist die Verbesserung der Leitungstätigkeit, die Sicherung einer straffen politischen Leitung auf der Grundlage exakt ausgearbeiteter Beschlüsse und einer systematischen Kontrolle ihrer Durchführung. Wir haben gewisse Fortschritte in der Kollektivität des Politbüros und des Zentralkomitees gemacht. Eine stärkere Heranziehung der Mitglieder des Zentralkomitees an der Erarbeitung unserer Politik auch zwischen den Zentralkomitee-Tagungen wird dazu beitragen, die Kollektivität weiter zu entwickeln. So wird auch jedes ZK-Mitglied stärker befähigt, die Durchführung dieser Beschlüsse in der Partei zu sichern und zu kontrollieren.

Für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung

Die Politik der KPD beruht auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Die KPD ist ein Teil der großen Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien, die auf einem Drittel der Erde zur leitenden Kraft geworden sind und die stärkste politische Bewegung in der Welt bilden. Sie sieht in der KPdSU die erprobte Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitag der KPdSU sind ein Beispiel der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Arbeiterbewegung unserer Zeit.

Seit unserem letzten Parteitag im Jahre 1957 haben zwei internationale Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien — im Jahre 1957 und 1960 — stattgefunden und für die ganze kommunistische Weltbewegung richtunggebende Beschlüsse gefaßt. Die Richtigkeit dieser Beschlüsse ist durch das Leben und das weitere Vorwärtsschreiten der Sache des Friedens und des Sozialismus in der Welt glänzend bestätigt worden. Unsere Partei steht fest zu den Beschlüssen. Auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und der gemeinsam gefaßten Beschlüsse arbeitet unsere Partei ihre Politik entsprechend den Bedingungen in der Bundesrepublik selbständig aus. Sie setzt sich mit ihrer ganzen Kraft für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Beschlüsse von 1957 und 1960 ein.

Bekanntlich sind in einigen Fragen Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung entstanden. Sie können entstehen, da die Kommunistischen Partei in Ländern kämpfen, die sich auf verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung befinden. Die Ursache von Meinungsverschiedenheiten kann auch im unterschiedlichen Herangehen an die Lösung einiger Probleme des Marxismus-Leninismus in dieser oder jener Bruderpartei bestehen.

Wir sind der Auffassung, daß alle Meinungsverschiedenheiten im kameradschaftlichen Meinungsaustausch bereinigt werden können und sollen, daß unter allen Umständen die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Beschlüsse der Beratungen von 1957 und 1960 gewahrt werden muß.

In der Diskussion über den Entwurf unserer Programmatischen Erklärung, in den Stellungnahmen vieler Parteiorganisationen kam die volle Übereinstimmung des Verlangens der ganzen Partei nach Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zum Ausdruck.

Aus diesem Grunde können wir mit gutem Recht sagen, daß unsere ganze Partei den Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, des Genossen Chruschtschow, auf dem VI. Parteitag der SED begrüßt, die öffentliche Polemik zwischen den Parteien einzustellen und in sorgfältigen Vorbereitungen die Voraussetzungen für den Erfolg einer gemeinsamen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zu schaffen. Wir begrüßen daher auch, daß die KPdSU und die Kommunistische Partei Chinas einen Meinungsaustausch vereinbart haben.

Unsere Partei unterstützt die Schritte, die das ZK der KPdSU zur Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung unternommen hat. Wir möchten hier unsere volle Übereinstimmung mit dem im Brief des ZK der KPdSU an das ZK der Kommunistischen Partei Chinas vertretenen Standpunkt betonen. Wir halten diese Schritte für geeignet, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen. Wir haben diese unsere Auffassung auch anläßlich der Beratungen einer Delegation unseres Zentralkomitees mit Genossen des Zentralkomitees der KPdSU, in einer gemeinsamen Beratung mit Genossen des ZK der KPF sowie mit anderen Bruderparteien zum Ausdruck gebracht. All diese Beratungen verliefen im Geiste brüderlicher Verbundenheit und völliger Einmütigkeit in allen Fragen der Arbeit unserer Parteien.

Mit unserem Kampf in der Bundesrepublik, durch die ideologisch-politische und organisatorische Festigung der Partei, durch die Steigerung ihrer Aktivität im Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt werden wir unseren Teil leisten, um unseren Verpflichtungen, die sich aus dem proletarischen Internationalismus und aus der Verantwortung für das Leben unseres Volkes ergeben, zu erfüllen.

Genossinnen und Genossen!

Mit diesem Parteitag beginnt auch im Leben unserer Partei ein neuer Kampfabschnitt. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in der Bundesrepublik geben uns allen Grund, mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Die Beratungen dieses Parteitags werden dazu beitragen, die ganze Partei zu befähigen, auf die Entwicklung in der Bundesrepublik so Einfluß zu nehmen, daß sie zum Guten gewendet wird.

Die KPD ruft die Arbeiterklasse, die Demokraten auf, alles zu tun, um die Bundesrepublik vor einem vernichtenden Atomkrieg und vor der Gefahr einer neuen reaktionär-militaristischen Diktatur zu bewahren . . .

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist die wichtigste Vorbedingung des Erfolges der demokratischen Kräfte, die Voraussetzung jeder ernsthaften Veränderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

(Aus der Programmatischen Erklärung der KPD)

Das neue Parteistatut und die Aufgaben bei der ideologischen, organisatorischen und politischen Festigung der Partei.

**Referat des Genossen Willi Mohn, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD,
über den Entwurf eines veränderten Parteistatuts**

Genossinnen und Genossen!

Mit unserem Parteitag, mit der Diskussion und Annahme einer Programmatischen Erklärung und eines veränderten Statuts beginnt für unsere Partei ein neuer Kampfabschnitt.

Die Programmatische Erklärung bestimmt die Generallinie der Partei. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß jedes Programm und alle unsere Beschlüsse in dem Maße wirksam werden, wie die Partei praktische Maßnahmen zur organisierten Durchführung ergreift. Es kommt jetzt darauf an, die organisatorische Arbeit der Partei auf das Niveau ihrer politischen Linie und die Erfordernisse des Kampfes in Westdeutschland zu heben. Es kommt darauf an, die Kampffähigkeit unserer Partei zu erhöhen. Dazu soll der Entwurf eines veränderten Statuts, der dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegt, beitragen.

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs ließen wir uns von den bewährten Leninischen Normen des Parteilebens leiten. Solche Prinzipien wie Kollektivität der Leitung, demokratischer Zentralismus, Kritik und Selbstkritik, Festigung der Verbindung zu den Massen, Entwicklung der Initiative aller Leitungen, Mitglieder und Grundeinheiten wurden im Statut verankert.

Lenin lehrte uns, daß die Partei immer, wenn sie vor neue Aufgaben gestellt ist, sie selbst solche Formen, Regeln und Normen ausarbeiten muß, die den neugestellten Aufgaben und konkreten historischen Bedingungen entsprechen.

Das bisher gültige Statut, welches 1951 beschlossen wurde, entspricht in vielen Fragen nicht mehr den Aufgaben, vor denen die Partei steht. Im Leben unserer Partei, in Westdeutschland und im Weltmaßstab haben sich Veränderungen vollzogen. Diese Veränderungen sind gekennzeichnet durch den unaufhaltsamen Vormarsch des Sozialismus in der Welt und in Deutschland. In Westdeutschland ist, wie das Genosse Max Reimann in seinem Referat dargelegt hat, die Aktivität der Arbeiterklasse und der Volksmassen für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen gewachsen. Damit wachsen auch für uns die Möglichkeiten der Organisierung einer breiten Bewegung zur Durchsetzung der in der Programmatischen Erklärung dargelegten Aufgaben und Ziele. Um diese Möglichkeiten zur Wirklichkeit zu machen gilt es, nicht nur ideologische, sondern auch organisatorische Hindernisse zu überwinden. Der vorliegende Statutentwurf soll die Partei befähigen, ihren Kampf besser zu entfalten, sich fester mit den Massen zu verbinden. Sieben Jahre Kampf unter illegalen Bedingungen haben den Schatz unserer Erfahrungen bereichert. Neue Formen und Methoden der Parteiarbeit wurden entwickelt.

Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs für ein verändertes Statut waren uns die reichen Kampferfahrungen unserer Bruderparteien in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern, besonders der XXII. Parteitag der KPdSU und der VI. Parteitag der SED eine große Hilfe. Die Vorschläge zahlreicher Mitglieder, Grundorganisationen und Leitungen unserer Partei sowie Freunde der sozialdemokratischen Partei und anderer Organisationen, bereicherten unser Statut. Die Bemühungen unserer Genossen die Partei zu stärken, sie schlagkräftig zu machen, widerspiegeln sich u. a. in zahlreichen Stellungnahmen, in 192 Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf des veränderten Statuts.

Von vielen Genossen werden die neuen Gedanken begrüßt, die in den Entwurf eines veränderten Statuts aufgenommen wurden. Von ihnen wird unterstrichen, daß es z. B. richtig ist, wenn bei den Aufgaben der Grundorganisationen ausdrücklich die Organisierung der legalen Massenarbeit hervorgehoben wird. Besonders wird begrüßt, daß im Entwurf eines veränderten Statuts dargelegt wird:

„Es ist die Pflicht eines jeden Kommunisten, konsequent für die Friedenspolitik und die sozialistischen Errungenschaften der DDR einzutreten, sie offensiv und kämpferisch zu vertreten.“

Das zeigt, daß sich die Erkenntnis in unserer Partei durchsetzt, daß die Existenz der DDR, die Politik der SED uns ständige Hilfe und Kraftquell in unserem Kampf ist.

Das Grundgesetz der Partei

Das Statut ist das **Grundgesetz der Partei**. Es trägt der Strategie und Taktik der KPD in der Bundesrepublik, so wie sie im Entwurf der Programmatischen Erklärung dargelegt ist, Rechnung. Es legt, entsprechend der Zielstellung der Partei, die Gesetze des inneren Lebens der Partei fest und dient der Formierung aller Kräfte unserer Organisation für die Erfüllung der neuen Aufgaben.

Der Inhalt des Statuts, die Verankerung der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie, die Vorbereitung des Parteitages selbst, die Tatsache, daß wir trotz der schwierigen Bedingungen der Illegalität den Entwurf der Programmatischen Erklärung und des Statuts monatelang zur Diskussion gestellt haben und aus der Mitgliedschaft heraus auch viele Hunderte wertvolle Vorschläge erhielten, beweist, daß unsere Partei die demokratischste Partei der Bundesrepublik ist.

Die in der Programmatischen Erklärung geforderte neue Qualität der Parteiarbeit findet im Statut ihren organisationspolitischen Ausdruck. Es soll unsere Mitglieder, Grundorganisationen und Leitungen befähigen

alle Volkskräfte einzubeziehen im Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt und sich dabei eng mit den Massen zu verbinden.

Dazu ist notwendig, daß die Partei selbst für alle Mitglieder und Funktionäre eine Schule schöpferischer Tätigkeit ist, die sie befähigt, die Initiative der Arbeiterklasse zu wecken und zu lenken, damit diese ihre Rolle als Führer des Kampfes erfüllen kann.

Genossinnen und Genossen!

In den vergangenen Jahren, besonders seit dem Parteiaufgebot, ist eine Verbesserung unserer Parteiarbeit sichtbar geworden. Neue Funktionäre sind in den Kämpfen herangewachsen. Im Parteiaufgebot sind viele neue Mitglieder in die Partei eingetreten, zahlreiche neue Grundorganisationen wurden geschaffen, die Massenbasis der Partei hat sich erweitert und mehr Leitungen verstehen es schon besser, auf die politischen Ereignisse selbständig zu reagieren. Gleichzeitig aber müssen wir erkennen, daß es noch große Schwächen gibt, die wir überwinden müssen.

In unserer Partei muß sich jedes Mitglied, jede Leitung darüber klar sein, daß die entscheidende Aufgabe ist, im jeweiligen Tätigkeitsbereich den Masseneinfluß der Partei zu verstärken, am gemeinsamen mit den übrigen Volkskräften die Verhältnisse in der Bundesrepublik zum Besseren hin zu verändern. Dazu ist es notwendig, daß unsere Partei immer mitten in den Aktionen steht und jede Möglichkeit zum Handeln und die Bevölkerung zum Handeln zu bringen, wahrnimmt. Wir müssen offen sagen, daß unsere Partei diese Aufgabe heute noch völlig ungenügend erfüllt.

Der Grundzug und die Zielsetzung des vorliegenden Statutentwurfs besteht gerade darin, daß es bei konsequenter Anwendung und Verwirklichung unsere Partei befähigen wird, in den Aktionen der Massen ihre Aufgaben als echte Partei der Aktion, als Kampfpartei zu erfüllen.

Die Partei ist so stark wie ihre Grundorganisationen

Genossinnen und Genossen!

Unser Parteitag im Jahre 1957 stellte mit Recht fest:

„Die Partei ist so stark, wie ihre Grundorganisationen alle ihre Genossen erfassen, ein reges politisches Leben entwickeln, mit höchster eigener Initiative politische Aktionen führen und den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen organisieren.“

Die Partei wäre stärker, die Schlagkraft würde schneller wachsen, wenn die Leitungen der Partei, angefangen vom ZK und seinem Politbüro, stärker in das politische Geschehen eingreifen würden, wenn die Grundorganisationen, die Betriebsgruppen und Wohngebietsgruppen größere Eigeninitiative entwickeln würden. Die realen Möglichkeiten für eine erfolgreiche Arbeit wachsen, aber unsere Partei bleibt hinter den Möglichkeiten zurück.

Lenin wies uns mit Recht darauf hin, daß die Kommunisten in allen Schichten der Bevölkerung mit Hilfe der Parteiorganisation tätig sein müssen. Darum sind die Grundorganisationen die wichtigsten Organe der Partei für eine lebendige Verbindung zu den Massen. Sie sind die wichtigsten Nabel für Aktionen unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung.

Die Erfahrungen zeigen, daß es möglich ist, solch aktive Grundorganisationen, wie der letzte Parteitag und das Statut sie mit Recht fordern, zu schaffen.

Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der Arbeiterklasse, in Betrieb und Gewerkschaft.

Genossinnen und Genossen!

Dort sind die besten Voraussetzungen zur Herstellung der Aktionseinheit im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Darum wird mit Recht im Statut hervorgehoben, daß die wichtigsten Grundorganisationen der Partei die Betriebsgruppen sind. Mit dem Beschluß zur Durchführung des Parteaufgebots richteten wir die Aufmerksamkeit der Partei besonders auf die Stärkung der Parteiorganisationen in den Betrieben. Man kann sagen, daß sich die Betriebsgruppen in einer Reihe von Betrieben im Laufe der Verwirklichung des Aufgebots festigten und besser die Interessen der Arbeiter vertreten. Sie nehmen stärkeren Einfluß auf die sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse. Das zeigte sich in den Lohnkämpfen der IG Metall in Baden-Württemberg, bei dem Streikkrampf der Arbeiter an der Saar und in der Lohnbewegung der Berg- und Metallarbeiter Nordrhein-Westfalens.

Im Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg z. B. haben die Mitglieder unserer Betriebsgruppen ausgezeichnete Arbeit geleistet. Sie standen mitten in den Aktionen und waren aktiv in den Streikleitungen, bei den Streikposten für die Interessenvertretung ihrer Arbeitskollegen tätig. Die Autorität ist gewachsen und da sie als Kommunisten bekannt sind, das Ansehen der Partei.

Trotzdem müssen wir aber auch hier auf erhebliche Schwächen hinweisen. Viele Betriebsgruppen und ihre Leitungen sind während des Streiks nicht zusammengetreten und konnten so auch nicht kollektiv zur Lage Stellung nehmen und die notwendigen Maßnahmen beschließen. Das führte u. a. auch dazu, daß im Streikgebiet nur wenig eigene Publikationen der Partei veröffentlicht wurden.

Die gute Tätigkeit vieler Betriebsgruppen beweist wie falsch und schädlich die Auffassungen von Genossen sind, die sich gegen das Zusammenkommen in den Grundorganisationen wenden, die im Grunde genommen auf die illegale Organisation verzichten wollen. Ein Verzicht auf die illegale Organisation, auf die kollektive Beratung und Beschlussfassung in den Grundorganisationen — das aber ist Opportunismus in Organisationsfragen, das verhindert eine erfolgreiche Arbeit unserer Partei. Wir müssen uns mit dem Opportunismus in Organisationsfragen kämpferisch auseinandersetzen.

Genosse Lenin hat darauf hingewiesen, daß die Leugnung der Parteiorganisation, ihre Liquidierung auch die Liquidierung der Klassenselbstständigkeit des Proletariats bedeutet. Lenin sagte über die Notwendigkeit der Arbeit in der illegalen Partei:

„... Wer eine solche Arbeit in der Praxis nicht leistet, wer am konterrevolutionären Feldzug im allgemeinen und im besonderen an dem liberalen Feldzug gegen die Illegalität, gegen die illegale Arbeit teilnimmt —, der betrügt die Arbeiter, wenn er von seiner Zugehörigkeit zur SDAPR spricht...“¹⁾

Wir haben also bei weitem keinen Grund, mit dem erreichten Stand unserer Betriebsarbeit zufrieden zu sein.

Die Arbeit in den Wohngebieten verbessern

Ich möchte nun zur Arbeit der Wohngebietsgruppen einige Ausführungen machen. Die Arbeit der Wohngebietsgruppen muß sich auf alle Schichten und Massenorganisationen der Bevölkerung erstrecken. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist in Wohngruppen organisiert. Im Parteaufgebot und in der Vorbereitung des Parteitages haben sie eine stärkere politische Tätigkeit ausgeübt. Mit Recht fordert das Statut auch von den Wohngebietsgruppen Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern, den Werktätigen in Stadt und Land über die Beschlüsse und Losungen der Partei zu entwickeln; die Bevölkerung im Kampf für ihre unmittelbaren Forderungen und für die grundlegenden Ziele der Partei zu organisieren und zu leiten.

Den Wohngebietsgruppen kommt auch in der Entwicklung des innerparteilichen Lebens eine große Bedeutung zu. Ein großer Teil der im Parteaufgebot gewonnenen Genossen ist in Wohngebietsgruppen erfasst. Eine systematische Schulungsarbeit muß unsere jungen Genossen befähigen, den Marxismus-Leninismus nicht nur zu stu-

¹⁾ Aus: „Resolution der II. Pariser Gruppe der SDAPR“, W. I. Lenin-Werke, Dietz Verlag 1962, Bd. 17, S. 208

dieren, sondern auch in der Praxis anzuwenden. Die jungen Genossen erwarten ein reges Parteeleben, eine konkrete Aufgabenstellung und Hilfe für die Durchführung ihrer Arbeit. Die Wohngebietsgruppen haben somit ein vielfältiges und großes Feld zur Entwicklung der legalen Arbeit.

Unter den Bauern wächst, wie das der Genosse Max Reimann in seinem Referat dargelegt hat, die Empörung über die Landwirtschaftspolitik der Bonner Regierung. Eine außerordentlich große Schwäche unserer Partei besteht darin, daß wir auf dem Dorf kaum arbeitende Grundorganisationen haben.

Es gibt fast nur Stützpunkte und Einzelverbindungen. Wenn wir auf die Bewegung unter den Bauern stärkeren Einfluß nehmen wollen, wenn wir erreichen wollen, daß sich die Bauern mit den Arbeitern im Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit vereinigen, dann müssen wir sichern, daß – beginnend beim ZK – die Arbeit unter den Bauern verbessert wird. Wir müssen erreichen, daß die Leitungen in den landwirtschaftlichen Schwerpunkten, bzw. in den Kreisen mit starkem landwirtschaftlichen Charakter den Genossen auf dem Dorf größere Hilfe bei der Entwicklung ihrer Arbeit geben, daß sie die Stützpunkte zu aktiv arbeitenden Grundorganisationen entwickeln und neue Grundorganisationen schaffen.

Die Gewinnung neuer Mitglieder ist zur Verbreiterung des Masseneinflusses der Partei unter der Landbevölkerung notwendig. Die Leitungen sollten politisch starke, operativ arbeitende Bauern-Kommissionen schaffen, die mit dazu beitragen, unseren Einfluß unter der Landbevölkerung zu verstärken.

Eine große Schwäche in unserer Bündnispolitik besteht darin, daß unsere Arbeit unter den städtischen Mittelschichten vollkommen ungenügend ist. Gerade die Wohngebietsgruppen in den Städten haben mit die große Aufgabe, die Handwerker, Gewerbetreibenden, die Geschäftsleute, die Ärzte, Lehrer usw. in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen. Wie groß die Unzufriedenheit des städtischen Mittelstandes mit der Bonner Politik ist, zeigt ein Leserbrief eines Obermeisters und Kreishandwerksmeisters, der im „Handwerksblatt“ veröffentlicht wurde. Dort heißt es:

„Es geht um unsere Existenz, unser selbständiges Dasein... Wir wollen uns nicht länger gängeln lassen.“

Er erhebt dann die Forderung, zu solchen Aktionen aufzurufen, wie sie die Bauern eingeleitet haben.

Die Werbung neuer Mitglieder erweitert den Einfluß der Partei in den Massen Genossinnen und Genossen!

Auf Beschluß der 20. ZK-Tagung wurde im Jahre 1962 ein Parteiaufgebot durchgeführt. Zum Abschluß konnten wir feststellen, daß über 4000 Mitglieder entweder für die Partei neu gewonnen oder wieder in die Reihen der Partei geführt wurden. Das war ein beachtlicher Beitrag zur Festigung der Organisation.

Wir haben zwar mit dem Parteiaufgebot unsere Partei verjüngt, aber nach wie vor haben wir noch Grundorganisationen, deren Durchschnittsalter weit über 50 Jahre ist. Natürlich braucht die Partei für die illegale Arbeit bewährte und erfahrene Kader. Durch die Aufnahme neuer und junger Menschen müssen wir aber weiterhin bestrebt sein, die Partei zu stärken. Die Erfahrungen der alten Genossen müssen auf die jungen übertragen werden. Wir müssen für eine gute Zusammenarbeit der jungen und alten Kader in den Grundorganisationen und Leitungen Sorge tragen.

Die Erfolge des sozialistischen Lagers, der große technische Fortschritt der Sowjetunion, der im Zeichen der Sputniks steht, lösen in der Bevölkerung Diskussionen und Interesse aus.

Tausende Menschen aus Westdeutschland waren schon in der DDR und kehrten beeindruckt von den Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus zurück. Unter diesen Menschen finden wir, wenn wir mit ihnen arbeiten, wenn wir sie weiter entwickeln, Freunde und Bundesgenossen, neue Mitstreiter für unsere Partei.

Das Parteiaufgebot bewies, daß in der Bundesrepublik die fortgeschrittensten Kräfte bereit sind, nicht nur den Kampf der KPD zu unterstützen, sondern selbst Mitglieder der Partei zu werden und mutig ihren Mann zu stehen.

Ich habe mich bereits mit einer Erscheinung des Opportunismus in Organisationsfragen auseinandergesetzt. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, daß eine große Gefahr in unserer Partei auch sektiererische Auffassungen sind. Es gibt nicht wenige Genossen die sich weigern, auch unter illegalen Bedingungen unsere Reihen durch neue Mitglieder zu stärken; die der Auffassung sind, daß unsere Partei in der Illegalität aus Gründen der Sicherheit „klein aber fein“ sein muß.

Diese Auffassung ist falsch. Die Menschen, vor allem die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter, die aktiv am Lohnkampf teilgenommen haben, die die Interessen ihrer

Arbeitskameraden konsequent und selbstlos vertreten haben, die begeistert den Ostermarsch vorbereitet und durchgeführt haben, die mit uns für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen wollen, die nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten bewiesen haben, daß sie zu uns stehen, gehören in die Reihen der Partei. Ihre Taten, ihr selbstloses Handeln, das ist für uns die Sicherheit, daß sie Mitglieder unserer Partei werden können.

Wir müssen sowohl dem Opportunismus als auch dem Sektierertum in Organisationsfragen energisch den Kampf ansagen. Opportunismus und Sektierertum sind Ursachen für das passive Abwarten mancher Kommunisten, das vielfach von links-radikalen Phrasen überflutet wird und dafür, daß die neu stehenden Möglichkeiten im Interesse der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte zum Handeln vielfach nicht früh genug erkannt und genutzt werden. Um Revisionismus, Dogmatismus und Sektierertum zu überwinden, muß die Partei die ideologisch-politische Arbeit und den Kampf für die Verwirklichung der Politik der Partei und die Durchführung der Beschlüsse verstärken. Wir müssen ständig daran denken, daß die Lage in der Bundesrepublik nur mit einer ideologisch-politischen und organisatorisch starken KPD verändert werden kann.

Wir müssen feststellen, daß man sich vielerorts in der Partei ungenügend mit den neuen Mitgliedern beschäftigt. Die neu aufgenommenen Mitglieder sind noch keine fertigen Kommunisten. Sie müssen erst auf der Grundlage des Statuts und der Beschlüsse erzogen und im Kampf gestählt werden. Eine intensive Schulungsarbeit ist Voraussetzung für die Befähigung der Mitglieder. Den neuen Mitgliedern ist vor allem Geduld entgegenzubringen. Unduldsamkeit ist schädlich und führt zum Verlust wertvoller junger Kader.

Einige neue Mitglieder in Nordrhein-Westfalen sagten uns: „Wir gehen nicht mehr zu den Zusammenkünften der Gruppe. Dort ist nichts los, man redet nur, wir Jungen haben nichts zu sagen, vom Kampf ist nichts zu sehen“. Wenn die jungen Genossen in ihren Gruppen keine mitreisende Tätigkeit vorfinden, sind sie enttäuscht und wenden sich von uns wieder ab. Folglich muß man alles daransetzen, das politische Leben und die Massenarbeit in den Grundorganisationen zu beleben und aktiv am Kampf teilzunehmen. Ein wichtiges Problem ist dabei, den jungen Genossen Parteiaufträge zu erteilen, die real und erfüllbar sind. An diesen Aufträgen muß das neue Mitglied wachsen und auf die Ausübung von Funktionen in der Partei vorbereitet werden.

Entsprechend den positiven Erfahrungen des Parteaufgebots wurden im Statut die Mitgliederwerbung für alle Mitglieder und Grundorganisationen zur ständigen Pflicht und Aufgabe erhoben. Das ist notwendig, damit die Partei ihre politischen Aufgaben erfüllen kann.

Die Leitungsarbeit auf ein höheres Niveau heben

Ich komme nun zu einem weiteren wichtigen Problem. Wenn wir unsere Aufgaben erfolgreich lösen wollen, muß die Leitungsarbeit auf ein höheres Niveau gehoben werden. Das Statut hebt die Verantwortung der leitenden Organe für die Führung und Lenkung der Partei besonders hervor. Illegale Bedingungen stellen besonders hohe Anforderungen an die leitenden Organe. Das Statut fordert, daß die politische Linie der Partei von allen Leitungen und Parteiorganen schöpferisch und selbstständig, unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen, verwirklicht wird.

Es gibt in der letzten Zeit Bemühungen, die Leitungsmethoden zu verbessern und sie stärker den politischen Erfordernissen unserer Massenarbeit anzupassen. Das Prinzip der Kollektivität, der kollektiven Beratungen wird stärker durchgesetzt und tritt mehr an die Stelle des noch vielfach bestehenden Systems der Einzelanleitungen. Die Anleitung und Hilfe für die Grundorganisationen wurde, wenn auch unterschiedlich, operativer. In Vorbereitung des Parteitags führte das ZK mit vielen Leitungen der Bezirke, Kreise und Grundorganisationen Aussprachen über die beiden vorliegenden Dokumente durch.

Zahlreiche Parteiorganisationen bemühen sich auf Grund einer besseren Anleitung, aus der bisherigen Isolierung herauszukommen und orientieren sich stärker auf die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten und die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und Betrieben. Die in der Programatischen Erklärung gestellten Aufgaben, die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse der Tätigkeit unserer Partei sollten uns veranlassen, die Arbeit der leitenden Organe mutiger und kritischer zu überprüfen, um entsprechende Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit zu ziehen. Dazu ist erforderlich, daß wir entsprechend dem Statut einen strengeren Maßstab für die Beurteilung der Tätigkeit der leitenden Organe anlegen.

Im Statut-Entwurf ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus verankert. Die Partei verkörpert die Einheit des Willens und des Handelns. Nur eine zentralistisch organisierte Partei kann alle Kräfte vereinen, sie auf ein Ziel ausrichten und Aktionen einzelner Arbeiter oder Gruppen in eine Bahn lenken.

Ein Prinzip des demokratischen Zentralismus ist, daß, wenn in kollektiven, Beratungen die verschiedenen Meinungen und Vorschläge miteinander verglichen und danach die Beschlüsse gefaßt sind, diese Beschlüsse für alle verbindlich sind. Unter den Bedingungen der Illegalität ist im Interesse der Sicherheit der Partei eine volle Entfaltung der innerparteilichen Demokratie nicht möglich. Das gilt besonders hinsichtlich der Wählbarkeit sowie der Berichterstattung der leitenden Organe.

Unter den Bedingungen der Illegalität kann die Partei keine Kreis- oder sogar Landesdelegiertenkonferenzen zur Wahl der betreffenden Leitungen oder Delegierten zum Parteitag durchführen. Genossen, die im Rahmen der Diskussion zum Statut-Entwurf solche Forderungen erhoben, haben nicht erkannt, daß unter den Bedingungen der Illegalität im Interesse der Sicherheit der Partei einige Grundsätze der innerparteilichen Demokratie eingeschränkt werden müssen. Soll das heißen, daß die Mitglieder nicht Einfluß nehmen können auf die Politik der Partei? Ganz und gar nicht! Alle Mitglieder, alle Leitungen haben – wie es das Statut festlegt – die Möglichkeit, mitzuarbeiten und ihre Meinung den übergeordneten Leitungen bis zum ZK zu übermitteln. Die Vorbereitung unseres Parteitags ist der beste Beweis dafür. Ist dann aber ein Beschluß gefaßt, dann ist dieser Beschluß für alle Genossen bindend. Unter den Bedingungen der Illegalität muß die Parteiführung auch das Recht haben, von sich aus Funktionäre einzusetzen, auch wenn die Genossen der betreffenden Parteioorganisation diese Genossen nicht kennen.

Die straffe zentralistische Führung erfordert die höhere Verantwortung aller leitenden Organe. Das verpflichtet sie, die Kollektivität der Leitungen und die Entwicklung der Kritik und Selbstkritik ständig zu erhöhen sowie Vorschlägen und kritischen Bemerkungen der Genossen aus den unteren Organen größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Die Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Organe für alle Mitglieder und der Kampf um ihre Verwirklichung ist oberster Grundsatz der Leitungstätigkeit.

Nach welchen Maßstäben soll die Führungsarbeit auf allen Ebenen gemessen werden?

Wir können unsere Führungsarbeit nicht nur danach beurteilen, wieviel politische Stellungnahmen und Erklärungen wir veröffentlichen oder wieviel Beschlüsse wir fassen. Das ist nur eine Seite der Führungstätigkeit. Danach tritt vor uns das Problem der Verwirklichung unserer selbstgefaßten Beschlüsse. Dort, wo ein energischer Kampf um die Durchführung der Beschlüsse auf der Grundlage einer strengen Kontrolle geführt wird, ist auch der Boden für eine kritische und kämpferische Diskussion gegeben, sind die Erfolge nicht ausgeblieben. Ein gutes Beispiel für den Kampf um die Durchführung der Beschlüsse ist das Parteiaufgebot 1932. Eine wesentliche Ursache für den Erfolg des Aufgebots besteht darin, daß gleichzeitig mit der Durchführung dieses Beschlusses auch die Kontrolle und ständige Hilfe in den Vordergrund rückte.

Die richtige Beschlusfassung muß die Möglichkeit der Realisierung durch die vorhandenen Kräfte in den Leitungen und Grundorganisationen einschließen. Dieser Grundsatz wird nicht immer beachtet. Es gibt Beschlüsse, die in den Leitungen stecken blieben und nicht mit Hilfe der Grundorganisationen und allen Mitgliedern realisiert wurden. Es wird nicht genügend um die Verwirklichung der Beschlüsse gekämpft.

Das war beispielsweise in der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen der Fall, wo es uns nicht gelungen ist, die Linie und Aufgabenstellung der Partei so zu verwirklichen, wie wir das im Parteiaufgebot geschafft haben. Es wurde nicht genügend um die Verwirklichung dieser Linie gekämpft.

Ein Kreissekretär aus Nordrhein-Westfalen sagte zur Anleitung der Bezirksleitung: „Wir fahren ständig nur Feuerwehreinsätze und kommen nicht dazu, mit den Grundorganisationen zu arbeiten, da die Vielzahl der Beschlüsse uns dazu nicht die Zeit läßt.“

Das ist ein sehr ernstes Problem. Im System der Leitungsarbeit gibt es wirklich ernsthafte Schwächen. Der Inhalt der Aufgabenstellung für die gesamte Partei und damit auch der Inhalt der Anleitung muß selbstverständlich den allgemeinen politischen Erfordernissen, der Lage in der Partei und den örtlichen zur Verfügung stehenden Kräften Rechnung tragen.

Entsprechend der vorhandenen Kraft unserer Partei kann man den Genossen in den Grundorganisationen die Realisierung der Beschlüsse nicht allein überlassen.

Die übergeordneten Organe, vor allem auch das ZK, haben die Pflicht, schon bei der Ausarbeitung des Beschlusses die Kraft in Rechnung zu stellen und den nachfolgenden Leitungen zu helfen, ihre Kraft auf die Schwerpunkte zu orientieren.

Zu sehr wird aber noch die Anleitungsmethode des bekannten „Speisezettels“ praktiziert, der oben festgelegt und schematisch an alle Parteiorgane nach unten weitergeleitet wird.

Wir treffen in der Partei noch häufig einen formalen Arbeitsstil an, der Eigeninitiative und Selbständigkeit erstickt. Übergeordnete Leitungen fassen Beschlüsse und entscheiden Fragen, die oft in den Grundorganisationen selbst beschlossen und entschieden werden müßten. Damit wird die Eigeninitiative der Grundorganisationen eingeengt. Man hindert die Grundorganisationen daran, an der Ausarbeitung und Durchführung der Politik selbständig mitzuarbeiten. Genossen aus Hessen äußerten beispielsweise bei der Diskussion über die Dokumente des Parteitag: „Wir haben nichts zu sagen, wir führen nur die Aufgaben durch. Wir sind die Praktiker und oben sind die Politiker.“

In Vorbereitung des Parteitag konnten wir feststellen, daß viele Genossen nicht auf die Idee kamen, daß sie aufgerufen sind, an der Ausarbeitung der Generallinie mitzuarbeiten.

Wir müssen beachten, daß bei grundlegenden Beschlüssen schon vorher mit unteren Organen in den Schwerpunkten Beratungen stattfinden, diese Genossen zur Ausarbeitung und Vorbereitung des Beschlusses herangezogen werden, damit er realer wird. Wir erzeugen gleichzeitig damit eine größere Bereitschaft, für die Durchführung der Beschlüsse zu kämpfen.

Auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse muß die Anleitung darauf abzielen, die Selbständigkeit und Verantwortung der unteren Organe für die Durchführung der Aufgaben zu erhöhen.

Unsere Genossen und Leitungen haben viele Möglichkeiten, die Meinung der Partei zu allen Ereignissen zu erfahren. Wir haben unser Zentralorgan „Freies Volk“, unser theoretisches Organ „Wissen und Tat“, wir haben den Freiheitssender 904, dessen Bedeutung gerade in der jetzigen Zeit, wo es besonders notwendig ist, schnell auf neue Ereignisse zu reagieren, wächst.

Darüber hinaus haben alle Genossen und Leitungen die Möglichkeit, alle Rundfunk- und Fernsehsender zu empfangen, die sich ständig ausgezeichnet mit den Problemen unseres Kampfes in Westdeutschland beschäftigen, in denen auch Genossen unserer Partei ihre Meinung zu aktuellen Fragen sagen.

Richtige Kaderauswahl treffen

Manchmal hört man von leitenden Genossen, daß die Ursache für die Nichterfüllung politischer Aufgaben in der Unfähigkeit von Kreisen, Betriebs- und Wohngebietsleitungen liege. Natürlich gibt es Funktionäre, die eine unterschiedliche Qualifikation haben. Das ist eine Frage des Kadereinsatzes, d. h. unseren Kadern Funktionen entsprechend ihren Fähigkeiten zu übertragen.

Wir müssen darauf achten, daß unsere Leitungen richtig zusammengesetzt sind, daß die Fähigkeiten und Erfahrungen der Genossen sich ergänzen.

Es ist auch richtig, daß jedes Mitglied für die Tätigkeit der Partei verantwortlich ist. Es muß aber hervorgehoben werden, daß die leitenden Organe, insbesondere die Bezirksleitungen und das ZK, eine besondere Verantwortung hinsichtlich der Hilfe für die Leitungen an der Basis tragen. Die Lage in der Partei und ihre Tätigkeit ist das Spiegelbild der Führungsarbeit. Das ZK fühlt sich voll verantwortlich für die Lage in der Partei.

Erfreulicherweise können wir feststellen, daß die Partei über eine verhältnismäßig große Anzahl hervorragender kluger und qualifizierter Kader verfügt. Diese haben große Erfahrungen in der illegalen und legalen Arbeit. Alle diese Leitungsfunktionäre in den Grundorganisationen und Kreisleitungen bilden heute den aktiven Kern der Partei. Das ist ein großes politisches Kapital, eine große politische Kraft. Diese Kraft, diese Fähigkeiten werden häufig nicht richtig genutzt. Wir ermuntern die Initiative der Genossen zuwenig. Wir regen sie zuwenig an zum selbständigen Handeln. Vielfach haben wir in der Partei noch die Tendenz, nicht entsprechend den Erfordernissen des Lebens, entsprechend neu auftretenden Ereignissen zu handeln, sondern nach oben, nach der übergeordneten Leitung zu schauen, auf Anweisungen zu warten und damit abzuwarten. Das ist zum Teil die Folge von Fehlern in der Anleitung, die wir in der Vergangenheit selbst gemacht haben. Damit, Genossen und Genossen, müssen wir Schluß machen.

Was wir brauchen, sind Funktionäre in den Leitungen, die sich ihrer Verantwortung und Rolle bewußt sind und die wir dazu befähigen, auf der Grundlage der

Beschlüsse selbständig ihre Aufgaben zu erfüllen und auf alle Erscheinungen schnell zu reagieren. Es ist vor allem von den leitenden Organen abhängig, inwieweit wir in der Partei eine gesunde Atmosphäre der freiwilligen Diskussion über alle Probleme der Parteiarbeit vorfinden.

Von den Genossen und vom Leben lernen

Im Statut wird besonders zum Ausdruck gebracht, daß die übergeordneten Leitungen verpflichtet sind, den Meinungen, Vorschlägen und Anregungen der Genossen an der Basis eine größere Beachtung zu schenken. Unsere Führungskader müssen sich stärker bemühen, von den Genossen und vom Leben zu lernen. Sie müssen erkennen, daß sie den Mitgliedern in den Grundorganisationen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sind.

Es muß festgestellt werden, daß die kritischen und prinzipiellen Auseinandersetzungen über die Politik und die Probleme der gesamten Partei noch schwach entwickelt sind. Wir sehen die entscheidende Ursache nicht bei unseren Mitgliedern. Der Hauptgrund ist, daß das ZK, vor allem aber das Politbüro, es nicht genügend verstanden hat, die Mitarbeit der gesamten Parteiorganisation bei der Ausarbeitung der Politik zu organisieren. Auch das ZK selbst als kollektives Führungsorgan der Partei hat bei der Erarbeitung und Durchführung der Politik und der Beschlüsse nicht die notwendige Initiative entwickelt.

Ein Schritt zur Überwindung dieser ernsthaften Schwäche wurde in der Vorbereitung des Parteitages durch den Beschluß des ZK getan, in dem der Entwurf für die Programmatische Erklärung und der Entwurf des veränderten Statuts der gesamten Partei und Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet und in dem alle Kräfte zur Mitarbeit an der endgültigen Fertigstellung aufgerufen wurden.

Bei der Wahl des neuen Zentralkomitees muß der Parteitag dafür Sorge tragen, daß die neue kollektive Führung ihren Aufgaben voll gerecht werden kann.

Die Arbeit der Leitungen muß darauf gerichtet sein, solche Grundorganisationen zu schaffen, die selbständig arbeiten und selbständig reagieren. Das ist vor allem für die Kreisleitungen ein dringendes Problem. Je mehr wir erreichen, daß unsere Grundorganisationen eine selbständige Tätigkeit entwickeln, desto wirksamer wird die Parteiarbeit. Nur auf dieser Grundlage können die Kreisleitungen ihre Aufgaben lösen. Gleichzeitig aber müssen wir Mittel und Wege finden, mehr Genossen für die Anleitung von Grundorganisationen einzusetzen.

Die Erziehungs- und Schulungsarbeit verbessern

Die Leitungen, vom ZK bis zu den Grundorganisationen müssen die Erziehungs- und Schulungsarbeit verbessern. Die Schulungsarbeit in den Grundorganisationen ist, das müssen wir mit aller Deutlichkeit hier sagen, ungenügend und entspricht nicht den Möglichkeiten, die unsere Partei hat. Es ist doch verständlich, daß alle Genossen, wenn sie ihrer Aufgabe, sozialistisches Bewußtsein in die Massen hineinzutragen, gerecht werden wollen, sich mit unserer Theorie, mit der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus vertraut machen müssen. Darum müssen alle Mitglieder durch die Leitungen dazu erzogen werden, daß sie durch ein gründliches Selbststudium sich die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen machen. Die Aufgabe unserer Leitungen besteht auch darin, dafür Sorge zu tragen, daß alle Dokumente der Partei in den Grundorganisationen und allen Leitungen gründlich diskutiert werden, daß aus ihnen die Schlußfolgerungen für die praktische Arbeit gezogen und in Beschlüssen festgehalten werden.

Genossinnen und Genossen!

Die Veränderung und Verbesserung der Arbeitsweise der Leitungen ist nur möglich, wenn wir die Schwächen und Mängel unserer Arbeit schonungslos aufdecken und überwinden.

Genosse Walter Ulbricht sagte einmal:

„Wenn wir nicht den Mut haben, die Fehler unserer Organisationsarbeit festzustellen, werden wir nicht instande sein, breite Schichten der Parteimitgliedschaft zur Beseitigung der Fehler zu mobilisieren.“)

Deswegen gilt es entsprechend der Forderung des Statuts, einen entschiedenen Kampf gegen die Erscheinungen der Selbstzufriedenheit und der Verschleierung der Fehler zu führen.

Nachdem die politische Linie mit der Annahme der Programmatischen Erklärung

*) „Zu Fragen der Parteiarbeit“, S. 46, Dietz Verlag, Berlin 1960

gegeben ist, kann das Kriterium der Arbeit der leitenden Organe nur darin bestehen: Wie werden die Parteiorganisationen und alle Kommunisten befähigt, die in der Programmatischen Erklärung gestellten Aufgaben zu erfüllen, wie wird in der Tat die direkte und unmittelbare Hilfe für die unteren Parteiorganisationen organisiert? Wie vertreten wir die Interessen der Massen, wie verstehen wir, sie für ihre eigenen Interessen in Bewegung zu bringen und damit unseren Masseneinfluß ständig zu erweitern? Wie kämpfen die Kommunisten nicht nur in Worten, sondern in der Tat in der vordersten Reihe um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt?

Genossinnen und Genossen!

Mit der Entwicklung der Aktivität zur Durchsetzung der Ziele unserer Programmatischen Erklärung müssen wir die Probleme der revolutionären Wachsamkeit, des Schutzes unserer Organisation vor den Zugriffen des Gegners sehr ernst nehmen. Hand in Hand mit der Verleumdung unserer Partei, der DDR und unserer Weltanschauung, versucht der Klassenfeind mit seinem Staatsapparat unsere Partei zu zerschlagen. Die politische Polizei, der Verfassungsschutz, die Gehlenorganisation und andere Einrichtungen des Bonner Staates zeigen besonderen Eifer im Kampf gegen die **Kommunistische Partei**. Sie versuchen, durch parteifeindliches Material die Partei zu zersetzen und Spitzel in unsere Reihen einzuschmuggeln. Diese Handlungen unserer Feinde dürfen wir keineswegs unterschätzen. Andererseits wäre es auch falsch, wenn wir in das andere Extrem verfallen und den Gegner überschätzen.

Durch gute Auswertung des Parteitags die Partei weiter stärken

Unsere Partei steht auf des Boden des schöpferischen Marxismus-Leninismus. Auch in Organisationsfragen muß sie einen schöpferischen Standpunkt beziehen und jede Erscheinungsform des Schematismus und Dogmatismus bekämpfen. Probleme der Organisation, die Formen und Methoden ihrer Tätigkeit dürfen für unsere Partei niemals Selbstzweck, sondern sie müssen stets Hebel bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele sein. Stets wirft das Leben neue Probleme, neue Aufgaben auf, die von der Partei gelöst werden müssen. Hieraus ergibt sich die Wechselwirkung zwischen Programmatischer Erklärung und Statut, die in der Tätigkeit der Partei eine Einheit sein müssen.

Von diesem Parteitag rufen wir alle Mitglieder und Funktionäre auf, sich noch enger um die Partei zu scharen. Das Parteiaufgebot war ein großer Beitrag zur Stärkung der Partei. In Vorbereitung des Parteitages haben viele Genossen ihre Selbstverpflichtung erfüllt und der Partei weitere neue Mitglieder zugeführt und neue Grundorganisationen geschaffen. Diese Erfolge gilt es weiter auszubauen. Wir greifen den Vorschlag einer Kreisleitung auf und schlagen dem Parteitag folgendes vor:

In Auswertung des Parteitages muß erreicht werden, daß jede Grundeinheit mit dem Inhalt und den Beschlüssen des Parteitages vertraut gemacht wird und sich konkrete Aufgaben in der Gewinnung großer Teile der Bevölkerung für die Politik unserer Partei, vor allem in der legalen Massenarbeit stellt;

die Grundeinheiten sich die Aufgabe stellen, alle bisher nicht erfaßten Mitglieder für die Mitarbeit in der entsprechenden Grundeinheit zu gewinnen oder mit ihnen neue Gruppen zu bilden;

die Grundorganisationen sich konkrete Aufgaben in der Werbung neuer Mitglieder stellen.

Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeiterinnen, an die Bauern, an die Intelligenz, die Studenten und jungen Menschen, die in den Lohnkämpfen, dem Kampf gegen Notstandsgesetze und den Ostermärschen gegen atomare Aufrüstung in vorderster Reihe standen und rufen ihnen zu:

Werdet Mitglied der KPD!

Genossinnen und Genossen!

Vor der Partei, vor den Grundorganisationen und Leitungen stehen große Aufgaben. Auf ihr liegt die **ernste Verantwortung für die Entwicklung der Aktions-** einheit der Arbeiterklasse und für das Bündnis aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, damit die Bundesrepublik ein wahrhaft demokratischer und friedliebender Staat wird und niemals mehr von deutschem Boden ein Weltkrieg ausgeht.

Das Statut ist für die Befähigung der Partei zur Wahrnehmung dieser Verantwortung eine wichtige Waffe.

Das Zentralkomitee unterbreitet dem Parteitag den Vorschlag, den Statut-Entwurf mit den vorgeschlagenen Abänderungen zu beschließen.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Die Aufgaben im Kampf zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit

(Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag
der KPD 1963, gehalten vom Genossen Max Reimann) 3

I. Der Metallarbeiterstreik — Beginn eines
neuen Kampfabchnittes 4

II. Die neuen internationalen und nationalen
Bedingungen des Kampfes um den Frieden und
die friedliche Koexistenz, für die Demokratie
und die Rechte des Volkes 5

III. Die Verteidigung des Grundgesetzes und der
Schutz der demokratischen Volksrechte 18

IV. Die Verschärfung des Klassengegensatzes
zwischen Kapital und Arbeit und der Kampf
für soziale Sicherheit 21

V. Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse,
für die Stärkung der Gewerkschaften als
einheitliche Klassenorganisation der Arbeiter . . 24

VI. Die Partei — ihre ideologische und organisa-
torische Festigung 40

Das neue Parteistatut und die Aufgaben bei der ideologischen, organisatorischen und politischen Festigung der Partei

(Referat des Genossen Willi Mohn über den
Entwurf eines veränderten Parteistatuts) 45



